

# Stenographisches Protokoll

## 418. Sitzung des Bundesrates der Republik Österreich Donnerstag, 28. Jänner 1982

### Tagesordnung

1. Änderung des Rundfunkgesetzes 1974 und des Arbeitsverfassungsgesetzes
2. Europäisches Abkommen über die Zustellung von Schriftstücken in Verwaltungssachen im Ausland samt Anlage und Erklärung der Republik Österreich
3. Bericht der Bundesregierung über die Vorbereitungen zur Ratifikation des Europäischen Niederlassungsabkommens vom 13. Dezember 1955
4. Ausschußergänzungswahlen

### Inhalt

#### Bundesrat

Antrittsansprache des Vorsitzenden Dr. Skotton (S. 15659)

Stellungnahme des Vorsitzenden zur Geschäftsordnung (S. 15708)

#### Personalien

Entschuldigungen (S. 15659)

#### Bundesregierung

Vertretungsschreiben (S. 15662)

Beschlüsse und Gesetzesbeschlüsse des Nationalrates (S. 15662)

#### Ausschüsse

Zuweisungen (S. 15662)

Ausschußergänzungswahlen (S. 15670) — Verzeichnis der neu- bzw. wiederbesetzten Ausschußmandate (S. 15710)

#### Tatsächliche Berichtigung

Dr. Skotton (S. 15685)

Berger (S. 15706)

#### Dringliche Anfrage

der Bundesräte Weiss, Dkfm. Dr. Stummvöll, Raab, Dkfm. Frauscher und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Verzicht auf den Bau des zusätzlichen Konferenzzentrums bei der UNO-City (439/J)

Begründung: Weiss (S. 15672)

Beantwortung: Bundesminister Dr. Salcher (S. 15676)

Debatte:

Dkfm. Dr. Stummvöll (S. 15677 u. S. 15706),

Raab (S. 15682),

Dr. Skotton (S. 15685),

Dr. Anna Demuth (S. 15685),

Dkfm. Dr. Frauscher (S. 15690),

Schipani (S. 15696),

Pumpernig (S. 15698),

Bundesminister Dr. Salcher (S. 15700),

Berger (S. 15706 [tatsächliche Berichtigung]),

Polster (S. 15707) und

Köstler (S. 15708)

Entschließungsantrag der Bundesräte Dkfm. Dr. Frauscher, Weiss, Dkfm. Dr. Stummvöll, Raab und Genossen betreffend den Verzicht auf den Bau des zusätzlichen Konferenzzentrums bei der UNO-City (S. 15695) — Annahme (S. 15709) (E 88)

#### Verhandlungen

- (1) Gesetzesbeschuß des Nationalrates vom 21. Jänner 1982: Änderung des Rundfunkgesetzes 1974 und des Arbeitsverfassungsgesetzes (2454 u. 2455 d. B.)

Berichterstatterin: Maria Derflinger (S. 15663)

Redner:

Weiss (S. 15663) und

Matzenauer (S. 15665)

kein Einspruch (S. 15669)

- (2) Beschuß des Nationalrates vom 21. Jänner 1982: Europäisches Übereinkommen über die Zustellung von Schriftstücken in Verwaltungssachen im Ausland samt Anlage und Erklärung der Republik Österreich (2456 d. B.)

Berichterstatterin: Margaretha Obenaut (S. 15669)

kein Einspruch (S. 15669)

- (3) Bericht der Bundesregierung über die Vorbereitungen zur Ratifikation des Europäischen Niederlassungsabkommens vom 13. Dezember 1955 (2457 d. B.)

Berichterstatterin: Dr. Helga Hieden (S. 15669)

Kenntnisnahme (S. 15670)

#### Eingebracht wurden

##### Selbständiger Antrag

der Bundesräte Dr. Schambbeck und Genossen betreffend die Entwicklung in Polen (30/ABR/82)

15658

Bundesrat — 418. Sitzung — 28. Jänner 1982

---

**Anfragen**

der Bundesräte Weiss, Dr. Stummvöll, Raab, Dkfm. Dr. Frauscher und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Verzicht auf den Bau des zusätzlichen Konferenzzentrums bei der UNO-City (439/J-BR/82)

der Bundesräte Dkfm. Dr. Stummvöll, Stocker, Dr. Erika Danzinger und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend aussagefähige Arbeitsmarktdaten (440/J-BR/82)

der Bundesräte Dr. Schambeck und Genossen an den Bundeskanzler betreffend die Schaffung eines eigenen Dienst- und Organisationsrechtes für Staatsanwälte (441/J-BR/82)

**Anfragebeantwortungen**

des Bundesministers für Bauten und Technik auf die Anfrage der Bundesräte Weiss und Genossen (394/AB-BR/82 zu 431/J-BR/81)

des Bundesministers für Justiz auf die Anfrage der Bundesräte Dr. Schambeck und Genossen (395/AB-BR/82 zu 432/J-BR/81)

des Bundesministers für soziale Verwaltung auf die Anfrage der Bundesräte Dkfm. Dr. Stummvöll und Genossen (396/AB-BR/82 zu 433/J-BR/81)

des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Bundesräte Köstler und Genossen (397/AB-BR/82 zu 436/J-BR/81)

des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage der Bundesräte Dkfm. Dr. Pisek und Genossen (398/AB-BR/82 zu 437/J-BR/81)

## Beginn der Sitzung: 9 Uhr

**Vorsitzender Dr. Skotton:** Ich eröffne die 418. Sitzung des Bundesrates.

Das amtliche Protokoll der 417. Sitzung des Bundesrates vom 18. Dezember 1981 ist aufgelegen, unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Entschuldigt haben sich die Bundesräte Heller, Suttner und Dr. Pisek.

Ich begrüße auch die im Hause erschienene Frau Staatssekretär Franziska Fast sehr herzlich. (*Allgemeiner Beifall.*)

### Antrittsansprache

**Vorsitzender Dr. Skotton:** Hoher Bundesrat! Meine Damen und Herren! Ich gehöre jetzt 14 Jahre diesem Hause an und hatte daher Gelegenheit, 26 Antrittsreden von Vorsitzenden zu hören und bisher zwei selbst zu halten.

Aus Höflichkeit sage ich, daß besonders der letzte Umstand mich überzeugt hat, daß ein arabisches Sprichwort recht hat, welches sagt: „Die beste Rede ist die Rede, die man nicht gehalten hat.“

Ich möchte gerne meine dritte Amtsperiode mit meiner besten Rede beginnen, und jetzt wäre eigentlich die logische Konsequenz, mit meiner Rede aufzuhören, denn es ist unsinnig, ein weises Wort zu kennen, es aber nicht zu befolgen.

Einen Grund, meine Rede nicht mehr fortzusetzen, fände ich auch darin, daß meine letzte Antrittsrede so oft mißbräuchlich zitiert wurde, nämlich nicht im Sinne ihrer Gesamtkonzeption und meistens von denjenigen, für die sie eine Mahnung ihres eigenen politischen Verhaltens hätte sein sollen.

Man kann jedoch nicht immer so handeln, wie man gerne möchte, zum Beispiel gar keine Rede halten gemäß dem vorher zitierten arabischen Sprichwort, auch wenn man selbst einsieht, dabei nicht weise zu handeln.

Obwohl ich einen Wechsel im Vorsitz des Bundesrates als kein so weltbewegendes Ereignis betrachte, an dem Delegationen von Landtagen mit oder ohne Schützenkompanien in Ehrfurcht teilnehmen sollen, sondern als routinemäßige Angelegenheit aufgrund unserer Bundesverfassung, kann ich doch nicht umhin, mich der Tradition anzuschließen und einiges über das Bundesland zu sagen, das ich vertrete.

Wien ist und war schon immer ein einmaliges Phänomen. Es gibt auf der ganzen Welt

keinen Großstädter, der so an seiner Heimat hängt wie der Wiener. Das stimmt auch heute noch, obwohl Wien mit seinen zirka 1,5 Millionen Einwohnern international längst nicht mehr zu den Großstädten gehört, die bereits 7, 8 und mehr als 10 Millionen Einwohner zählen.

Diese Liebe zu ihrer Heimatstadt und die künstlerische Begabung der Wiener haben dazu geführt, daß Wien als einzige Stadt der Welt mehrere eigenständige musikalische Ausdrucksformen gefunden hat, die international bekannt und anerkannt sind: das Wiener Lied, den Wiener Walzer, die Wiener Operette und die Wiener Klassik.

Ganz typisch ist es für Wien, daß oft die Vertreter der wienerischesten Kunstform selbst gar keine Wiener waren; ich brauche da zum Beispiel nur auf eine Reihe von Operettenkomponisten hinzuweisen.

Aber auch die größten Meister des Wiener Liedes, die Brüder Schrammel, waren keine Wiener — die Familie wanderte, wenn ich mich recht erinnere, aus Litschau im Waldviertel ein —, und sie lebten immer in Hernals. Nicht in Wien, sondern in Hernals. Denn zu ihrer Zeit war Hernals mit zirka 70 000 Einwohnern das größte Dorf Niederösterreichs.

Es läßt sich auch kulturhistorisch nachweisen, daß in der Neuzeit, das heißt seit dem 15. Jahrhundert, mit Ausnahme von Paris keine andere Stadt eine so große, auch flächenmäßig große kulturelle Ausstrahlung hatte wie Wien. Interessanterweise, das möchte ich nur anmerken, erbringt den Beweis dafür die Linguistik.

Diese Liebe zu seiner Heimatstadt verleitet die Wiener aber auch zu einer „Mir-san-mir“-Mentalität bei gleichzeitiger übermäßiger Bewunderung alles Ausländischen. Scheinbar ein Widerspruch.

Dieser psychische Widerspruch führt aber zu einer Überkompensation eines sich selbst gegenüber kritischen Verhaltens, welche die psychische Basis für das wienerische selbstironisierende Kabarett bildet. So gehört der Wiener zu den wenigen Exemplaren des Homo sapiens, die imstande sind, über sich selbst zu lachen. Vielleicht ist das die Wurzel des sogenannten Wiener Charmes.

Aber die Quintessenz des Wiener Charmes ist das typische Wiener Raunzen über alles und jedes. Es hat in unserer Zeit ihren bereits klassischen Qualtinger-Ausdruck gefunden in

15660

Bundesrat — 418. Sitzung — 28. Jänner 1982

**Vorsitzender**

den Worten: „Travnicek, zu wos brauch ma des?“

Dieses Travnicek-Wort nimmt gerade in der politischen Auseinandersetzung der letzten Wochen eine dominierende Rolle ein, und ich gehe nicht fehl in der Annahme, daß es uns im Verlauf der heutigen Sitzung auch noch beschäftigen wird.

Was aber beim Wiener außer dem Raunzen zusätzlich besonders ausgeprägt ist, das ist sein Stolz darauf, Wiener zu sein. Und gerade weil er so stolz darauf ist, spottet er sich selbst deswegen aus. Etwas verworren, nicht? Aber da kann ich nur mit einem Zitat aus einem Wiener Lied aushelfen: „Des kann nur a Weana versteh'n.“

Bei aller Raunzerei über Wien möchte ein Wiener doch nirgends anders leben wie in Wien oder im Einzugsgebiet von Wien. Ich selbst habe mich oft dabei ertappt, daß ich gesagt habe: Das größte Glück meines Lebens war, in Wien geboren zu sein und in Wien leben zu können.

Dieser Stolz, Wiener zu sein, und seine geistige Beweglichkeit, der „Wiener Schmäh“, verleiten den Wiener aber dazu, die Bewohner der anderen Bundesländer einfach „die Gscherten“ zu nennen, was nicht gerade zur innerösterreichischen Beliebtheit des Wieners beiträgt.

Dieser Ausdruck „die Gscherten“ hat seine historische Wurzel im Mittelalter, denn die hörigen Bauern mußten das Haar kurzgeschnitten tragen, während die freien Bürger der Städte ihr Haar so lange tragen durften, wie es bei der heutigen Jugend wieder Mode geworden ist, was vielleicht eine unbewußte psychische Reaktion historischer Gegebenheiten ist.

Zur Unbeliebtheit des Wieners in Österreich kommt noch, daß gegenüber der eigenen Metropole so wie in jedem anderen Land, etwa in Frankreich gegen Paris, ein nicht-kompensierter Minderwertigkeitskomplex der sogenannten Provinzler vorhanden ist. Der ist natürlich völlig unbegründet, aber er ist doch als gesellschaftlicher Faktor vorhanden und zu berücksichtigen.

In Österreich kommt außerdem noch dazu, daß die parteipolitischen Mehrheiten in Wien und in den meisten anderen Bundesländern verschieden sind und diese Animosität der sogenannten Provinz gegen Wien auch parteipolitisch ausgenützt wird. Auch in innerparteilichen Diskussionen ist dies ein nicht unbedeutlicher Faktor.

Dabei werden die Leistungen Wiens für

ganz Österreich entweder verschwiegen oder nicht zur Kenntnis genommen, so zum Beispiel, daß vom Wiener Steueraufkommen 42 Prozent beim sogenannten Finanzausgleich in andere Bundesländer abwandern.

Von diesem Steueraufkommen — die Mineralölsteuer eingeschlossen, die auch überwiegend in Wien aufgebracht wird — wurde zum Beispiel der Autobahn- und Bundesstraßenbau finanziert, der in den westlichen Bundesländern bereits zu 80 Prozent fertiggestellt ist, während in der Ostregion noch nicht einmal 50 Prozent fertig sind, obwohl dort das größte Verkehrsaufkommen ist.

Darüber gab es in Wien bisher kein Geraunze. Jetzt aber — das sage ich als Vertreter Wiens deutlich — ist die Toleranzgrenze erreicht. Jetzt muß endlich der Nachholbedarf der Ostregion forciert befriedigt werden, denn diese Ostregion hat auch am meisten im Krieg und in der Nachkriegszeit gelitten. Nirgends waren die Bombenschäden so groß wie in der Ostregion. Wiener Neustadt zum Beispiel war die meistbeschädigte Stadt Österreichs; nur drei Häuser blieben dort ohne Kriegsschäden. Dazu kam in der Ostregion noch das Jahrzehnt der russischen Besetzung.

Die Ostregion — damit versteh ich außer Wien auch Niederösterreich, Burgenland, Teile der Steiermark und Oberösterreichs — muß ihren Nachholbedarf befriedigen und kann nicht länger warten, auch wenn die Berechtigung von Wünschen anderer Regionen anerkannt wird. Die Wiener, Niederösterreicher und Steirer haben ebenso wie die Kärntner zum Beispiel lange genug auf die durchgehende Autobahnverbindung Wien—Graz und Klagenfurt gewartet zugunsten anderer Projekte.

Die Bevölkerung der Ostregion hat Verständnis dafür gezeigt, daß bei der Freigabe des Benzinpreises dieser in ganz Österreich gleich hoch ist. Sie erwartet aber auch Verständnis dafür, daß auch der Strompreis einmal vereinheitlicht wird, denn es ist für die ostregionale Wirtschaft eine enorme Belastung, daß sie für den elektrischen Strom weit mehr zu bezahlen hat wie Betriebe an anderen Standorten. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß in Westösterreich eine Kilowattstunde 1 S kostet, während sie in Wien jetzt 1,60 S kostet. Das sind 60 Prozent mehr als auf einem anderen Standort. Ein solcher Umstand verzerrt die Wettbewerbsbedingungen einseitig zuungunsten der Ostregion.

Ich möchte mich dabei aber nicht der Forderung des niederösterreichischen Landes-

**Vorsitzender**

hauptmanns Ludwig anschließen, der analog zu dieser Sachlage laut Presse vom 23./24. Jänner fordert, daß die Erdölprodukte deshalb in Niederösterreich im Verhältnis zu den anderen Bundesländern stark verbilligt werden sollen, weil 80 Prozent des heimischen Erdöls und 60 Prozent des Erdgases in Niederösterreich gefördert werden. So soll und kann ein echter Föderalismus nicht aussehen, denn Wasserkraft und Rohstoffe — ob es sich um Erdöl, Kohle oder Holz handelt — sollen allen Österreichern gleichmäßig zur Verfügung stehen. Und gerade in einer Zeit, in der immer vom Abbau der Privilegien gesprochen wird, sollte man sich überlegen, ob man solche Standortprivilegien weiterhin aufrechterhalten und neue fordern kann.

Das Land Wien wird immer für eine loyale Zusammenarbeit mit den anderen Bundesländern eintreten. Aber Wien und die Ostregion möchten sich nicht länger benachteiligt fühlen. Der Wiener Steuerzahler bringt immerhin jährlich 500 Millionen Schilling allein dafür auf, daß Spitalspatienten anderer Bundesländer — sie machen bis zu 20 Prozent der Patienten in Wiener Spitätern aus — in Wien behandelt werden, ohne daß dafür von den zuständigen Bundesländern ein Beitrag geleistet wird. Das kann nicht so weitergehen, das kann dem Wiener Steuerzahler nicht auf die Dauer zugemutet werden. (Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Wir hoffen auf Verständnis für unsere Wiener Anliegen, die man nicht damit abqualifizieren darf, daß Wien für seinen U-Bahn-Bau und sein AKH auf Kosten anderer Länder Bundeszuschüsse erhält. Dabei wird nämlich unrichtig argumentiert. Denn Wien ist das einzige Bundesland, welches in so großem Ausmaß eigene Nahverkehrsmittel baut und unterhält. Überall anders erfüllen diese Aufgabe die Bundesbetriebe Bahn und Post und bekommen dafür noch den Vorwurf — besonders die ÖBB —, ein Defizitbetrieb zu sein.

Und der sogenannte Bundeszuschuß für das AKH wird vor allem für die Klinikeinrichtungen der Medizinischen Fakultät der Universität Wien zur Verfügung gestellt. Sie wissen, es gibt jetzt einen Prozeß zwischen Wien und dem Bund, weil der Bund nur 18 Prozent der Betriebskosten der Universitätskliniken als klinische Kosten anerkennt, während das Land Wien diese Kosten mit 53 Prozent ermittelt hat.

Ohne dem Ausgang des Prozesses vorgreifen zu wollen, möchte ich feststellen, daß bei Richtigkeit des Standpunktes der Stadt Wien der Wiener Steuerzahler seit vielen Jahren Hunderte Millionen Schilling für den reinen

Klinikbetrieb aufgebracht hat, für den eigentlich der Bund hätte aufkommen müssen.

Und schon gibt es auch Proteste gegen den Bau und die Betriebskosten des AKH, obwohl es von seiten Wiens keine neiderfüllten Proteste gegeben hat, wie in Linz, Salzburg und Klagenfurt völlig neue Universitäten gebaut und eingerichtet wurden und die Universität Innsbruck auch bevorzugt ausgebaut wurde, und obwohl dies alles mit Steuermitteln aus dem Finanzausgleich, der fast ausschließlich zu Lasten Wiens geht, gebaut wurde. Denn außer Wien trägt kein anderes Bundesland in so bedeutender Höhe zum Finanzausgleich bei, sodaß solche Projekte finanziert werden können.

Nur vereinzelt wurden damals Stimmen in Wien laut, daß die Finanzmittel für den Ausbau der Linzer, Salzburger und Klagenfurter Universität besser für den Ausbau der bestehenden Universitäten verwendet werden sollten, was aber keinen Widerhall in Wien gefunden hat. Die Betriebskosten dieser drei neuen Universitäten übersteigen sicherlich diejenigen der Klinik der Wiener Medizinischen Fakultät.

Dasselbe gilt — das muß ich als Vertreter Wiens sagen — für das Konferenzzentrum, das uns ja heute noch beschäftigen wird, und das General-Motors-Werk.

Ich kann mich noch erinnern, wie vor dem Bau der UNO-City der Standort in Frage gestellt wurde. Da wurde von verseuchtem Sumpfgebiet gesprochen, auf dem die Basisbetonpfiler keinen geeigneten Untergrund hätten, von einer Gelseninsel wurde gesprochen, und dann wurde davon gesprochen, um wieviel schöner es wäre, dieses UNO-Zentrum im südlichen Niederösterreich zu bauen.

Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß diese enttäuschten Hoffnungen ein psychischer Faktor sein könnten, der eine so vehementen Ablehnung zuerst der gesamten UNO-City und jetzt des Konferenzzentrums herbeigeführt hat.

Dasselbe gilt für das General-Motors-Werk. Auch hier erfolgte erst die Ablehnung der sicher großzügigen, aber für die Arbeitssicherung notwendigen Begünstigungen, als sich die Firma für den Standort Wien entschied. Jedes andere Bundesland wäre bereit gewesen, diesem Werk die gleichen oder sogar noch bessere Konditionen einzuräumen. Einige Bundesländer haben sich ja auch bemüht, dieses Werk zu bekommen, und sie hätten von der Bundesregierung ebenso Mittel in Anspruch genommen, wie das Land Wien es getan hat.

15662

Bundesrat — 418. Sitzung — 28. Jänner 1982

**Vorsitzender**

Als Vertreter Wiens im Bundesrat, der oft als Länderkammer bezeichnet wird, hoffe ich, föderalistische Solidarität zu finden, wenn ich diese Tatsachen und Probleme vom Wiener Standpunkt her aufzeige. Es ist eben das Wesen des Föderalismus, daß jedes Bundesland seine Probleme aus seiner Sicht darstellen kann, auch wenn eine solche Darstellung nicht gerade Begeisterung bei den anderen findet, gleichgültig welcher Partei sie angehören mögen.

Politische Tätigkeit soll aber nicht auf Beifall ausgerichtet, sondern wahrhaft sein. Und so kann man in die Lage kommen, so wie ich heute, aus meiner persönlichen Kenntnis der Wiener Probleme und aus Wiener Sicht Ihnen meine Meinung darzulegen.

Föderalismus, meine Damen und Herren, kann nicht die ständige Forderung an den Bund nach mehr Geldmitteln und die egoistische Durchsetzung der eigenen Wünsche sein. Föderalismus muß auch die Respektierung der Anliegen der Partner beinhalten, auch wenn diese Respektierung im Interesse der Gesamtheit zur zeitweiligen Zurückstellung eigener Wünsche führt. — Wenn man mich in Zukunft wieder einmal zitieren will, dann bitte ich, diesen Satz vorzumerken.

Ich möchte aber jetzt noch weiter in der Tradition der Antrittsreden bleiben. So möchte ich auf Fragen unserer Kammer kurz eingehen. Fast jeder Vorsitzende hat sich in seiner Antrittsrede damit befaßt, ich selbst auch. Ich bin aber heute vielleicht der erste Vorsitzende, und das ist wirklich ein Zufall und kein Verdienst, der sagen kann: Jetzt sind die Verhandlungen über eine Reform des Bundesrates auf Grund des Länderförderungsprogramms doch schon so weit gediehen, daß wir mit der parlamentarischen Behandlung und Beschußfassung in absehbarer Zeit rechnen können.

Diese Reform wird keine Umwälzungen bringen, aber doch einen deutlichen Akzent setzen, der für den Bundesrat bedeutsam sein wird.

Hoffen wir, meine Damen und Herren — das sage ich jetzt mit sehr großem Ernst —, daß die beabsichtigte Volksbefragung über das Konferenzzentrum nicht neue Aspekte in diesen Verhandlungen hervorruft, weil dadurch die Einmütigkeit der Landeshauptmännerkonferenz in Frage gestellt wird. Die jetzige Situation erleichtert sicherlich nicht die im Länderförderungsprogramm und in den Verhandlungen darüber bereits angebahnte Reform unserer Kammer.

Ich kann Ihnen aber das Versprechen

geben: Was mir Vorsitzendem, der den Bundesrat derzeit nach außen repräsentiert, möglich ist, werde ich auch in der jetzt geänderten Situation tun, um diese für den Bundesrat erfreuliche und seit vielen Jahren gewünschte Reform zu beschleunigen und zu realisieren. (Beifall bei SPÖ.)

**Einlauf und Zuweisungen**

**Vorsitzender:** Eingelangt ist ein Schreiben des Bundeskanzleramtes betreffend eine Ministervertretung.

Ich ersuche die Frau Schriftführer um Verlesung dieses Schreibens.

**Schriftführerin Leopoldine Pohl:**

„An das Präsidium des Bundesrates.

Der Herr Bundespräsident hat am 15. Jänner 1982, Zl. 1002-02/40, folgende Entschließung gefaßt:

Auf Vorschlag des Bundeskanzlers betraue ich für die Dauer der Verhinderung des Bundesministers für Ausw. Angelegenheiten Dr. Willibald Pahr innerhalb des Zeitraumes vom 20. bis 31. Jänner 1982 den Bundesminister für Justiz Dr. Christian Broda mit der Vertretung.

Hievon beehe ich mich, mit dem Ersuchen um gefällige Kenntnisnahme Mitteilung zu machen.

**Für den Bundeskanzler  
Dr. Neumayer“**

**Vorsitzender:** Ich danke der Frau Schriftührerin.

Eingelangt sind weiters vier Anfragebeantwortungen, die den Anfragestellern übermittelt wurden.

Die Anfragebeantwortungen wurden vervielfältigt und auch an alle übrigen Mitglieder des Bundesrates verteilt.

Eingelangt sind jene Beschlüsse des Nationalrates, die Gegenstand der heutigen Tagesordnung sind.

Ich habe diese Vorlagen dem in Betracht kommenden Ausschuß zur Vorberatung zugewiesen. Dieser Ausschuß hat die Beschlüsse des Nationalrates sowie den bereits früher eingelangten und zugewiesenen Bericht der Bundesregierung über die Vorbereitungen zur Ratifikation des Europäischen Niederlassungsabkommens vom 13. Dezember 1955 einer Vorberatung unterzogen. Die diesbezüglichen schriftlichen Ausschußberichte liegen vor.

Mit Rücksicht darauf habe ich diese Vorla-

**Vorsitzender**

gen sowie Ausschußergänzungswahlen auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gestellt.

Erhebt sich gegen die Tagesordnung ein Einwand? — Es ist dies nicht der Fall.

**Ankündigung einer dringlichen Anfrage**

**Vorsitzender:** Es wurde beantragt, daß die in der heutigen Sitzung eingebrachte Anfrage der Bundesräte Weiss und Genossen, 439/J-BR/82, an den Herrn Bundesminister für Finanzen betreffend Verzicht auf den Bau des zusätzlichen Konferenzzentrums bei der UNO-City vom Fragesteller mündlich begründet werde und hierauf eine Debatte über den Gegenstand stattfinde.

Das bedeutet, daß diese Anfrage als dringlich behandelt werden soll.

Da dieser Antrag von zehn Mitgliedern des Bundesrates unterstützt wird, ist ihm ohne weiteres stattzugeben.

Ich werde die Verhandlung über diese dringliche Anfrage an den Schluß der Sitzung, jedoch nicht über 17 Uhr hinaus, verlegen. Den Zeitraum der dafür notwendigen Unterbrechung werde ich später bekanntgeben.

**1. Punkt: Gesetzesbeschuß des Nationalrates vom 21. Jänner 1982 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Rundfunkgesetz 1974 und das Arbeitsverfassungsgesetz geändert werden (2454 und 2455 der Beilagen)**

**Vorsitzender:** Wir gehen nunmehr in die Tagesordnung ein und gelangen zum 1. Punkt: Änderungen des Rundfunkgesetzes 1974 und des Arbeitsverfassungsgesetzes.

Berichterstatter ist Frau Maria Derflinger. Ich bitte um den Bericht.

**Berichterstatterin Maria Derflinger:** Herr Vorsitzender! Frau Staatssekretär! Werte Damen und Herren! Durch den vorliegenden Gesetzesbeschuß des Nationalrates soll vor allem dem Österreichischen Rundfunk die Möglichkeit gegeben werden, mit jenen journalistischen und programmgestaltenden Mitarbeitern, deren Beschäftigungsausmaß einen bestimmten Umfang nicht übersteigt, befrioste Arbeitsverhältnisse in beliebiger Zahl abzuschließen, ohne daß hiervon eine Umwandlung in ein Dienstverhältnis auf unbestimmte Zeit erfolgt, wie dies die Rechtsprechung bei Abschluß von sogenannten „Kettendienstverträgen“ ansonst annimmt. Darüber hinaus werden auch noch einige arbeitsrechtliche Probleme geregelt, die sich

aus dieser speziellen Art der Beschäftigung ergeben.

Der Rechtsausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 26. Jänner 1982 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Rechtsausschuß somit den **Antrag**, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschuß des Nationalrates vom 21. Jänner 1982 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Rundfunkgesetz 1974 und das Arbeitsverfassungsgesetz geändert werden, wird kein Einspruch erhoben.

**Vorsitzender:** Ich danke der Frau Berichterstatterin für ihren Bericht.

Wir gehen in die Debatte ein.

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Weiss. Ich erteile ihm das Wort.

**Bundesrat Weiss (ÖVP):** Herr Vorsitzender! Verehrte Frau Staatssekretär! Hohes Haus! Aus der Fülle der einvernehmlichen Gesetzesbeschlüsse, mit denen sich der Bundesrat zu befassen hat, ragt der vorliegende Beschuß über die Änderung des Rundfunkgesetzes und des Arbeitsverfassungsgesetzes durch seine Entstehungsgeschichte etwas heraus. Viele der hier beschlossenen Gesetze sind von vornherein fachlich und politisch unbestritten, rein pragmatisch und nahezu zwangsläufig. Andere wieder führen ausgehend von unterschiedlichen fachlichen oder weltanschaulichen Auffassungen beim Suchen nach der besten Lösung unter dem Druck der sachlichen Notwendigkeiten oder eines verfassungsrechtlichen Konsenszwanges zu einem Kompromiß.

Die vorliegenden Änderungen des Rundfunkgesetzes und des Arbeitsverfassungsgesetzes wurden durch Konflikt, nämlich die Klage einer Freien Mitarbeiterin auf Anstellung und die ihr Recht gebende Entscheidung des Obersten Gerichtshofes, gezeugt. An ihrer Wiege stand eine eigenständige Suche der unmittelbar Betroffenen — ORF und Gewerkschaft der Freien Mitarbeiter — nach einer Lösungsmöglichkeit, worauf sich, als Taufpaten sozusagen, die Mediensprecher der drei Parteien mit einem Selbständigen Antrag im Nationalrat als Taufgeschenk einstellten.

Der an sich prädestinierte Taufpate, der Herr Bundesminister für soziale Verwaltung, wollte von einer Patenschaft in Form einer Regierungsvorlage vorerst nichts wissen und eine solche Lex specialis ursprünglich über-

15664

Bundesrat — 418. Sitzung — 28. Jänner 1982

**Weiss**

haupt verhindern. Ich habe dafür, von seiner Warte aus gesehen, Verständnis. Die Einbettung in eine umfassende Regelung, etwa im Medienmitarbeitergesetz oder in einem Künstlersozialversicherungsgesetz, wäre formal sicher schöner, auch die Beispielsfolgen wären leichter zu übersehen und zu beurteilen.

Aber auch bei einer solchen Vorgangsweise, Hohes Haus, wäre man nicht um das Faktum herumgekommen, daß besondere Arbeitsverhältnisse wie im ORF auch Regelungen erfordern, die darauf eingehen und es aus sachlichen Gründen verbieten, alle Freien Mitarbeiter schlechthin über einen Leisten zu schlagen. Durch die bekannte Entscheidung des Obersten Gerichtshofes im Fall Hetzer, der inzwischen schon eine weitere gefolgt ist und der sicher noch weitere folgen werden, ergab sich angesichts der großen Zahl anhängiger und einer noch größeren Zahl im Raum stehender Anstellungsbegehren Freier Mitarbeiter die Notwendigkeit einer Feuerwehraktion, damit Finanzplan und Stellenplan des ORF — immerhin eine Einrichtung des Bundes — nicht durch eine Flut von Neuambilanzierungen hinweggeschwemmt werden.

Ich halte das für ein kleines, erfreuliches Signal, daß man zwischen den Betroffenen und zwischen den Parteien bei allen Spannungen doch noch reden kann. Daß es sich um eine Regelung handelt, die so stark mit Kommunikation und dem Eigeninteresse eines großen, mächtigen Medienbetriebes zu tun hat, hat das Gespräch und den Konsens unter den Parteien sicherlich erleichtert.

Das Gesetz erlaubt nun dem ORF, Freie Mitarbeiter in einem größeren Zeitausmaß als bisher — 137 statt 86 Monatsstunden — und auch mit zusammenhängenden befristeten Verträgen zu beschäftigen. Das ist ein Beitrag zur Flexibilität des Personaleinsatzes im ORF.

Für die Mitarbeiter bringt das Gesetz eine Art Kündigungsfrist und eine Abfertigungsregelung besonderer — manche meinen allerdings zu besonderer — Ausgestaltung, weil auch beschäftigungsfreie Zeiten eingerechnet werden. Indirekt bringt die neue Regelung in Form einer Vereinbarung zwischen ORF und Gewerkschaft eine Besserstellung im Bereich der Sozialversicherung und der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall. Bisher mußte ein Freier Mitarbeiter, der von dieser Tätigkeit ausschließlich gelebt hat, vielleicht sogar bei mehreren Medienunternehmen tätig war, eine Art Betriebsausfallsversicherung für den Fall abschließen, daß er erkrankt und seiner Tätigkeit nicht nachgehen konnte.

Die nun gefundene Regelung ist sicherlich ein wichtiger Beitrag zur notwendigen sozialen Sicherheit der Freien Mitarbeiter. Die Tätigkeit als Freie Mitarbeiterin oder als Freier Mitarbeiter geschieht vielfach als Teilzeitbeschäftigung, ist offen für neue Formen der Arbeitszeitgestaltung, und daher in diesem Sinne nicht überholt, sondern geradezu zukunftssträchtig.

Es muß daher unser aller Bemühen sein, über den ORF hinaus die sozial- und arbeitsrechtliche Stellung der Freien Mitarbeiter befriedigend zu klären. Sie sind ein wesentlicher Bestandteil des Medienwesens, sind ein flexibles und kreatives Potential, sind — wie einmal jemand formuliert hat — das „Salz in der Suppe“ der Medien. Dabei sind allerdings manche auch nicht gefeit davor, sich manchmal als „Schnittlauch auf allen Suppen“ zu fühlen.

Diese Vielfalt, Buntheit, Ungebundenheit ist besonders wichtig für ein Medienunternehmen wie den ORF, der zwar ein Sendemonopol repräsentiert, aber schon von Gesetzes wegen Meinungspluralismus transportiert.

Gerade dieser Gesichtspunkt macht deutlich, wie wichtig die freien Mitarbeiter besonders für die Landesstudios des ORF mit ihrem kleinen Stab programmschaffender Mitarbeiter sind. Wir haben dort viele Abteilungen, in denen nur ein angestellter Mitarbeiter tätig ist, und es dient sicherlich der Meinungsvielfalt, wenn darüber hinaus noch eine möglichst große Zahl freier Mitarbeiter ergänzend tätig sein kann.

Dieser Umstand soll in der Länderkammer des Parlaments nicht unerwähnt bleiben.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang ein paar Gedanken zur Stellung der Bundesländer im ORF und im Szenario der neuen elektronischen Medien anschließen.

Rundfunk ist in Österreich nach einem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes aus 1954 Bundesangelegenheit nach Artikel 10 Bundes-Verfassungsgesetz. Bis zur Novelle des Rundfunkgesetzes 1974 stand der ORF durch lange Zeit als Ges. m. b. H. im gemeinsamen Eigentum des Bundes und der Bundesländer. Nach deren Enteignung ist der ORF eine Einrichtung des Bundes allein.

Dessenungeachtet hat sich durch die gestaltende Kraft des Faktischen in der Nachkriegszeit und durch die Folgewirkungen des Rundfunk-Volksbegehrens eine starke Berücksichtigung der Bundesländer herausgebildet und bis heute erhalten. Der ORF hat nach dem Rundfunkgesetz ausdrücklich auf die bundes-

**Weiss**

staatliche Gliederung nach dem Grundsatz der Gleichbehandlung der Bundesländer Bedacht zu nehmen. Eines der drei Hörfunkprogramme ist zwingend ein von den Landestudios zu gestaltendes Regionalprogramm, im Fernsehen sind die Interessen der Länder zu berücksichtigen.

In den Jahren 1969 bis 1972 wurden in Linz, Salzburg, Innsbruck und Dornbirn neue Studios gebaut. Damit wurde nicht nur die Bedeutung der dezentralen ORF-Struktur im wahrsten Sinn des Wortes untermauert, sondern auch ein wichtiger Schritt für die technisch bedingt erst später einsetzende Fernsehregionalisierung gesetzt.

Im Jahre 1977 kam unter Oberhammer der erste Fernsehregionalisierungsschub durch Investitionen, vor allem in die Studios und in die Sendetechnik.

Das Jahr 1980 brachte in einer zweiten Welle eine Aufstockung des Personals in den Landestudios und mehr finanzielle Eigenständigkeit sowie eine stärkere Einbindung der Landestudios in die Programmgestaltung des Fernsehens.

Diese Regionalisierung im Fernsehbereich fand im letzten Jahr eine Ergänzung im Hörfunk durch eine weitere Akzentuierung des Lokalprogramms der einzelnen Landestudios.

Mit dieser Entwicklung, Hohes Haus, taucht natürlich auch die Frage auf, ob die beim ORF für das ganze Bundesgebiet eingerichtete zentrale Hörer- und Sehervertretung nicht durch entsprechende gleichartige Gremien bei den Landestudios ergänzt — nicht ersetzt: ergänzt — werden sollte. Dies gilt umso mehr, als die Bundesländer in der Hörer- und Sehervertretung bisher nicht unmittelbar vertreten sind. Man sollte nicht nur das Programm regionalisieren, sondern auch die Mitwirkungsrechte der Hörer und Seher.

Ich mache diese Anregung bewußt hier im Bundesrat — wo paßte sie besser hin? — und bewußt auch im Zusammenhang mit einer vom Konsens getragenen Novelle zum Rundfunkgesetz.

Ich möchte dem den Wunsch anschließen, daß die Bundesländer in gleicher Weise wie dem ORF auch in anderen Medienprojekten der Zukunft eingebunden sind. (Beifall bei der ÖVP.)

Das gilt für die Bildschirmzeitung der Post genauso wie für allfällige weitere Medienunternehmen neben dem ORF, im besonderen aber für das Kabelfernsehen als eine Form

der vorwiegend lokalen und regionalen Programmausstrahlung.

Wir sind es als Ländervertreter unserem Mandat einfach schuldig, in diesen Fragen an die Adresse des Bundes als Kompetenzträger nicht nur rechtzeitig, sondern schon frühzeitig unser berechtigtes Interesse anzumelden. Wenn wir als Bundesräte, meine Damen und Herren, in unseren Parteien das Nötige dazu beitragen, werden wir auch in schwierigeren Fragen als der Stellung der freien Mitarbeiter Übereinstimmung finden. Danke. (Beifall bei der ÖVP.)

**Vorsitzender:** Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Matzenauer. Ich erteile ihm das Wort.

**Bundesrat Matzenauer (SPÖ):** Herr Vorsitzender! Frau Staatssekretär! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Vorredner hat schon darauf hingewiesen: Ein Dreiparteiantrag, der am letzten Parlamentstag vor den Weihnachtsferien eingebracht worden war, setzte einen vorläufigen Schlußpunkt hinter eine Auseinandersetzung (Bundesrat Dr. Schambach: *Das war doch ganz anders, ...!*) — ein am letzten Sitzungstag des Nationalrats eingebrachter Antrag —, die für große Aufregung gesorgt und die auch viel Staub aufgewirbelt hatte, nämlich die arbeitsrechtliche Situation der freien Mitarbeiter im ORF. Sie konnten nun durch einen Kompromiß, der zwischen ÖGB, Sozialminister, Betriebsrat und der ORF-Geschäftsführung vereinbart wurde, endlich gesetzlich bereinigt werden. Es ist ein Kompromiß mit dem Seltenheitswert jener Konsenslösungen, mit denen, wenn man ihren Worten Glauben schenken darf, alle Beteiligten zufrieden sind. Und auch uns im Bundesrat einigt ja dieser Konsens in unserer Beschußfassung.

Für den Generalintendanten Bacher ist es sogar ein „großartiger“ Kompromiß, denn er sichert dem ORF das unverzichtbare kreative Potential der freien Mitarbeiter und diesen selbst soziale Sicherheit.

Und auch der Journalistengewerkschafter Nenning sagte fast gleichlautend: Die Freien sind dann quasi Selbständige mit fast allen Vorteilen von Angestellten. Wobei er allerdings einschränkend feststellt, daß diese spezielle ORF-Regelung für freie Mitarbeiter nicht ohneweiters auf andere Medienbereiche übertragen werden könnte; zum Beispiel sei sie bei Printmedien nicht in diesem Maße anwendbar.

Gemeint sind hier vor allem die Ergebnisse der vielwöchigen und zähen Verhandlungen,

15666

Bundesrat — 418. Sitzung — 28. Jänner 1982

**Matzenauer**

die den freien Mitarbeitern im ORF eine Zwischenstellung zwischen dem ursprünglichen Status und einer fixen Anstellung durch sogenannte Kettendienstverträge geben.

Als letzter Stein des Anstoßes für diese Einigung über die Freien — darauf wurde ja schon hingewiesen — wirkte das vielzitierte Grundsatzurteil des Obersten Gerichtshofes in Sachen Koschka Hetzer, das sich für den ORF als von existentieller Bedeutung entpuppte. Die Kulturjournalistin hatte mit Erfolg ihre Anstellung eingeklagt, und damit hätten mehrere hundert freie ORF-Mitarbeiter ab einer bestimmten Stundenanzahl angestellt werden müssen, eine Entscheidung, die den Generalintendanten des ORF vor ein unlösbare Dilemma stellte: Einerseits kann er ja nur so viele Dienstposten besetzen, wie sie ihm vom Kuratorium genehmigt werden, andererseits kann und will er sicherlich auch nicht auf die für die Programmarbeit so wichtigen freien Mitarbeiter verzichten. In dieser Zwangslage mußten die Verhandlungen zu einem positiven Ende führen. Sie hatten sich ohnedies schon viel zu lang dahingezogen.

Ein Rückblick auf die Genesis dieser Novelle zeigt folgende markante Entwicklungsstufen:

Vor etwa sechs Jahren hatte der Oberste Gerichtshof in seinem Urteil judiziert, daß bei freien Mitarbeitern im ORF ein sogenanntes freies Dienstverhältnis vorliegt. Die einschlägigen Gesetze des österreichischen Arbeitsrechtes fänden auf derartige Dienstverhältnisse keine Anwendung.

Dieses Urteil führte dazu, daß die Verhandlungen zur Erfüllung des im Parlament eingebrachten Entschließungsantrages und die Verabschiedung eines Medienmitarbeitergesetzes endgültig ins Stocken gerieten. Hatten die Verhandlungen bis zu diesem Zeitpunkt wegen der Haltung des Zeitungsherausgeberverbandes zu keinem Ergebnis geführt, so sah auch der ORF nun keine besonders dringliche Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung. Der Wechsel, der dann in der Geschäftsführung des ORF eintrat, tat ein übriges dazu.

Es gab somit bisher im ORF drei Möglichkeiten für Vertragsverhältnisse: den Dienstvertrag, den Werksvertrag und den sogenannten freien Dienstvertrag.

Für Dienstverträge und für Werksverträge mußten die bekannten Bedingungen voll erfüllt werden: für Dienstverträge die organisatorische Eingebundenheit in das Unternehmen, die wirtschaftliche Abhängigkeit vom Unternehmen, die Haftung für sorgfältige Ausführung der übertragenen Tätigkeit, die

persönliche Leistungsverpflichtung und die Weisungsgebundenheit, für Werksverträge, daß sie nicht organisatorisch eingebunden sind, wirtschaftlich selbständig ausgeübt werden, die volle Gewährleistung im Rahmen der Garantiebestimmungen erfüllt wird, die Leistung auch durch Dritte erbracht werden kann, und natürlich die Weisungsfreiheit.

Für den freien Dienstvertrag hingegen war es nur notwendig, daß die organisatorische Eingebundenheit in den Betrieb fehlte und die Leistung weisungsfrei erbracht werden konnte und keine Haftung für einen bestimmten Erfolg gegeben war.

Durch das Urteil Koschka Hetzer war nun insofern eine Veränderung eingetreten, daß die Höchstgerichte die Möglichkeit des freien Dienstvertrages letztlich verworfen und sich schließlich auf die Unterscheidung zwischen dem reinen Dienstvertrag und reinem Werksvertrag festgelegt haben.

Das hätte bedeutet, daß es sich bei freien Mitarbeitern im ORF nun um voll Angestellte handelt, wenn entsprechende Arbeitsbilder im Verwendungsgruppenschema aufscheinen. Die Rechtsunsicherheit war damit perfekt. Es gab die zwei oberstgerichtlichen Entscheidungen, niemand konnte abschätzen, wie der Oberste Gerichtshof bei der Klage eines freien Mitarbeiters weiter entscheiden würde. Die Geschäftsführung befürchtete mit Recht ein Ansteigen der Personalkosten auf über 60 Prozent des Gesamtbudgets, was eine Beeinträchtigung des Programms mit sich gebracht hätte.

Dies veranlaßte die ORF-Geschäftsführung auf die seit 1975 bereits in Geltung stehende Dienstanweisung des damaligen Generalintendanten Dr. Oberhammer hinzuweisen, in der dieser festgestellt hatte, daß freie Mitarbeiter des ORF, sofern ihre Tätigkeit programmgestaltend oder journalistisch ist, nicht mehr als 88 Stunden beschäftigt werden dürfen. Die Geschäftsführung setzte darüber hinaus Maßnahmen gegen jene programmverantwortlichen Hauptabteilungsleiter, die zukünftig ein Überschreiten dieses Limits zugelassen und damit den freien Mitarbeitern einen Klageanspruch auf Anstellung gegen den ORF ermöglicht hätten.

Die Auswirkung einer derartigen möglichen Dienstanweisung bekamen die freien Mitarbeiter bereits im November und Dezember des vergangenen Jahres zu spüren. Produktionstermine wurden bei Erreichung des Limits kurzerhand abgesetzt, freie Mitarbeiter, die das Limit erreicht haben, wurden im laufenden Monat nicht mehr beschäftigt. Die

**Matzenauer**

Maßnahmen führten dazu, daß die Fertigstellung von Produktionen verzögert wurde. Dies hatte in der Öffentlichkeit keine Auswirkung, weil die Beurteilungsgrundlagen fehlten, welche Produktionen der Hörer und Seher präsentiert bekommen hätte, wenn es diese Limits nicht mehr gegeben hätte.

Wesentlich leichter zu beurteilen waren die Auswirkungen auf die freien Mitarbeiter. Diese wurden in ihrem Einkommen auf die Hälfte oder weniger reduziert und in ihrer Existenz schwer bedroht. Bei Fortführung dieser Haltung des Unternehmens wären freie Mitarbeiter und die Gewerkschaft zweifellos gezwungen gewesen, sich zunehmend an das Arbeitsgericht zu wenden und die Rechte auf dem Klageweg durchzusetzen.

Aber auch für die Interessenvertreter der Arbeitnehmer gab es infolge der komplizierten gesamtrechtlichen Situation des ORF viele Fragezeichen. Der ORF ist nämlich ein Unternehmen sui gereris. Er umfaßt Tätigkeiten vom arbeitsrechtlichen Gesichtspunkt aus gesehen sowohl im Bereich des Schauspiels als auch im Bereich des Journalismus und im Bereich der Verwaltung mit allen dort vorkommenden Tätigkeiten. Da jedoch sowohl das Journalistengesetz als auch das Schauspielergesetz in ihrem Wirkungsbereich eingeschränkt sind — nämlich das Journalistengesetz auf den Printmedienbereich und das Schauspielergesetz auf die Theaterunternehmen —, kommen diese beiden Spezialgesetze im ORF nicht zur Anwendung, diese beiden Gesetze beinhalten Spezialnormen für journalistische und programmgestaltende Mitarbeiter im übertragenen Sinn.

Das Angestelltengesetz hingegen ist im wesentlichen auf die Bereiche der Industrie und des Gewerbes und sonstiger mit Verwaltung befaßter Organisationen, Vereine, Körperschaften öffentlichen Rechtes abgestellt. Die Problematik, die in anderen Branchen des Medienbereiches, wie zum Beispiel des Films, nicht auftreten, ergeben sich dadurch, daß im Bereich des Films mehrere Unternehmen Produktionen durchführen, der ORF ein in sich geschlossenes Unternehmen ist, das in viele Betriebe zergliedert ist, nämlich in die Hörfunkintendantz, in die Fernsehintendantz 1 und 2, in die Kurzwelle, in Landesstudios und so weiter.

Rechtsträger bei der Beschäftigung in den verschiedenen Betrieben aber ist jeweils das Unternehmen ORF. Das heißt, im Bereich des Films produziert ein Filmschaffender einmal bei der einen Firma, einmal bei der anderen Firma, der Vertrag ist befristet und endet mit Zeitablauf.

Beim ORF hingegen tritt auch der Fall auf, daß der freie Mitarbeiter ein Produkt für die Hörfunkintendantz erstellt, dort eine Produktionszeit aufweist, anschließend produziert er unter Umständen in der Fernsehintendantz 1, weist wieder ein befristetes Dienstverhältnis auf, anschließend könnte er für die Fernsehintendantz 2 ebenfalls wieder mit einem befristeten Dienstverhältnis tätig sein.

Da der Rechtsträger jedoch immer der ORF ist, sind alle drei befristeten Dienstverträge aneinander zu reihen, und dadurch ist ein unzulässiges Kettendienstverhältnis entstanden.

Da es sich beim vorerwähnten Beispiel des Films um drei verschiedene Unternehmen handelt, konnte dort nie ein Kettendienstverhältnis entstehen.

Ein zweiter Fall ist der, daß sich die verschiedenen Produktionszeiten überschneiden, da bei Fernsehproduktionen nicht täglich an denselben Produktion gearbeitet werden kann und muß, und es entstehen Wartezeiten zwischen den sogenannten Drehtagen zwischen den Schneideterminen und der sogenannten Mischung der Unterlegung der Beiträge mit Musik und Text und Kommentaren. In diesen Zwischenzeiten können natürlich äquivalente Arbeiten, wie zum Beispiel Drehtermine, Schneidetermine und Mischtermine, von anderen Produktionen anfallen.

Während der Verhandlungen der Sozialpartner ist oftmals die Frage diskutiert worden, ob eine eigengesetzliche Regelung beziehungsweise eine Novelle zum Angestelltengesetz zweckmäßig ist. Eine Novelle zum Angestelltengesetz erschien deshalb nicht möglich, weil diese Vorgangsweise mit Sicherheit Auswirkungen auf andere Bereiche gehabt hätte, die nicht derartig speziell zu beurteilen sind wie das Rundfunkunternehmen. Da es sich hier um eine ausgesprochen spezielle Thematik handelt, war die Verankerung dieser arbeitsrechtlichen Form im Rundfunkgesetz, das eine Lex specialis ist, die sinnvollste Vorgangsweise.

In dieser Situation faßte das Kuratorium des ORF über Bericht der Geschäftsführung den Beschuß, an den Gesetzgeber mit dem Ersuchen heranzutreten, das ORF-Gesetz zu novellieren. Die Novellierung sollte über Wunsch der Geschäftsführung im § 17 des Rundfunkgesetzes, in dem die Bestellung der programmgestaltenden und journalistischen Mitarbeiter normiert wird, erfolgen und festlegen, daß diese Mitarbeiter bis zu vier Fünftel der durch Kollektivvertrag oder Gesetz festgelegten Arbeitszeit von der Anwendung

15668

Bundesrat — 418. Sitzung — 28. Jänner 1982

**Matzenauer**

des Angestelltengesetzes ausgeschlossen werden, was den ORF in die Lage versetzt hätte, den freien Mitarbeiter, den er bis jetzt ohne Anwendung des Angestelltengesetzes bis 88 Stunden monatlich beschäftigen durfte, bis zu 137 Stunden pro Monat ohne Anwendung des Angestelltengesetzes einzusetzen.

Gleichzeitig hat der ORF als flankierende Maßnahme die Einbeziehung aller freien Mitarbeiter in die Sozialversicherung durch die Novellierung des § 4 Abs. 3 des ASVG vorschlagen.

Die Gewerkschaft und der Zentralbetriebsrat des ORF haben daraufhin eine Versammlung der freien Mitarbeiter einberufen, die am 20. Oktober 1981 stattfand, und in dieser Vollversammlung wurde die Haltung, die der Zentralbetriebsrat und die Gewerkschaft in Verhandlungen mit dem Unternehmen einnehmen sollten, mit den freien Mitarbeitern besprochen und festgelegt.

Standpunkt der Dienstnehmervertretung war es, daß jede gesetzliche Lösung folgendes erreichen sollte: keine Beschäftigungslimite, volle soziale Absicherung durch ein ausreichendes Maß sozialer Rechte, Sozialversicherung im vollen Umfang, besonders Pensionsversicherung, und Möglichkeit des Abschlusses von Gesamtverträgen.

Die Gewerkschaftsvertretung stand auf dem Standpunkt, daß auf der Basis des im Parlament liegenden Medienmitarbeitergesetzes verhandelt werden sollte, dies insbesondere deshalb, weil entsprechende Gewerkschaftsbeschlüsse vorlagen. Darüber hinaus vertrat die Sektion Rundfunk und Fernsehen in der Gewerkschaft Kunst, Medien, freie Berufe die Auffassung, daß der ORF ein Unternehmen eigener Art ist und auf Grund seiner Stellung in Österreich zur Lösung dieses Problems eine eigengesetzliche Regelung notwendig sei; ähnlich dem Schauspielergesetz.

Die erste Fühlungsnahme zwischen ORF-Geschäftsführung und Vertretung des Zentralbetriebsrates und der Gewerkschaft führte zu keiner Annäherung der Standpunkte. Beide Vertragsparteien, Verhandlungsparteien hatten in der Folge eine Aussprache mit dem Sozialminister, der seine Bereitschaft, zu einer raschen und zielführenden Lösung zu kommen, zusicherte, jedoch eine Einigung der Sozialpartner ORF und Gewerkschaft forderte.

Im Sozialministerium fanden daraufhin viele kurz aufeinanderfolgende Verhandlungen statt, die zu folgendem Ergebnis führten: Die zu treffenden arbeitsrechtlichen Maßnah-

men sollten im ORF-Gesetz erfolgen, weil die Beschäftigungen im ORF kaum in anderen Berufssparten Vergleichbares haben und in dieser Lösung Auswirkungen auf andere Bereiche, insbesondere auf den gesamten Bereich der Angestellten in Österreich, verhindert werden sollten.

Darüber hinaus konnte man mit dieser Maßnahme eine Verschlechterung der Rechtslage des ORF-Angestellten und auch der freien Mitarbeiter verhindern, weil keine Bestimmungen des Angestelltengesetzes für programmgestaltende und journalistische Mitarbeiter des ORF außer Kraft gesetzt wurden.

Die zweite wesentliche Frage war die Frage des Beschäftigungslimits. Die Lösung ist die — die die Experten in der Gewerkschaft anstreben und von der sie auch von Anfang an überzeugt waren, daß sie damit das Problem am besten lösen könnten —: Es ist die Zulässigkeit sogenannter Kettendienstvertragsverhältnisse, wie sie bereits im Schauspielergesetz normiert sind. Jedoch vertraten die Gewerkschaftsvertreter die Auffassung, daß die Zulässigkeit von Kettendienstverhältnissen ohne Limit nach oben dazu führen können, daß der ORF hinkünftig seinen Programmbedarf überhaupt nur noch mehr mit freien Mitarbeitern und nicht mehr mit Fixangestellten hätte bewältigen können.

Der ORF wieder erklärte sich bereit, bei allen jenen Dienstverhältnissen, die dem älteren Urteil — also dem freien Dienstvertrag — unterliegen würden, eine dem Angestelltengesetz nachgebildete Abfertigung zu bezahlen, die Bestimmungen des Mutterschutzgesetzes, des Urlaubsgesetzes und des Entgeltfortzahlungsgesetzes sinngemäß anzuwenden. Der Durchbruch war damit gelungen, mit dem Abschluß eines Zusatzübereinkommens war endlich der Konsens erzielt.

Die Abgeordneten Braun, Steinbauer und Dr. Frischenschlager konnten dann die erarbeiteten Formulierungen als Initiativantrag einbringen. Der Nationalrat hat eine entsprechende Novelle unter Einbeziehung eines Abänderungsantrages betreffend Abfertigungsansprüche mit Wirksamkeit vom 1. Februar 1982 beschlossen.

Auf Grund der nun erzielten Lösung ist zu hoffen, daß das Problem der freien Mitarbeiter im ORF gelöst ist. Dies umso mehr, weil der ORF selbst an dieser Lösung sehr wesentlich und initiativ mitgearbeitet hat und auch die Geschäftsführung die Auffassung vertritt, daß dies ein handhabbares Lösungsmodell ist.

Bei der Vollziehung und bei den konkreten

**Matzenauer**

Vertragsverhandlungen dürfte es nunmehr keine Schwierigkeiten geben. Die Vorteile der neuen Regelung für die freien ORF-Mitarbeiter liegen klar auf der Hand.

Meine Fraktion bekennt sich zu diesen Verbesserungen für einen Berufsstand, der als kreatives Potential die Durchführung des Programmauftrages des ORF ermöglicht. Meine Fraktion gibt daher dieser Novelle ihre Zustimmung. (*Beifall bei der SPÖ*.)

**Vorsitzender:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wünscht noch jemand das Wort? — Es ist dies nicht der Fall.

Die Debatte ist geschlossen.

Wird von der Berichterstattung ein Schlußwort gewünscht? — Dies ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung.

*Bei der Abstimmung beschließt der Bundesrat, gegen den Gesetzesbeschuß des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben.*

**2. Punkt: Beschuß des Nationalrates vom 21. Jänner 1982 betreffend ein Europäisches Übereinkommen über die Zustellung von Schriftstücken in Verwaltungssachen im Ausland samt Anlage und Erklärung der Republik Österreich (2456 der Beilagen)**

**Vorsitzender:** Wir gelangen nun zum 2. Punkt der Tagesordnung: Europäisches Übereinkommen über die Zustellung von Schriftstücken in Verwaltungssachen im Ausland samt Anlage und Erklärung der Republik Österreich.

Berichterstatter ist Frau Bundesrat Margaretha Obenaus. Ich bitte um den Bericht.

Berichterstatterin Margaretha Obenaus: Frau Staatssekretär! Meine Damen und Herren! Durch das im Rahmen des Europarates ausgearbeitete Übereinkommen über die Zustellung von Schriftstücken in Verwaltungssachen im Ausland soll eine in der Praxis oftmals als sehr störend empfundene Lücke in der wechselseitigen Amtshilfe zwischen den Staaten geschlossen werden. Die Zustellung hat demnach grundsätzlich im Wege von zentralen Behörden des ersuchten Staates zu erfolgen. In Österreich sind das in Angelegenheiten des Flüchtlingswesens, des Waffenwesens und des Fremdenpolizeiwesens das Bundesministerium für Inneres, in allen anderen Fällen das jeweils örtlich zuständige Amt der Landesregierung. Ausge-

nommen vom Wirkungsbereich des Übereinkommens sind Finanz- und Strafsachen.

Dem Nationalrat erschien bei der Genehmigung des Abschlusses des vorliegenden Übereinkommens die Erlassung von besonderen Bundesgesetzen im Sinne des Artikels 50 Abs. 2 B-VG zur Überführung des Vertragsinhaltes in die innerstaatliche Rechtsordnung nicht erforderlich.

Der Rechtsausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 26. Jänner 1982 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Rechtsausschuß somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Beschuß des Nationalrates vom 21. Jänner 1982 betreffend ein Europäisches Übereinkommen über die Zustellung von Schriftstücken in Verwaltungssachen im Ausland samt Anlage und Erklärung der Republik Österreich, wird kein Einspruch erhoben.

**Vorsitzender:** Ich danke der Frau Berichterstatter für den Bericht.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wünscht noch jemand das Wort? — Es ist dies nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung.

*Bei der Abstimmung beschließt der Bundesrat, gegen den Beschuß des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben.*

**3. Punkt: Bericht der Bundesregierung über die Vorbereitungen zur Ratifikation des Europäischen Niederlassungsabkommens vom 13. Dezember 1955 (2457 der Beilagen)**

**Vorsitzender:** Wir gelangen nun zum 3. Punkt der Tagesordnung: Bericht der Bundesregierung über die Vorbereitungen zur Ratifikation des Europäischen Niederlassungsabkommens vom 13. Dezember 1955.

Berichterstatter ist Frau Bundesrat Dr. Helga Hieden. Ich bitte um den Bericht.

Berichterstatterin Dr. Helga Hieden: Herr Vorsitzender! Frau Staatssekretär! Sehr geehrte Damen und Herren! Nach dem gegenständlichen Bericht beabsichtigt die Bundesregierung die Ratifikation des Europäischen Niederlassungsabkommens vom 13. Dezember 1955 mit Rücksicht darauf, daß sich die Mehrheit der Bundesländer gegen eine solche Maßnahme ausgesprochen bzw. schwerwie-

15670

Bundesrat — 418. Sitzung — 28. Jänner 1982

**Dr. Helga Hieden**

gende Bedenken angemeldet hat, zurückzustellen. Nach Art. 4 des Übereinkommens sollen nämlich Staatsangehörige eines Vertragsstaates im Gebiete des anderen Vertragsstaates „im Genuß und in der Ausübung sämtlicher bürgerlicher Rechte die gleiche Behandlung wie die eigenen Staatsangehörigen erfahren“. Diese Gleichstellung ist zwar durch die österreichische Rechtsordnung grundsätzlich in den meisten Belangen verbürgt, jedoch hinsichtlich des Erwerbs von Grund und Boden nicht gegeben. Dies mit Rücksicht auf das Bestehen von Landesgesetzen, welche den Erwerb von Grund und Boden durch Ausländer Beschränkungen unterwerfen, um der Gefahr einer zunehmenden Überfremdung zu begegnen.

Der Rechtsausschuß hat den gegenständlichen Bericht in seiner Sitzung vom 26. Jänner 1982 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause die Kenntnisnahme des Berichtes zu empfehlen.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Rechtsausschuß somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Der Bericht der Bundesregierung über die Vorbereitungen zur Ratifikation des Europäischen Niederlassungsabkommens vom 13. Dezember 1955, wird zur Kenntnis genommen.

**Vorsitzender:** Ich danke der Frau Berichterstatter für den Bericht.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wünscht jemand das Wort? — Es ist dies nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung.

*Bei der Abstimmung wird der Bericht der Bundesregierung einstimmig zur Kenntnis genommen.*

**Vorsitzender:** Im Sinne eines von den Fraktionen an mich herangetragenen Ersuchens unterbreche ich nunmehr die Sitzung bis 13 Uhr.

Die Sitzung ist unterbrochen.

*Die Sitzung wird um 10 Uhr 10 Minuten unterbrochen und um 13 Uhr 5 Minuten wieder aufgenommen.*

**Vorsitzender:** Hoher Bundesrat! Meine Damen und Herren! Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Ich begrüße den im Haus erschienenen Minister Dr. Salcher sehr herzlich. (*Allgemeiner Beifall.*)

**4. Punkt: Ausschußergänzungswahlen**

**Vorsitzender:** Wir gelangen vorerst zu den Ausschußergänzungswahlen.

Durch das Ausscheiden von Bundesrat DDr. Pitschmann sind Ausschußergänzungswahlen notwendig geworden.

Mit Rücksicht darauf, daß der vom Vorarlberger Landtag gewählte Nachfolger Bundesrat Ing. Ludescher noch nicht angelobt werden konnte, werde ich zunächst nur jene Wahlen vornehmen, die den Genannten nicht betreffen.

Es ist mir der Vorschlag zugekommen, anstelle von Bundesrat DDr. Pitschmann im Außenpolitischen Ausschuß als Mitglied das bisherige Ersatzmitglied Bundesrat Dkfm. Dr. Frauscher und im Ständigen gemeinsamen Ausschuß im Sinne des § 9 des Finanz-Verfassungsgesetzes 1948 als Mitglied Bundesrat Weiss zu wählen.

Falls kein Einwand erhoben wird, werde ich über diese Wahlvorschläge unter einem und durch Handzeichen abstimmen lassen. — Einwand wird nicht erhoben.

Ich bitte jene Mitglieder des Bundesrates, die diesen Vorschlägen ihre Zustimmung geben, um ein Handzeichen. — Die Wahlvorschläge sind somit einstimmig angenommen.

**Dringliche Anfrage der Bundesräte Weiss, Dr. Stummvöll, Raab, Dr. Frauscher und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Verzicht auf den Bau des zusätzlichen Konferenzzentrums bei der UNO-City (439/J)**

**Vorsitzender:** Wir gelangen nunmehr zur Verhandlung über die dringliche Anfrage der Bundesräte Weiss und Genossen 439/J-BR/82 an den Herrn Bundesminister für Finanzen betreffend Verzicht auf den Bau des zusätzlichen Konferenzzentrums bei der UNO-City.

Ich bitte zunächst die Frau Schriftührer, die dringliche Anfrage zu verlesen.

**Schriftührerin Leopoldine Pohl:** Dringliche Anfrage der Bundesräte Weiss, Dr. Stummvöll, Raab, Dr. Frauscher und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Verzicht auf den Bau des zusätzlichen Konferenzzentrums bei der UNO-City.

**Schriftführerin**

Die sozialistische Bundesregierung beschloß auf ihrer Klausur vom 11. 1. 1982 den Bau des zusätzlichen Konferenzzentrums bei der UNO-City in Wien, obwohl

90 Prozent der Teilnehmer an der Wiener Volksbefragung gegen den Konferenzpalast bei der UNO-City gestimmt haben;

es sinnvoller, billiger, repräsentativer und günstiger ist, den von Bautenminister Sekanna geplanten Ausbau der Hofburg und des Messepalastes durchzuführen;

Bundeskanzler Dr. Kreisky am 1. 4. 1981 erklärt hat, „daß die Bundesregierung bei den Ausgaben des Budgets 1982 sparen wolle und dieses große Sparprogramm auch die Rückstellung des Baus des Wiener Konferenzzentrums bedeute“;

Finanzminister Salcher am 10. 4. 1981 erklärte, daß „das Projekt bis 1986 aufgeschoben sei und erst die nächste Regierung über das weitere Schicksal der UNO-City endgültig entscheiden werde“;

es keine Verpflichtung für Österreich gibt, dieses Konferenzzentrum zu errichten;

die Zeit der Großkongresse lange vorbei ist;

ein Drittel der Kosten von 7,5 Milliarden Schilling für Zinsen und Zinseszinsen aufgeht;

nur eine Milliarde der 7,5 Milliarden Schilling der notleidenden Bauwirtschaft zugute kommt;

damit nicht Tausende, sondern nur 300 bis 500 Arbeitsplätze geschaffen werden können und

mit demselben Geld 12 000 neue Wohnungen gebaut und 15 000 bis 20 000 neue Dauerarbeitsplätze geschaffen werden könnten.

Aber nicht nur wirtschaftliche Gründe sprechen gegen den Bau des Konferenzpalastes bei der UNO-City. Dieser Beschuß der Bundesregierung, der nur auf Drängen von Bundeskanzler Kreisky zustande kam, stellt auch eine eklatante Mißachtung der Demokratie dar, weil

sich im November 1981 164 227 Wienerinnen und Wiener, das waren 89,7 Prozent, gegen den Bau ausgesprochen haben und

weil die sozialistische Mehrheit im Nationalrat eine gesamtösterreichische Volksab-

stimmung über dieses Thema brutal verhindert hat.

Eine der wichtigsten Begründungen, warum sich die sozialistische Bundesregierung über all diese Argumente hinwegsetzte und ihren Beschuß auf Aufschub des Baus des Konferenzzentrums widerrief, lag darin, daß nunmehr angeblich billige arabische Finanzierungsquellen für den Bau erschlossen werden konnten. In der Debatte des Nationalrates am 20. 1. 1982 über das Konferenzzentrums-Einsparungsgesetz, das von der ÖVP eingebracht worden war, meldete sich der zuständige Finanzminister kein einziges Mal zu Wort und ließ die Volksvertreter über die Finanzierung des Konferenzzentrumbaus im unklaren.

Aus all diesen Gründen — insbesondere angesichts des beharrlichen Schweigens des Bundesministers für Finanzen im Plenum des Nationalrates — stellen die unterfertigten Bundesräte an den Bundesminister für Finanzen folgende

**Anfrage:**

1. Wieso wurde in der Regierungsklausur am 11. Jänner 1982 der Bau des zusätzlichen Konferenzzentrums bei der UNO-City beschlossen, obwohl Sie am 10. April 1981 erklärt hatten, daß dieses Projekt bis 1986 aufgeschoben sei und erst die nächste Regierung über das weitere Schicksal der UNO-City entscheiden werde, und noch im November 1981 von der SPÖ in Wien plakatiert wurde:

„Bundeskanzler Kreisky und Bürgermeister Gratz haben bereits verbindlich erklärt: „Das UNO-Konferenzzentrum wird erst gebaut, wenn wir es uns — in wirtschaftlich günstigeren Zeiten als diesen — leisten können.“? (Ruf bei der ÖVP: Wirklich unverständlich!)

2. Welche billigen Finanzierungsmittel zum Bau des zusätzlichen Konferenzzentrums bei der UNO-City erhält die Republik Österreich von arabischer Seite?

3. Wie hoch ist das Kreditvolumen?

4. Wie hoch ist die jährliche Verzinsung?

5. Wird dieses Geld nur unter der Auflage gewährt, daß damit das zusätzliche Konferenzzentrum bei der UNO-City gebaut wird?

6. Falls es zu keiner Kreditgewährung kommt, wird dann das zusätzliche Konferenzzentrum bei der UNO-City von arabischen Geldgebern errichtet und sodann von der Republik Österreich im Leasing-Verfahren gekauft?

15672

Bundesrat — 418. Sitzung — 28. Jänner 1982

**Schriftführerin**

7. Welcher kalkulatorische Zinssatz liegt dann den jeweiligen jährlichen Leasing-Raten, die die Republik Österreich zu bezahlen hat, zugrunde?

8. Wie viele jährliche Leasing-Raten sind vorgesehen und wie hoch sind diese?

9. Wann werden die Verträge mit den arabischen Geldgebern unterzeichnet?

10. Wann und in welcher Form waren Sie in die Verhandlungen mit den arabischen Partnern eingeschaltet?

In formeller Hinsicht wird beantragt, diese Anfrage gemäß § 59 der Geschäftsordnung des Bundesrates als dringlich zu behandeln und dem Erstunterzeichner Gelegenheit zur Begründung zu geben.

**Vorsitzender:** Ich danke der Frau Schriftührerin für die Verlesung der dringlichen Anfrage und erteile nunmehr Herrn Bundesrat Weiss zur Begründung das Wort.

Bundesrat Weiss (ÖVP): Herr Vorsitzender! Herr Bundesminister für Finanzen! Hohes Haus! Ziemlich genau vor einem Jahr, am 29. Jänner 1981, hat sich der Bundesrat bereits mit einer dringlichen Anfrage zum Konferenzzentrum befaßt.

Der Herr Bundeskanzler ist nun offenbar doch fest entschlossen, dieses auch in Ihren eigenen Reihen nicht unumstrittene Projekt eines zusätzlichen gigantischen Konferenzzentrums bei der UNO-City durchzudrücken, koste es, was es wolle, und das im wahrsten Sinn des Wortes. Angesichts der Art, wie solche Mammutprojekte derzeit in Österreich unter Ihrer Mitverantwortung abgewickelt werden, und angesichts der zu erwartenden Folgekosten eines solchen Konferenzpalastes kann man heute schon vorhersagen: Das wird nicht die letzte Anfrage und nicht die letzte Diskussion zu diesem Thema gewesen sein, auch hier im Bundesrat nicht!

Hohes Haus! In unserer dringlichen Anfrage vom 29. Jänner 1981 haben wir schon darauf hingewiesen, daß es mit dem Ausbau der Kongreßeinrichtungen in der Wiener Hofburg und der Sanierung des Wiener Messepalastes eine echte Alternative Ihres Bautenministers zu einem kostspieligen Neubau gibt, daß wir uns ein solch aufwendiges Neubauprojekt heute nicht mehr leisten können und daß schließlich auch unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsplatzsicherung das Geld wirkungsvoller eingesetzt werden kann.

Diese Bedenken und der Wunsch, sie nicht vorrangig parteipolitisch oder gar von einem

Justamentstandpunkt aus zu prüfen, sind heute noch aufrecht. Sie sind nicht schwächer, sondern stärker geworden.

Stärker geworden ist allerdings auch das Interesse der Öffentlichkeit und das Unverständnis gegenüber Ihrer in der letzten Zeit deutlich gewordenen Unduldsamkeit in dieser Frage.

Wie wenig überzeugt Sie von Ihren Argumenten eigentlich sein müssen und wie tief der Stachel der Atomvolksabstimmung in Ihrem Fleische sitzt, zeigt uns Ihre Ablehnung einer Volksabstimmung über den Konferenzzpalast ganz deutlich. Dabei hätte hier im Gegensatz zu Zwentendorf die Möglichkeit bestanden, die Bevölkerung schon vor dem Baubeginn über ein solches Projekt fragen und mitentscheiden lassen zu können. (*Bundesrat Schipani: Haben Sie das in Tirol nicht gemacht?*)

Die Mehrheit des österreichischen Volkes hat bei der Atomvolksabstimmung von seiner Freiheit Gebrauch gemacht, nicht der Meinung des Regierungschefs und der SPÖ zu sein. (*Beifall bei der ÖVP. — Zwischenruf des Bundesrates Ceh.*) Wir wissen, meine Damen und Herren, nur zu gut, was das in einer sozialistischen Partei an den Schalthebeln der Macht geradezu zwangsläufig für Konsequenzen haben muß: So etwas darf nicht mehr vorkommen! (*Ruf bei der SPÖ: Mit Zwentendorf! — Bundesrat Schipani: Das wird nicht mehr vorkommen!*)

Genau das war auch der Tenor der Kommentare und Leserbriefe in Ihrem Parteiorgan „Arbeiter-Zeitung“, als sich in einer von Ihnen initiierten Volksbefragung in Wien die Mehrheit gegen die von Ihnen propagierte Verbauung der Steinhofgründe ausgesprochen hatte. (*Ruf bei der SPÖ: Ihr seid jetzt so schwach, daß wir gar nicht zu debattieren brauchen!*) Ihr Chefredakteur Manfred Scheuch schrieb damals:

„Eine Volksbefragung, um die Volksbefragungen wieder abzuschaffen — dieser Wunsch wird von manchen, insbesondere älteren Sozialisten, ganz offen ausgesprochen.“

Er selbst persönlich hat dann dem natürlich Argumente entgegengesetzt. Aber er hat damit unterstrichen, wie stark dieses Argument in Ihren Reihen verbreitet ist.

Dazu muß man einflechten, Sie haben erklärt, 140 000 Wiener waren bei der von Ihnen initiierten Volksbefragung gegen die Verbauung der Steinhofgründe. Sie haben das in begrüßenswerter Weise akzeptiert und gesagt: Das wird zur Kenntnis genommen! (*Ruf bei der SPÖ: Schweigende Mehrheit!*)

**Weiss**

Bei der Volksbefragung über das Konferenzzentrum bei der Wiener UNO-City haben 164 000 Wiener nein gesagt. Dieses Nein wird offensichtlich aus parteipolitischen Gründen nicht akzeptiert. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Dieses verständliche Trauma einer zweimaligen Verweigerung durch die Bevölkerung und das tiefe Mißtrauen der Bevölkerung gegen solche Großprojekte, zu dem Kreise von Ihnen beim AKH kräftig beigetragen haben, lassen natürlich gar keinen Volksentscheid zu. (*Bundesrat Schipani: Blick nach Tirol, lieber Freund, dort bist du zu Hause!*)

In diesem Zusammenhang nimmt es schon gar nicht mehr wunder, daß Bundeskanzler Kreisky in den letzten Tagen äußerte, das in Aussicht genommene Volksbegehren spekuliere mit der Dummheit der Menschen. Er hat sich nicht einmal die Mühe gemacht zu argumentieren, es spekuliere vielleicht mit der Uninformiertheit der Menschen. Ausdrücklich: mit der Dummheit der Menschen! (*Bundesrat Schipani: Das ist ein Vorarlberger! Ich nehme alles zurück!*)

Das ist die faire Behandlung eines Volksbegehrens, dessen Unterzeichner von vornherein offenbar schon in die Nähe der Dummheit gerückt werden, die Ihr Klubobmann Fischer in der „Arbeiter-Zeitung“ angekündigt hat. Dieser Ansatz eines geistigen Totalitarismus, aus dem Stande ideologisch abgesicherter Weisheit die Dummheit anderer verfügen zu können, glaubten wir offenbar ebenso vergeblich überwunden wie die heftigen Angriffe auf die Kirche. (*Zwischenruf bei der SPÖ.*) Es drängt sich geradezu die Frage auf, ob das zeitliche Zusammentreffen rein zufällig ist.

Wir bitten Sie heute wirklich: Eröffnen Sie keine neue Form des Klassenkampfes, indem Sie von der guten Polarität von Sozialisten und Andersdenkenden zu einem Gegensatz von Kreisky-Anhängern und dummen Menschen übergehen! (*Beifall bei der ÖVP. — Bundesrat Schipani: Spar dir...! Wir sind vielleicht bessere Christen als ihr!*)

Unter diesem Gesichtspunkt hat mich auch hellhörig gemacht, daß laut Klubobmann Fischer in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 25. Jänner 1982 die sozialistische Parlamentsfraktion das ÖVP-Volksbegehren gegen das Konferenzzentrum in jeder Weise fair und korrekt behandeln werde. Ja, meine Damen und Herren, was soll in einem Rechtsstaat denn anderes geschehen als die korrekte Behandlung eines Volksbegehrens? Und fair wäre es, meine Damen und Herren, fair wäre es, mit dem Baubeginn zuzuwarten, bis man

sieht, inwieweit die Bevölkerung hier eine andere Entscheidung begehrte. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und wenn Bundeskanzler Kreisky am 28. Februar 1981 im „Kurier“ erklärte: „Wenn man will, kann man auf das Konferenzzentrum verzichten“, mutet das heute wie eine hohle Phrase an. Sie wollen nämlich gar nicht, daß die österreichische Bevölkerung allenfalls verzichten wollte.

Diese Äußerung ist damals allerdings in eine Zeit gefallen, in der sich zumindest ein Zurückstellen des Projekts, vielleicht sogar ein Einschwenken auf die sinnvollen und auch von uns überstützten Vorschläge des Bautenminister auf Ausbau der Hofburg und Sanierung des Messepalastes abzeichnete.

So erklärte Bundeskanzler Kreisky in der „Sozialistischen Korrespondenz“ vom 1. April 1981 — die Bedeutung dieses Datums wird erst jetzt so richtig bewußt —, daß die Bundesregierung bei den Ausgaben des Budgets 1982 einige Milliarden Schilling einsparen wolle:

„Dieses große Sparprogramm, das Dienstag im Ministerrat behandelt wurde“, führte er damals aus, „bedeutet auch die Rückstellung des Baues des Wiener Konferenzzentrums.“

Und er hat am gleichen Tag im „Kurier“ dann noch nachgelegt: „Weil halt jetzt gar kein Geld in der Kasse ist, soll das Konferenzzentrum in dieser Budgetperiode nicht begonnen werden.“ „Mit anderen Worten“, so Kreisky damals, „vor 1983 ist nichts mit dem Bau und dann kommen die Wahlen.“

Finanzminister Salcher, neun Tage nach dem 1. April, in der „Wiener Zeitung“: „Das Projekt ist bis 1986 aufgeschoben. Erst die nächste Regierung werde über das weitere Schicksal der UNO-City endgültig entscheiden.“

Im November 1981 haben Sie anlässlich der Volksbefragung der Wiener ÖVP zu diesem Thema plakatiert: „Bundeskanzler Kreisky und Bürgermeister Gratz haben bereits verbindlich erklärt: Das UNO-Konferenzzentrum wird erst gebaut, wenn wir es uns in wirtschaftlich günstigeren Zeiten als diesen“ — als ob wir sie jetzt hätten —, „leisten könnten.“ SPÖ-Plakat zur Volksbefragung im November 1981.

Sie haben damals, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, auch noch etwas anderes plakatiert: „Nicht herumreden, nicht schimpfen, nicht unsinnige Fragen stellen.“

15674

Bundesrat — 418. Sitzung — 28. Jänner 1982

**Weiss**

Wobei Sie natürlich die Beurteilung, welche Fragen unsinnig seien, der sozialistischen Ideologie vorbehalten haben. Sie haben damals auch auf diesem Plakat geschrieben: „Nichts Unmögliches versprechen.“

Damit komme ich zurück zum Neubau eines zusätzlichen Konferenzzentrums, eines riesigen Konferenz-Palastes für die UNO. Wenn Sie sagen, damit werden 4 000 Arbeitsplätze gesichert, müssen wir Sie daran erinnern, was Sie plakatiert haben: „Nichts Unmögliches versprechen“.

Wir wissen schon, daß wir in Österreich heute nach 11 Jahren sozialistischer Alleinregierung keine Insel der Seligen sind, daß wir Arbeitsmarktprobleme haben und dagegen etwas tun müssen. Und in dem Ziel, die Arbeitslosenrate möglichst niedrig zu halten und die Arbeitsplätze zukunftssicher zu machen, sind wir uns ebenfalls einig.

Wo wir hier unterschiedliche Auffassungen haben, beziehen sie sich auf den Weg zu diesem Ziel und vielleicht auch auf die Beurteilung der Ursachen.

Ich fasse das kurz zusammen: Wir haben nicht nur im Umland der beabsichtigten Riesenbaustelle Arbeitsmarktprobleme. In vielen Gebieten Österreichs sind sie noch größer. Wir haben die Probleme nicht nur in Großbetrieben, sondern in vielen Klein- und Mittelbetrieben unseres Landes. Und wir brauchen rasch wirksame Impulse in einem möglichst großen Teil der österreichischen Wirtschaft.

Dem kommen das Alternativprojekt des Bautenministers und unser Vorschlag, die durch den Verzicht auf den Neubau eines neuen zusätzlichen Konferenzpalastes einzusparenden Steuergelder, seien es jene von heute oder von morgen, für die Sicherung der Arbeitsplätze in den Klein- und Mittelbetrieben, für die Stadterneuerung und den Wohnbau zu verwenden, bei größeren Nutzen für die Bevölkerung wesentlich besser entgegen.

Die Arbeitsmarktprobleme, meine Damen und Herren, sind nicht neu. Sie waren bei der Budgeterstellung bekannt. Wenn nun der Neubau des UNO-Konferenzpalastes tatsächlich ein beschäftigungspolitisches Wunderding wäre, hätten Sie damals geradezu die Pflicht gehabt, das schon zu sagen und es anderen Projekten vorzuziehen. Sie haben dieses angebliche Wunderding damals aber nicht ohne guten Grund bis 1986 zurückstellen wollen.

Die Eile, mit welcher der Bau jetzt plötzlich vor der Einbringung des Volksbegehrens betrieben wird, und es muß da offenbar ein

besonderes Interesse an einer raschen Grundsteinlegungsfestlichkeit gegeben sein, ist bemerkenswert. Sie pflanzen diesem Bau mit diesem übereilten Baubeginn auch gleichzeitig den AKH-Bazillus ein. (*Bundesrat Berger: Nein, den Rauchwarter-Bazillus!*)

Herr Kollege Berger! Ich kann angesichts des Umstandes, daß ich keine Redezeitbeschränkung habe, durchaus auf Ihren Zwischenruf eingehen. Der wesentliche Unterschied ist doch der, daß bei uns eine solche Krankheit rasch und entschlossen kuriert wird, während sie bei Ihnen fortwuchern kann. (*Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Diese Eile, mit der der Bau jetzt plötzlich betrieben wird, wird mit angeblich billigen arabischen Finanzierungsquellen begründet, die wir heute angesichts der großen bisherigen Zurückhaltung bei der näheren Detaillierung mit dieser dringlichen Anfrage aufhellen wollen.

Wie günstig diese Finanzierungsquellen auch immer sein mögen, um eines kommt man nicht herum: Wir bekommen den Konferenzpalast nicht geschenkt, sondern müssen ihn samt Folgekosten bezahlen.

Sie kommen mir vor wie ein Autofahrer, der sich, statt der Ausbesserung von Lackschäden an seinem alten, seiner Finanzkraft angepaßten Opel oder VW, gleich einen neuen Mercedes kauft, weil er gerade einen günstigen Kredit bekommen hat.

Wenn wir schon zur Auffassung kommen, daß man aus beschäftigungspolitischen Gründen etwas mehr als vorgesehen für Investitionen ausgeben soll, dann bitte in einer Form, die gleichzeitig möglichst viele Arbeitsplätze erfaßt und echten Bedarf in der Bevölkerung deckt.

Und damit es hier, Hohes Haus, keine Mißverständnisse gibt: Es gehört zum abgegriffenen Repertoire der SPÖ, solche Kritik als Wienfeindlichkeit der ÖVP und der Bundesländer herabzusetzen. Ich verstehe das, meine Damen und Herren, weil Sie sich damit die Argumentation in der Sache selbst ersparen und leicht machen.

Ich war bisher immer der Meinung, es handle sich um ein zusätzliches österreichisches Konferenzzentrum, und ich bin heute ebenso wie früher der Meinung, daß ein solches Konferenzzentrum nur, natürlich nur, in Wien stehen kann. Um diese Frage geht es nicht. Das ist außer Streit, obwohl Sie es offensichtlich gerne drinnen hätten.

Es geht doch bei allen Diskussionen nur um

**Weiss**

die Frage der Größenordnung, der Kosten, der Alternativen und des Nutzens von Investitionen für die österreichische Bevölkerung, zu der auch jene von Wien gehört, und die zu diesem Thema durchaus geteilter Meinung ist.

Herr Kollege Vorsitzender Skotton hat in seiner Antrittsrede von einem Nachholbedarf der Ostregion gesprochen, der befriedigt werden müsse. Ich habe hier schon die Frage, ob die Bevölkerung der Ostregion keinen anderen Nachholbedarf als Konferenzpaläste hat. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Kernfrage, meine Damen und Herren, ist doch die, wie wienfeindlich sind nun eigentlich jene 164 000 Wienerinnen und Wiener, das sind fast soviel Wahlberechtigte, wie es im Burgenland oder in Vorarlberg gibt, wie wienfeindlich sind diese 164 000 Wienerinnen und Wiener, die sich im November 1981 bei einer offiziellen Volksbefragung gegen das Konferenzmonster ausgesprochen haben?

Nach dieser Volksbefragung konnte man in Ihrer theoretischen Monatsschrift „Zukunft“ zu diesem Thema von Herrn Schediwy lesen (*Bundesminister Dr. Salcher: Wie heißt der?*); Robert Schediwy, er ist mir nicht bekannt, offensichtlich auch Ihnen nicht, aber es dürfte sich doch wohl um einen Sozialisten handeln. Er schreibt damals: „Wo Hunderttausende über konkrete Fragen wirklich mitentscheiden dürfen, die sonst nur von einer Handvoll festgelegt werden, wird das Demokratiebewußtsein gestärkt, selbst wenn eine große Mehrheit der Bürger das selbstverständliche Recht in Anspruch nimmt, sich für ein bestimmtes Problem nicht zu interessieren und der Abstimmung fernbleibt. Wo aber der Mitbestimmungsakt der aktiven Bürger bewußt mißachtet wird, da kann die Demokratieverdrossenheit nur wachsen.“ Soweit die „Zukunft“.

Sie müssen hier, meine Damen und Herren, bei sich selbst einmal ein hartnäckiges Mißverständnis ausräumen. Wien ist nicht gleich SPÖ und, um mit Erhard Busek zu sprechen, der Rathausmann ist kein Sozialist. Und wir verwarthen uns dagegen, daß berechtigte Kritik an der SPÖ mit Kritik an der Bundesstadt und am Bundesland Wien aus sehr durchsichtigen Gründen in einen Topf geworfen wird. Das ähnelt fast der Wiedereinführung des Tatbestandes der Majestätsbeleidigung.

Meine Damen und Herren! Ich weise auch ganz entschieden den heute vom Vorsitzenden in seiner Antrittsrede unternommenen Versuch einer Junktimierung dieser Frage mit dem Forderungsprogramm der Bundes-

länder, insbesondere mit der Aufwertung des Bundesrates, zurück.

Ein weiteres Schlagwort möchte ich gleich von vornherein ausräumen, die Kehrtwendung der ÖVP. Es stimmt, auch wir waren früher für dieses Projekt, auch wir haben früher mitgestimmt. Und ich kann mich, meine Damen und Herren, hier ganz kurz fassen. Die Redner der SPÖ werden das näher erläutern.

Wir sehen heute aber, daß wir angesichts der tristen Budgetlage ein Projekt dieser Art nicht mehr vermögen und daß es, das ist jetzt ganz entscheidend, eine sinnvolle Alternative des Herrn Bautenministers für die Hofburg und für den Messepalast gibt. Sie hätten zwar den Informationsvorsprung der Regierenden, aber Sie werden offenbar erst nach uns daraufkommen, daß wir uns heute mit einem solchen Riesenpalast finanziell übernehmen. Und wir sehen heute auch, daß wir angesichts der Arbeitsmarktlage andere, weil wirkungsvollere Schwerpunkte der Investitionen brauchen. Schließlich gilt auch hier, was im privaten Bereich jeder als Binsenwahrheit akzeptiert: Zuerst das Notwendige und Zweckmäßige, dann erst das vielleicht Wünschenswerte, wobei selbst in Wien die Meinungen darüber offensichtlich geteilt sind. Und mich wundert, meine Damen und Herren, Ihr Eifer, ein so populäres und wichtiges Projekt, wie Sie es darstellen, der Opposition in die Schuhe zu schieben, als Verdienst der Opposition gleichermaßen herauszustellen. (*Bundesrat Schipani: Wir sind halt keine Kindeswiegler!*) Und wir danken auch für die Beweisführung, wie stark sich die ÖVP früher für Wien als dritte UNO-Stadt eingesetzt hat.

Zum Schluß noch folgendes: Wenn es nicht mehr weitergeht, kommt man mit Umkehren und mit alternativen Lösungsmöglichkeiten weiter, als wenn man justament mit dem Kopf durch die Wand will.

Hohes Haus! Wir brauchen wirkungsvolle Investitionen für eine möglichst große Zahl zukunftssicherer Arbeitsplätze in unserem Land. Wir brauchen auch Wohnungen, Stadtneuerung und eine breite Palette von Investitionen gerade in den Klein- und Mittelbetrieben. Und wir brauchen schließlich auch, das ist völlig unbestritten, der Finanzkraft unseres Staates angepaßte bessere Möglichkeiten für UNO-Konferenzen, ein UNO-Konferenzzentrum. Wir brauchen aber nicht, meine Damen und Herren, einen gigantischen Bruno-Konferenzpalast. (*Beifall bei der ÖVP.*)

**Vorsitzender:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister für Finanzen. Ich erteile dieses.

15676

Bundesrat — 418. Sitzung — 28. Jänner 1982

Bundesminister für Finanzen Dr. Salcher:  
Herr Vorsitzender! Hoher Bundesrat! Die sachlich unzutreffende Einleitung der dringlichen Anfrage der Bundesräte Weiss und Genossen macht es notwendig, vor Beantwortung der konkreten Fragen einige für das Konferenzzentrum wesentliche Fakten in ihrer zeitlichen Abfolge darzustellen.

Der Bau des Konferenzzentrums beruht auf einem Konzept der ÖVP-Alleinregierung unter Bundeskanzler Dr. Klaus. Dieses Konzept wurde am 21. Februar 1967 beschlossen. Ich zitiere daraus einen Passus, der sich auch auf das Konferenzzentrum bezieht — ich bitte wörtlich zitieren zu dürfen, und die Beschwerdeschriften dann an den Herrn Bundeskanzler Klaus —:

„Um aus der Errichtung der UNIDO und der IAEA für Österreich — sowohl vom politischen als auch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus — den größtmöglichen Nutzen für die Zukunft zu erzielen, erscheint das Konzept der Errichtung eines UN-Zentrums einschließlich eines Konferenzgebäudes als die zweckmäßigste Lösung. Es bedarf keiner näheren Ausführung, welche Bedeutung die Entwicklung Wiens zu einem dritten Zentrum der Vereinten Nationen — neben New York und Genf — und der davon ausgehende Anreiz zur Niederlassung weiterer zwischenstaatlicher und anderer internationaler Organisationen für die Sicherheit, die Festigung der Neutralität und — zuletzt und nicht zum geringsten — das Ansehen unseres Landes hätte. Dieses Konzept ist jedoch nur dann durchführbar, wenn sich Österreich dazu entschließt, die gesamten Kosten der Errichtung der beiden Amtsgebäude zu übernehmen und in Verbindung damit ein leistungsfähiges Konferenzgebäude zu errichten. Dieses Konferenzgebäude wäre nicht nur für alle Plenarsitzungen und Sitzungen ähnlicher Gruppenordnung der Organisation, sondern auch für die Abhaltung größer Staatenkonferenzen im UN-Ausmaß zu verwenden.“ — Ende des Zitates.

Die Regierung Klaus ist — entgegen der unrichtigen Darstellung in der Einleitung zur Anfrage — nicht nur eine Verpflichtung bezüglich der Errichtung von Amtssitzen für die UN-Organisationen und für die IAEA eingegangen, sondern hat sehr wohl auch eine formelle Zusage bezüglich der Errichtung von großen Konferenzräumen abgegeben. Ich zitiere dazu aus dem diesbezüglichen Beschuß der Regierung Klaus vom 20. Juni 1967 — ein wörtliches Zitat —:

„Die Bundesregierung wird im Rahmen des in Aussicht genommenen Konferenzzentrums

auch Konferenzräume errichten, die den Anforderungen der Generalkonferenz der IAEA entsprechen. Entsprechende Konferenzäle werden daher auch in der Planung des UNO-Zentrums von vornherein einbezogen werden. Mit dem Bau der Konferenzäle wird nach Fertigstellung der beiden Amtsgebäude der IAEA und UNIDO begonnen werden.

Die Errichtung eines Konferenzzentrums war bereits in dem Vortrag an den Ministerrat Z. 133 949-10/67 in Aussicht genommen worden. Abgesehen von der Forderung der im Rahmen des UNO-Zentrums unterzubringenden internationalen Organisationen nach leistungsfähigen Konferenzräumen, die auch den Anforderungen von Generalversammlungen beziehungsweise Jahrestreffen entsprechen, kann heute bereits auch von einem allgemeinen Bedarf nach einem weiteren Konferenz- und Kongresszentrum neben der Hofburg gesprochen werden. Im Endausbau soll es dieses Zentrum ermöglichen, in Wien internationale Staatenkonferenzen großen Ausmaßes abzuhalten.“ — Ende des Zitates.

Meine Damen und Herren! Schon aus dem ÖVP-Konzept für das UNO-Zentrum beziehungsweise der erwähnten Zusage aus dem Jahr 1967 ergibt sich, daß weder die Hofburg noch die Kombination Hofburg — Messepalast eine sinnvolle Alternative sein kann, abgesehen von zahlreichen anderen Gründen, die den Messepalast als ungeeignete Alternative erscheinen lassen. (*Rufe bei der ÖVP: Sekanina!*)

Nach diesen notwendigen Darstellungen beantworte ich die einzelnen Fragen wie folgt:

#### Zu Frage 1:

Am 22. Dezember 1981 präsentierte das Institut für Wirtschaftsforschung eine neue Wirtschaftsprägnose. Abweichend von allen früheren weitaus günstigeren Vorausschauungen wurde darin für 1982 eine durchschnittliche Arbeitslosenquote von 3,1 Prozent prognostiziert. Ich habe deshalb bereits am 11. Jänner 1982 der Bundesregierung ein Beschäftigungs-Sonderprogramm vorgelegt, welches eine Verringerung der Arbeitslosenrate um ein halbes Prozent bewirken soll. Nach einem Bericht des Bundeskanzlers kam die Bundesregierung überdies zur Auffassung, daß der Bau des österreichischen Konferenzzentrums noch im Jahre 1982 fortgesetzt werden sollte, um einen über Branchen und Bundesländer weit gestreuten Beschäftigungseffekt zusätzlich zu erreichen.

**Bundesminister Dr. Salcher**

Zu den Fragen 2 bis 10:

Die Finanzierung des Österreichischen Konferenzzentrums ist durch das IAKW-Finanzierungsgesetz sichergestellt. Entsprechend diesem Gesetz ist im Bundesvoranschlag 1982 vorgesorgt. Der Vollständigkeit halber weise ich darauf hin, daß bereits im IAKW-Finanzierungsgesetz 1972 der Bau des Konferenzzentrums berücksichtigt wurde. Die ÖVP hat diesem Gesetz und damit dem Bau und der Finanzierung des Konferenzzentrums ausdrücklich zugestimmt. Die Beauftragung der IAKW mit diesem Bau, einschließlich des Konferenzgebäudes, wurde auch im Bundesrat einstimmig — also auch mit den Stimmen der ÖVP — beschlossen.

Selbstverständlich bemüht sich die Bundesregierung, den Finanzbedarf des Bundes möglichst kostengünstig abzudecken. Zu diesem Zweck werden laufend Verhandlungen mit in- und ausländischen Partnern geführt, so auch in der letzten Woche mit dem Finanzminister des Königreiches Saudi-Arabien. Dieses letzterwähnte Gespräch wird auf Expertenebene weitergeführt. Über Bedingungen erst künftig abzuschließender Verträge kann daher heute noch keine Auskunft erteilt werden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

**Vorsitzender:** Wir gehen nunmehr in die Debatte ein.

Ich mache darauf aufmerksam, daß bei der Verhandlung über eine dringliche Anfrage ein Redner nicht länger als 30 Minuten sprechen darf.

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Dr. Stummvoll. Ich erteile ihm das Wort.

**Bundesrat Dr. Stummvoll (ÖVP):** Herr Vorsitzender! Herr Bundesminister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst ganz kurz auf die Antwort des Herrn Bundesministers eingehen.

Herr Bundesminister! Ihre Antwort, die Sie jetzt gegeben haben, ist eine einzige Enttäuschung, sie ist gleichzeitig eine Desavouierung des Herrn Bundeskanzlers und zerstört die Legende, daß hier wie aus einem Märchen aus Tausendundeiner Nacht plötzlich billiges arabisches Geld nach Österreich fließt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Was ihre Einleitung betrifft, Herr Minister, so muß ich mich fragen, ob Sie all die Argumente, die Sie jetzt angeführt haben, nicht gekannt haben zu dem Zeitpunkt, wo Sie selbst davon gesprochen haben, daß dieses Projekt bis 1986 aufgeschoben wird. Ich nehme an, diese Argumente sind Ihnen alle

erst jetzt eingefallen (*Beifall bei der ÖVP. — Bundesrat Gargitter: Unter anderen wirtschaftlichen Umständen!*) Eben, darauf komme ich noch zurück.

Ein zweiter Punkt, Herr Minister. Sie sprechen in der Antwort zu den Fragen 2 bis 10 davon, daß bereits im Jahre 1972 das IAKW-Finanzierungsgesetz einstimmig beschlossen wurde. Bitte, Sie übersehen dabei eines: Es ist richtig, daß im Jahre 1972 auch unsere Partei, die Volkspartei, hier zugestimmt hat. Sie haben aber beflissentlich verschwiegen, daß wir 1979, wo wir schon absehen konnten, welche Auswirkungen eine mehrjährige sozialistische Regierungspolitik hat, nicht zugestimmt haben und ausdrücklich damals dagegen waren.

Und eine dritte Korrektur — es tut mir leid, daß ich Sie hier korrigieren muß —, Herr Minister, zu Ihren Antworten (*Bundesminister Dr. Salcher: Das glaube ich nicht, daß es Ihnen leid tut!*) Es heißt hier in der Antwort ebenfalls zu den Fragen 2 bis 10, daß auch in der letzten Woche mit dem Finanzminister des Königreiches Saudi-Arabien Finanzierungsgespräche geführt wurden.

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir aufklären könnten, wie dann das APA-Fernschreiben vom 19. Jänner dieses Jahres zu verstehen ist, wo es ausdrücklich heißt: „Wie aus dem Finanzministerium dazu verlautet, wird eine allfällige Finanzhilfe Saudi-Arabiens für den Bau des Internationalen Konferenzzentrums in der UNO-City kein Gesprächsthema sein.“ Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie, Herr Finanzminister, diesen Widerspruch aufklären könnten. (*Bundesminister Dr. Salcher: Fragen Sie bei der APA nach! — Bundesrat Schipani: Behauptet hat es die APA!*) Das werden wir den Journalisten der APA sagen, was Sie von ihnen halten.

Herr Kollege Schipani! Schauen Sie, wenn Sie noch so viele Zwischenrufe machen, das Projekt wird deshalb nicht besser, glauben Sie mir das. (*Beifall bei der ÖVP. — Bundesrat Schipani: Wenn Sie noch so viel reden, es wird trotzdem gebaut!*)

Schauen Sie, irgendwie erinnern mich die Vorgänge um diesen Konferenzpalast an die Beschußfassung über die Witwerpension im Vorjahr. Sie werden jetzt fragen: Was hat der Konferenzpalast mit der Witwerpension zu tun? Ganz einfach bitte: In beiden Fällen haben wir die paradoxe Situation, daß zwar die Mehrheit dagegen ist, das ganze aber doch beschlossen wird, weil in der Regierungspartei die Parteidisziplin Vorrang hat vor der

15678

Bundesrat — 418. Sitzung — 28. Jänner 1982

**Dr. Stummvoll**

*Vernunft. (Beifall bei der ÖVP. — Bundesrat Schipani: Wir werden Überlegungen anstellen müssen, ob Sie überhaupt für die Industriellenvereinigung tragbar sind! Sie sind wirtschaftsfeindlich und untragbar, wo Sie sind!) Herr Kollege Schipani, das lassen Sie nur Sorge der zuständigen Gremien der Industriellenvereinigung sein. (Beifall bei der ÖVP.)*

Was mich nur wundert, meine Damen und Herren, ist folgendes: In dieser Frage geht die Parteidisziplin so weit, daß selbst einflußreiche Minister es sich gefallen lassen, daß sie vom Bundeskanzler in aller Öffentlichkeit im wahrsten Sinne des Wortes abgekanzelt werden. Ihre Projekte werden als unausgereift einfach hinweggewischt. Und selbst ein Mann wie Sekanina, der sicherlich mit der vollen Rückendeckung des mächtigen Gewerkschaftsbundes hinter sich nichts zu befürchten hätte, hat hier eine Kehrtwendung um 180 Grad durchgeführt und hat damit ein flexibles Rückgrat bewiesen, wie das ein Journalist sehr treffend bezeichnet hat. (*Beifall bei der ÖVP. — Bundesrat Schipani: Nein, er ist von Ihnen falsch interpretiert worden!*)

Aber schauen Sie, meine Damen und Herren, es wird ja schön langsam zu einer Art Ironie der Geschichte, wie gerade in jener Partei, die angetreten ist, um alle Lebensbereiche mit Demokratie zu durchfluten, wie es in Ihrem Parteiprogramm heißt, wie gerade in dieser Partei die Meinungsbildung erfolgt. Da ist ein alter Herr an der Spitze, er trifft einsame Entscheidungen, und die Partei folgt ihm bedingungslos. (*Bundesrat Schipani: Sie zerbrechen sich unseren Kopf? Zerbrechen Sie sich Ihren eigenen!*)

Herr Kollege Schipani, schauen Sie, für dieses Verhalten gibt es eigentlich nur eine einzige Erklärung. Die Erklärung ist die, daß hier ganz offensichtlich eine panische Angst in der Partei besteht, daß der Herr Bundeskanzler, wenn man ihm nicht jeden Wunsch sofort erfüllt, nicht mehr kandidiert. Das ist die einzige Erklärung für dieses Verhalten. (*Bundesrat Steinle: Das ist polemisch, was Sie jetzt sagen!*)

Dafür, meine Damen und Herren, werden alle Werte geopfert. Sie opfern auch die Glaubwürdigkeit in der Politik. (*Beifall bei der ÖVP.*) Schauen Sie, Sie haben noch im November 1981 in Wien auf den Plakatständern plakatiert: „Bundeskanzler Kreisky und Bürgermeister Gratz haben verbindlich erklärt, das UNO-Konferenzzentrum wird erst gebaut, wenn wir es uns in wirtschaftlich günstigeren Zeiten als diesen leisten können.“

Noch in der Jänner-Ausgabe der „Mitteilungen des Verbandes der sozialistischen Gemeinde- und Bezirksvertreter in Wien“ hat Herr Rudolf Edlinger, SPÖ-Klubobmann im Wiener Rathaus, folgendes geschrieben — ich zitiere —: „Es kann keine Frage darüber geben, daß wir das Resultat dieser Abstimmung ebenso als Auftrag betrachten wie das Ergebnis aller anderen: Wenn die Mehrheit jener Wiener, deren Interesse an kommunalpolitischen Fragen so groß ist, daß sie zur Teilnahme an der Volksbefragung bereit sind, diesen Bau ablehnt, so ist das für uns verbindlich.“ — So im Jänner noch der Wiener sozialistische Klubsekretär im Rathaus!

Aber, Herr Kollege Schipani, einen Vorteil hat die ganze Sache jetzt. Jetzt weiß endlich die Wiener Bevölkerung, was sie von verbindlichen Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers, des Herrn Gratz und des Herrn Edlinger und damit der gesamten Wiener SPÖ zu halten hat. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Ich möchte jetzt durchaus nicht leugnen, daß man seine Haltung auch ohne Verlust der Glaubwürdigkeit ändern kann, nämlich dann, wenn sich die Umstände in der Zwischenzeit wesentlich verändert haben. Das war auch der Grund, warum die Volkspartei Ende der sechziger Jahre und auch noch Anfang der siebziger Jahre für ein neues zusätzliches Konferenzzentrum war. Damals hätten wir es uns, Herr Minister, noch leisten können. (*Bundesrat Schipani: Oder wenn Sie keine Verantwortung zu tragen haben, wie Sie das tun!*) Nach elf Jahren sozialistischer Alleinregierung haben sich allerdings die wirtschaftlichen Voraussetzungen wesentlich verschlechtert.

Man muß nicht gleich davon sprechen, daß die Regierung abgewirtschaftet hat, wie das der „Spiegel“ geschrieben hat. Aber ich glaube, unbestritten ist, daß einfach zusätzlich zur internationalen Entwicklung schwerwiegende wirtschaftspolitische Fehler zur jetzigen Situation geführt haben. (*Zwischenrufe des Bundesrates Schipani.*)

Herr Kollege Schipani, noch einmal, machen Sie eine bessere Politik, dann brauchen Sie keine Zwischenrufe! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Die Kehrtwendung in der Regierungspartei ist aber ganz kurzfristig, praktisch über Nacht, erfolgt, ohne daß sich die Voraussetzungen geändert haben. Das einzig Neue ist, daß der Herr Bundeskanzler plötzlich arabisches Geld ins Spiel gebracht hat. Bitte, wie konkret das ist und wie seriös das ist, haben wir ja heute aus der

**Dr. Stummvoll**

Erklärung des Herrn Finanzministers gehört.  
Das war das einzige Neue an der ganzen Entwicklung.

Ich habe da sehr schwer den Verdacht, daß dieses arabische Geld wieder eine jener Seifenblasen ist, die der Herr Bundeskanzler fast immer von Auslandsreisen mitbringt und die sich dann meist sehr schnell in der Luft wieder auflösen. (*Bundesrat Dr. Müller: Wer fährt eigentlich immer mit bei diesen Reisen?*)

Herr Kollege Müller! Das Finanzierungsproblem besteht nicht darin, wie ich mir ein Geld ausborgen kann, sondern es besteht darin, wie ich es wieder zurückzahlen kann. Und mit dem Problem kämpfen wir ja heute schon, meine Damen und Herren! (*Bundesrat Pumpernig: Das macht der Schipani! — Heiterkeit bei der ÖVP. — Bundesrat Schipani: Seine Leute drängen sich zum Mitfahren? Die haben es gnädig, die Adabeis, daß man glaubt, das gibt es nicht!*)

Herr Kollege Schipani! Wir mußten im Jahr 1981 schon 46 Milliarden Schilling für Tilgungen und Zinsen ausgeben. Heuer sind es 56 Milliarden Schilling. Das ist fast schon so viel wie das ganze Budgetdefizit. Hier haben wir heute die Schwierigkeiten. (*Bundesrat Schipani: Sie würden anders reden, wenn Sie arbeitslos wären, Herr Stummvoll! Darum geht es!*)

Der Herr Finanzminister muß heute schon jeden dritten Schilling, der ihm an Steuereinnahmen verbleibt, nur dafür aufwenden, um die Schulden, die Sie in den siebziger Jahren gemacht haben, zurückzuzahlen. Unser Spielraum wird durch Ihre Verschuldenspolitik immer geringer. Das ist unsere Hauptsorte, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der ÖVP. — Bundesrat Schipani: Schauen Sie sich die Verschuldungsquote der anderen Länder an!*)

Meine Damen und Herren! Bei diesem Konferenzpalast zeigen sich aber auch deutlich einige — ich möchte sagen — Wesensmerkmale sozialistischer Politik.

Da ist erstens die Tatsache, daß eine sozialistische Regierung immer eine leichte Hand beim Geldausgeben hat. Es ist anders nicht zu erklären, Herr Kollege Schipani, daß ohne genaue Kenntnis der Finanzierungsbedingungen, ohne Kenntnis der Kreditkonditionen vorweg einmal beschlossen wird: Das Geld wird ausgegeben. Herr Kollege Schipani, es ist auch nicht anders zu erklären, daß Beschlüsse gefaßt werden, bevor noch — genauso wie beim AKH — bekannt ist, wie hoch überhaupt die Betriebskosten sein werden. Das ist Politik des Geldausgebens mit

leichter Hand. (*Rufe bei der SPÖ: Was ist mit Rauchwarter? Renner?*)

Diese Eigenschaft, meine Damen und Herren, zeigt sich meistens in Kombination mit einem zweiten Merkmal sozialistischer Politik, nämlich mit der Vorliebe für teure und aufwendige Prestige- und Großprojekte. (*Bundesrat Mag. Kary: Wenn es fertig ist, geht der Mock mit dem gelben Helm spazieren und sagt: Wir waren immer schon dafür!*)

Herr Kollege Kary! Die vielen Milliarden beim AKH, die vielen Milliarden bei General Motors, die vielen Milliarden beim Konferenzpalast wären nicht zu erklären, wenn nicht diese Vorliebe für teure, aufwendige Großprojekte bestehen würde.

Allerdings, ich gebe zu, Herr Kollege: Sie sind nicht in allen Bereichen so großzügig. Wenn es um 500 S Heizkostenzuschuß für die Pensionisten geht, so lehnen Sie das ab. Wenn es darum geht, in die Forschungsförderung 100 Millionen mehr hineinzugeben, so sind Sie da sehr, sehr zurückhaltend. (*Bundesminister Dr. Salcher: Die kommen ohnehin! Was wollen Sie denn!*) Wenn es darum geht, 7 Prozent Investitionsprämie einzuführen, dann versuchen Sie, noch ein Prozent herunterzuschnipseln, Herr Minister. (*Bundesminister Dr. Salcher: Sie sind demagogisch!*) Also in anderen Bereichen sind Sie durchaus nicht so großzügig. Aber dann, wenn es um teure, aufwendige Großprojekte geht, ist einfach das Geld vorhanden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ein weiteres, drittes Merkmal sozialistischer Politik, das ebenfalls bei diesem Konferenzpalast sehr deutlich sichtbar wird, ist das Streben, die finanziellen Lasten immer in die Zukunft zu schieben, der künftigen Generation aufzubürden, die Zukunft schon heute zu verbrauchen — eine Politik, die immer mehr verantwortungslos gegenüber der Jugend wird und die sich wirklich nur aus einer Mentalität „hinter mir die Sintflut“ erklären läßt.

Meine Damen und Herren! Ihr früherer Parteivorsitzender, Vizekanzler Dr. Bruno Pittermann, hat offenbar visionäre Fähigkeiten gehabt, als er einmal davon gesprochen hat, daß das Ende der Ära Kreisky fürchterlich sein wird.

Dieses Lasten-in-die-Zukunft-Schieben, meine Damen, dieses Die-Zukunft-schon-heute-Verbrauchen zeigt sich beim Konferenzzentrum in vierfacher Weise:

Es sind erstens die Folgekosten und die Betriebskosten dieses Konferenzpalastes, die sich nach internationalen Erfahrungen in

15680

Bundesrat — 418. Sitzung — 28. Jänner 1982

**Dr. Stummvoll**

einer Größenordnung von etwa 300 bis 350 Millionen Schilling bewegen werden.

Es sind zweitens — und das kommt noch hinzu — die zu erwartenden Defizite beim UNO-Konferenzzentrum in der Hofburg, da ja heute rund 50 Prozent der Veranstaltungen in der Hofburg UNO-Veranstaltungen sind, die dann natürlich in diesem zusätzlichen Konferenzpalast abgehalten werden. Also die zweite Kostenpost: zu erwartenden Defizite beim Konferenzzentrum in der Hofburg, sobald dieser Konferenzpalast darüber der Donau in Betrieb ist.

Drittens kommt noch dazu die Kapitalrückzahlung, und viertens kommen dazu die Zinsen und Zinseszinsen.

Sehen Sie, hier haben wir eine vierfache Belastung, die sich bereits auf die kommende Generation auswirkt.

Meine Damen und Herren! Damit Sie mich nicht mißverstehen, bitte: Schulden sind an sich nichts naturgemäß Schlechtes. Schulden sind ein Bestandteil des ganzen Wirtschaftskreislaufes. Allerdings, meine Damen und Herren, kommt es darauf an, wie man sich verschuldet und wofür man sich verschuldet. Wenn ich mich für produktive Zwecke verschulde, wenn ich weiß, es fließen dafür wieder Erträge ein, ist es ganz etwas anderes, als ich verschulde mich für Projekte, die noch jährliche Folgekosten und jährliche Defizite nach sich ziehen. Und es ist ein großer Unterschied, ob ich mich im Inland verschulde oder im Ausland. Denn wenn ich mich im Inland verschulde, kommen wenigstens die Zinsterträge dem heimischen Sparer zugute. Verschuldung im Ausland heißt aber, daß die Kapitalerträge ins Ausland fließen.

Sehen Sie, bei diesem Konferenzpalast sind eigentlich beide Aspekte negativ: Sie wollen sich im Ausland verschulden, und Sie wollen sich in einer Art und Weise verschulden, die automatisch jährliche Defizite nach sich zieht. Und deshalb sind wir auch gegen dieses Projekt.

Meine Damen und Herren! Der Herr Bundeskanzler stellt aber Schuldenmachen auch gerne in den Zusammenhang: Lieber mehr Schulden statt mehr Arbeitslose.

Meine Damen und Herren! Das ist eine falsche Alternative. Diese Frage stellt sich ja gar nicht. Wir sehen heute international, daß gerade jene Länder, die die geringste Staatsverschuldung haben, wie Schweiz und Japan, auch jene sind, die die niedrigsten Arbeitslosenraten haben. Und jene Länder, die sich stark verschuldet haben, haben heute auch

die hohen Arbeitslosenraten. Und Österreich ist leider Dank Ihrer Regierung auf dem Weg, zu dieser Gruppe von Ländern dazuzustoßen. (*Bundesrat Schipani: Was Sie gesagt haben, stimmt nur für die konservativen Länder! Da haben Sie recht!*) Denn unsere Staatsverschuldung, Herr Kollege Schipani, ist in den letzten Jahren von 47 Milliarden Schilling auf 330 Milliarden Schilling explodiert.

Gleichzeitig müssen wir nach dem letzten Stand damit rechnen, daß wir die Marke von 160 000 Arbeitslosen — nicht von 150 000, sondern von 160 000 — im Jänner überschreiten werden. Davon werden allein 50 000 arbeitslose Bauarbeiter sein. (*Bundesrat Schipani: Auch das ist falsch! Wider besseres Wissen falsch, Herr Kollege!*)

Herr Kollege Schipani! Wir wollen uns jetzt daher gemeinsam den Konferenzpalast unter arbeitsmarktpolitischen Aspekten näher anschauen, umso mehr, als der Herr Bundeskanzler am 5. Jänner in einem ORF-Interview erklärt hat, daß in einer Zeit, in der sich die Bauwirtschaft in einer so tiefen Krise befindet, ein so großes Projekt wie das Konferenzzentrum kaum weiter zurückgestellt werden könnte, denn durch diesen Bau würden — so Kreisky — 4 000 Arbeitsplätze gesichert.

Nun, meine Damen und Herren, in der Zwischenzeit hat sich bereits herausgestellt, daß es wesentlich weniger sein werden. (*Bundesrat Schipani: Sie haben die Behauptung aufgestellt! Herausgestellt hat sich gar nichts!*)

Ich komme schon darauf zurück, haben Sie ein bissel Geduld, Herr Kollege Schipani!

Es gibt derzeit zwei Schätzungen: eine Schätzung aus der Bauindustrie, die rechnet mit 300 bis 500 Arbeitsplätzen, und eine Schätzung aus dem Fordinstitut, dem Institut für höhere Studien, die rechnet mit 400 bis 600 Bauarbeitern.

Jetzt kommt noch dazu, daß natürlich auch andere Branchen erfaßt sind. Selbst wenn ich jetzt den Metallbereich dazunehme, wenn ich das Baubewerbe dazunehme, wenn ich weitere Folgeaufträge dazunehme, so komme ich, wenn ich es ganz großzügig rechne — viel großzügiger als der Stadtrat Mayr in Wien, der nämlich in der „Rathaus-Korrespondenz“ vom Vorjahr gesagt hat: insgesamt 1 100 bis 1 200 —, so komme ich auf maximal 2 000 Arbeitsplätze. (*Bundesrat Schipani: Stadtrat Mayr hat gesagt: Wiener! Die anderen nicht mitgerechnet! Das ist ja die Schlitzohrigkeit von der Behauptung, daß man dem Stadtrat Mayr untersiebt, er hätte nur 1 100*)

**Dr. Stummvoll**

*gemeint! Er hat aber gesagt: Wiener! Und das sagen Sie bitte auch dazu, Herr Stummvoll!*

Herr Kollege Schipani! Lesen Sie die „Rathaus-Korrespondenz“ vom 31. März 1981 genau nach, da ist insgesamt von 1 100 bis 1 200 nicht Bauarbeitern, sondern Arbeitsplätzen die Rede. (*Bundesrat Schipani: Der Stadtrat Mayr spricht von Wienerl Ich sage es Ihnen, und merken Sie es sich!*)

Aber, Herr Kollege Schipani, man kann ja diese Zahlen überhaupt erst begreifen, wenn man sie in Relation setzt zu anderen Größenordnungen. Ich darf Ihnen jetzt folgendes sagen: Ich bin Mitglied beim Beirat für Arbeitsmarktpolitik im Sozialministerium. Dort rechnen wir in der Arbeitsmarktförderung damit — das können Sie nachlesen in den offiziellen Papieren Ihres Sozialministers Dallinger —, daß wir mit einer Förderung von 100 000 S für strukturverbessernde Maßnahmen einen Arbeitsplatz, einen Dauerarbeitsplatz sichern können.

Wie gesagt, nachzulesen im arbeitsmarktpolitischen Schwerpunktprogramm des Ministeriums. (*Bundesminister Dr. Salcher: Einen Dauerarbeitsplatz?*) Einen Dauerarbeitsplatz!

Hier, bei diesem Projekt, Herr Minister, rechnen wir mit 3,5 Millionen Schilling — nicht pro Dauerarbeitsplatz, sondern pro Arbeitsplatz für drei bis vier Jahre. Das ist also der 35fache Aufwand für einen Arbeitsplatz für drei bis vier Jahre gegenüber jener Formel, die wir im Sozialministerium in der Arbeitsmarktförderung anwenden.

Nehmen wir einen anderen Vergleich: Wir geben in ganz Österreich — Herr Finanzminister, Sie kennen die Zahl — heuer für die Arbeitsmarktförderung 1,6 Milliarden Schilling aus. Das heißt, mit den Mitteln für das Konferenzzentrum könnte man in den arbeitsmarktpolitisch schwierigen Jahren bis 1985 in jedem Jahr die gesamte Arbeitsmarktförderung für ganz Österreich verdoppeln. Ich sage diese Beispiele nur, damit Sie die Größenordnungen sehen, um die es hier geht.

Diese Zahlenvergleiche sind natürlich nicht überraschend, denn die Experten sind sich schon lange darüber einig (*Bundesrat Köpf: Welche?*) — ich werde gleich einen von Ihrer Seite zitieren —, daß Großprojekte eine wesentlich geringere Beschäftigungseffizienz haben als Kleinprojekte.

Und weil Sie gefragt haben: Wer ist dieser Experte? Ich kann Ihnen zum Beispiel zitieren... (*Bundesrat Schipani: Lauter Flickschuster können Sie nicht haben! Die Sem*

*meln vom Greißler ums Eck können Sie ja nicht exportieren!*)

Regen Sie sich nicht auf, Herr Kollege Schipani, hören Sie zu, was Ihr Programmdenker, was Ihr Wirtschaftswissenschaftler Professor Matzner in der März-Nummer 1980 der „Zukunft“ geschrieben hat. Wenn Sie zwei Minuten keinen Zwischenruf machen, lese ich Ihnen das kurz vor. (*Bundesrat Schipani: Vor lauter Lesen kommen Sie nicht in die Praxis hinaus!*)

Matzner sagt folgendes:

„Leider bindet der steigende Anteil der Großprojekte nicht nur Mittel, die dringend für die vielen kleinen Aufgaben, wie Pflege der Althäuser, Reparatur der Gemeindestraßen, zeitgemäße Kinder- und Sportplätze oder die Verbesserung des Gesamtverkehrssystems, benötigt werden. Der Trend ist vielmehr auch für die Politik der Arbeitsplatzsicherung bedenklich. Denn während die kommunalen Großprojekte von 1967 bis 1976 etwa 17 Prozent des Wiener Bauvolumens ausmachten, waren bei ihnen wegen des überdurchschnittlichen Mechanisierungsgrades nur 3,5 Prozent der Beschäftigten des Baugewerbes tätig. Auf die anderen Projekte („kleinere“ Großprojekte und Kleinprojekte) entfielen etwa 16 Prozent des Wiener Bauvolumens, aber auch 16 Prozent der Beschäftigten in der Wiener Bauwirtschaft. Die Spanne der direkten Beschäftigungseffekte zwischen Groß- und restlichen Projekten beträgt somit nahezu 1 : 5. Negative Auswirkungen auf die Beschäftigungslage sind bei Fortsetzung des Trends kaum zu vermeiden.“ Zitat Matzner Ende.

Bitte, Ihr Matzner, der so wesentlich auch an Ihrem Parteiprogramm mitgearbeitet hat! (*Bundesrat Schickelgruber, eine Zeitung hebend: Ist das der Matzner, der heute im „Kurier“ das schreibt? Da kommt er zu einem anderen Schluss!*)

Meine Damen und Herren! Ich fasse es kurz zusammen: Der Konferenzzpalast hat zweifellos mit Vollbeschäftigung überhaupt nichts zu tun. Er verhindert vielmehr 15 000 bis 20 000 Dauerarbeitsplätze, die sonst mit diesem Geld geschaffen werden könnten.

Meine Damen und Herren! Schuldenpolitik und Großprojekte sind kein geeigneter Ausweg aus unserer Wirtschaftskrise. (*Bundesrat Schickelgruber: Das sind Experten! Das sind unsere Wirtschaftsexperten! Das ist ein Jammer!*) Schuldenpolitik und Großprojekte, Herr Kollege Schickelgruber, sind auch kein Ersatz für eine klare, berechenbare, kontinuierliche Wirtschaftspolitik, die vor allem die

15682

Bundesrat — 418. Sitzung — 28. Jänner 1982

**Dr. Stummvoll**

Wettbewerbsfähigkeit der vielen Klein- und Mittelbetriebe stärken müßte. Schuldenpolitik und Großprojekte schaffen auch keine Vollbeschäftigung, sondern vernichten letztlich Arbeitsplätze.

Meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, solange Sie diese elementaren wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht zu akzeptieren bereit sind, solange werden wir aus unseren derzeitigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht herauskommen! (Zustimmung bei der ÖVP.)

**Vorsitzender:** Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Raab. Ich erteile ihm das Wort.

**Bundesrat Raab (ÖVP):** Herr Vorsitzender! Herr Bundesminister! Hohes Haus! In der heutigen Antrittsrede und Eröffnungsrede wurde vom Vorsitzendenstuhl aus der Vorwurf an die ÖVP erhoben, sie errichte eine Bundesländerfront, eine Anti-Wien-Front in der Frage des Konferenzzentrums.

Der Fall, Herr Vorsitzender, liegt doch ein wenig anders: Es wird keine Anti-Wien-Front errichtet. Im Gegenteil, wir helfen den Wienern bei der Durchsetzung ihrer Interessen. (Zustimmung bei der ÖVP.) Also wir unterstützen die Wiener, die sich gegen den Konferenzpalast ausgesprochen haben, die den Ausbau des bestehenden Kongreßzentrums begehrten und wollen, also der Hofburg und des Messepalastes.

Wir helfen und schützen die Wiener aber auch, die gegen diesen Konferenzpalast waren und stimmten, weil man sie schmälerlich behandelt hat, weil man sie undemokratisch behandelt hat und weil man sie ungleich behandelt hat bei dieser Volksbefragung. Denn bei den Steinhofgründen wurden die 140 000 Nein-Stimmen gewertet, man hat sie akzeptiert, es wird nicht gebaut. Beim Konferenzzentrum aber, wo über 160 000 Stimmen abgegeben wurden, wird nichts akzeptiert — ein wahrlich undemokratisches Verhalten. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Aber es sind nicht nur die wirtschaftlichen Gründe, meine geschätzten Damen und Herren, und die Mißachtung der Demokratie, die gegen den Bau des zusätzlichen — des zusätzlichen — Konferenzpalastes sprechen; es sind vor allem die Punkte und die Gründe arbeitsmarktpolitischer Art, die heute schon vorgebrachten wurden.

Im Mock-Kreisky-Abkommen hat sich die wirtschaftspolitische Vernunft durchgesetzt, wurde in allen Zeitungen geschrieben. Es wer-

den konkrete Maßnahmen ergriffen, privaten und verstaatlichten Betrieben wird entsprechend geholfen. Aber als übergeordnetes Ziel und als Richtlinie galt für alle Beteiligten die Vollbeschäftigung. Alle Ausgaben, die zur Erhaltung der Vollbeschäftigung dienen, haben Vorrang.

Daher ist bei der Ausgabe in dieser Dimension, in der Höhe von 7,5 Milliarden Schilling natürlich besonders sachlich und realistisch zu prüfen, ob und wieviel Dauerarbeitsplätze geschaffen werden. Die Rechnung — sie wurde bereits präsentiert — fällt schlecht aus. Nach dem Schätzgutachten des Instituts für höhere Schulen, des Fordinstitutes, und nach den Berechnungen der Bauwirtschaft, die niemand bezweifeln wird, denn die ist ja selbst daran interessiert, zu wissen, wie die Beschäftigungszahl liegt und wen man einstellen soll, werden höchstens 300 bis 500 Bauarbeiter auf dieser maschinenintensiven Baustelle beschäftigt sein. Die großen Baumaschinen werden also in erster Linie beschäftigt werden.

Daher bitte der Vorschlag der Österreichischen Volkspartei, wie diese Mittel besser verwendet werden könnten. (Bundesrat Dr. Michlmayr: Ein paar Maschinenstürmer!)

Herr Kollege Michlmayr! Diese Frage stellen wir uns auch in unserem Bezirk: Wie können wir aus diesem Dilemma herauskommen? Sie wissen ja, was gerade in unserem Bezirk alles notwendig ist, wie sehr der Bund hier in Verzug ist, was alles geschaffen werden sollte, einschließlich der B 137, der B 127 und der B 128, wo wir uns seit zehn Jahren gemeinsam bemühen und vom Bund keine Mittel zur Verfügung gestellt werden. Leider. Gemeinsam bemühen, habe ich gesagt.

Daher der Vorschlag der ÖVP: Althaussierung sowie Ausbau und Adaptierung der Bundesgebäude, denn da liegt wirklich vieles im argen.

Und wieder könnte ich eine ganze Litanei aufzählen, denn viele Bauvorhaben in ganz Österreich bewirken auch eine gleichmäßige Verteilung der Arbeitsplätze im gesamten Bundesgebiet, und dem werden wir als Länderratgeber ja wirklich nicht entgegenstehen.

Nun, für das Konferenzzentrum haben wir alle Mittel aufzubringen. Bei der Althaussierung, Herr Finanzminister — und ich glaube, das ist eine sehr einfache Rechnung, vor allem für die Stadterneuerung —, genügen doch Zuschußaktionen, die dann sozusagen als Initialzündung gelten und wo der Private auch animiert wird, dementsprechend

**Raab**

zu investieren. (*Bundesrat Köpf: Das wird zusätzlich noch gemacht!*) Viel zu gering! Wenn hier Mittel vorhanden sind, und es wird uns ja vorgemacht, bitte, daß Mittel da sind, dann bitte für diesen Zweck! Aber doch bitte nicht für einen neuen Schulturm und für eine Königspyramide des Herrn Bundeskanzlers! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die ÖVP hat in ihren Entschließungsanträgen und in zwei dringlichen Anfragen in den gesetzgebenden Körperschaften immer wieder einen Verzicht auf den Prestigebau verlangt. Wir wissen, wie wir damals in der Sondersitzung des Nationalrates behandelt wurden.

Durch Verzicht auf den Bau könnten also 5 Milliarden Bundesmittel und 2 Milliarden für die Stadtneuerung freiwerden. Damit könnten nach den Berechnungen 3 000 bis 5 000 ständige, dauerhafte Arbeitsplätze geschaffen werden, nämlich in Klein- und Mittelbetrieben unseres Baugewerbes. (*Bundesrat Köpf: 20 000, hat Ihr Vorredner gesagt!*)

Diese Überlegungen, lieber Herr Bundesrat, haben ja bitte auch die Zustimmung Ihrer Vertreter gefunden. Ich darf vielleicht anführen, daß es ja der Herr Bundesminister Sekanina war, der zuerst vom Ausbau der Hofburg, des Messepalastes gesprochen hat. Und dann anschließend war es der Herr Stadtrat Mayr. Der wollte das freiwerdende Geld sofort für die Stadtneuerung von Wien verwenden. Herr Finanzminister Salcher glaubte ja selbst, man sollte das ein bissel weiter verschieben, er wäre also der Meinung. Und der SPÖ-Abgeordnete — erinnern Sie sich doch, bitte — Mühlbacher meinte, daß eine solche Wirtschaftsspritze nicht für ein Projekt verwendet werden soll und darf, das in der Folge nur wieder Geld kostet. Und was für Folgekosten damit verbunden sind, das haben Sie bis jetzt noch nicht gesagt und vielleicht noch nicht einmal berechnet, Herr Finanzminister. Und das ist eigentlich das Traurige bei dieser Angelegenheit.

Noch im November 1981 wird das anlässlich der Volksbefragung in Wien auf allen Dreieckständern gesagt. Also der Herr Bundeskanzler Kreisky und Herr Bürgermeister Gratz plakatierten dann: Das Österreichische Konferenzzentrum wird erst gebaut, wenn wir es uns leisten können, wenn es uns besser geht.

Aber, Herr Finanzminister, es hat sich doch nichts geändert! Das Budgetdefizit ist größer, der Schuldenberg ist gewachsen, die Arbeitslosenrate ebenfalls! Ja, was soll sich hier gebessert haben, daß man plötzlich dem Drän-

gen des Herrn Bundeskanzlers nachgibt? Sicherlich sind nicht alle damit einverstanden.

Gegen ein Konferenzzentrum sind wir nicht. Es ist ja bereits ein Kongreßzentrum vorhanden. Man kann es billig in der Hofburg und im Messepalast entsprechend ausbauen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

90 Prozent der Teilnehmer der Volksbefragung waren gegen dieses zusätzliche Konferenzzentrum. Und selbst der „Kurier“ hat in einer Befragung nachgewiesen, daß rund 68 Prozent aller Wiener gegen diese Königspyramide des Herrn Bundeskanzlers sind.

Es blieb also noch einer sozialistischen Regierung vorbehalten, uns dem internationalen Monopol und dem Finanzkapital nun vollkommen auszuliefern, mit einer Verschuldung wie nie zuvor.

Wenn viele aus dem Lager der Sozialisten die Notwendigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit dieses Konferenzzentrums bezweifeln, dazu 68 Prozent Wiener, 90 Prozent Teilnehmer des Volksbegehren, so ist es doch selbstverständlich und verständlich, daß die Mehrheit der Bürger in den Bundesländern in dieser Krisenzeit noch weit weniger übrig hat für dieses internationale Zentrum der Begegnung oder, wie wir es nennen, für diesen zusätzlichen Kongreßpalast, der nicht notwendig ist, der nicht gebraucht wird, der uns zuviel kostet und keine Arbeitsplätze schafft.

Die Länder erinnern aber in diesem Zusammenhang doch den Bund an seine Aufgaben, an seine Verpflichtungen und stellen die Frage: Gibt es denn wirklich keine wichtigen Bauvorhaben in den Ländern? Die Antwort müßte und sollte der Herr Bautenminister geben. Aber während der Regierungsklausur und der Entscheidung über den Bau des Konferenzzentrums hat er ja seinen Urlaub auf den Bahamas verbracht, und wie er zurückgekehrt ist, ist die Entscheidung ja bereits gefallen gewesen.

Es gab dann kleine Differenzen zwischen dem Herrn Bundeskanzler und dem Herrn Bautenminister, die scheinbar jetzt beseitigt sind, aber irgendwelche Überbleibsel wird es immer wieder geben.

Sein Vorschlag auf Ausbau der Hofburg, des Messepalastes scheint uns sinnvoll, weil es billiger, repräsentativer wäre. Er wurde allerdings vom Herrn Bundeskanzler als unausgereift, unausgegoren und unüberlegt abgetan.

Nun, der Herr Bundesminister Sekanina

15684

Bundesrat — 418. Sitzung — 28. Jänner 1982

**Raab**

wird sicher noch etwas darauf zu sagen haben. Aber seine Antwort müßte eigentlich lauten: Gibt es wichtigere Bauvorhaben? Nun, genügend: Bundesbauten, Bundesschulen und Straßen. Es fehlen ja dem Herrn Finanzminister für seine Bundeshochbauten — 447 an der Zahl — 27 Milliarden. Sie werden verzögert oder schubladiert. Bei 43 allgemeinbildenden berufsbildenden höheren Schulen liegen die Verhältnisse besonders im argen: Fensterrahmen sind morsch, Heizungen, Installationen sind desolat. Die Arbeiten wurden begonnen, aber nicht beendet, weil man 1,5 Milliarden benötigt und nur 144 Millionen zur Verfügung gestellt worden sind. Hier wäre das Geld nützlich angelegt. Das sollte man hier besonders im Auge haben. Und die 16 Schulneubauten, die notwendig wären! (*Bundesrat Mag. K arny: Aber in den letzten zehn Jahren wurden mehr Schulen gebaut als in der Zeit seit dem Ersten Weltkrieg! Das sagen Sie nicht dazu, Herr Bundesrat! 200 höhere Lehranstalten, das hat es überhaupt noch nie gegeben!*)

Wir erkennen nicht, daß sich der Herr Finanzminister bemüht und ein Not- und Sofortprogramm gestartet hat. Aber das alles genügt nicht. Kein Wunder, daß sich die Länder zu Wort melden, drängen und Vorschläge unterbreiten, daß auch dort gebaut werden soll und muß — aber zweckmäßig, wirtschaftlich und arbeitsplatzschaffend.

Auf der Suche nach geeigneten Projekten zur Sicherung der Vollbeschäftigung, vor allem im Bauwesen, gibt es in ganz Österreich bestimmt eine Vielzahl besserer Möglichkeiten als den Bau des kostspieligen, nicht ausgenützten — bitte, das ist schon erwiesen — und mit hohen Betriebskosten belasteten Konferenzzentrums. Wenn man die bisherigen Kongresse dorthin verlegt, steht wieder das Konzerzentrum leer.

Mit den dafür erforderlichen Investitionen lassen sich viel besser arbeitsplatzsichernde Bauvorhaben der öffentlichen Hand verwirklichen. Allein in Oberösterreich gibt es eine Reihe von Großprojekten. Ich möchte Sie Ihnen aufzählen, damit Sie von einem Land ungefähr das Volumen kennenlernen.

Was wir brauchen: Sondermittel für die Wohnbauförderung, damit wir jungen und kinderreichen Familien eine günstige Wohnung geben können. Mehr Mittel für die Bundesschulen. In Oberösterreich zum Beispiel fehlt die höhere technische Lehranstalt in Linz und in Neufelden. Es gab immer wieder Vorsprachen. Gemeinsam mit meinem Kollegen, Bundesrat Michlmayr, waren wir beim Herrn Bundesminister. Wir wurden immer

wieder vertröstet, daß es derzeit nicht möglich wäre, obwohl ein dringender Bedarf vorhanden ist. Und das Bundeszentrum Linz-Süd. Die bereits 1973 vom Bund dem Linzer Bürgermeister, Herrn Hillinger — bitte, einem Parteifreund —, zugesicherten Mittel zum Ausbau des Krankenhauses in der Höhe von 500 Millionen Schilling, die bisher nicht verbaut worden sind. (*Bundesrat Dr. Michlmayr: Das hat doch die ÖVP abgelehnt!*) Ich rede vom Krankenhaus der Stadt Linz, bitte, nicht von den Landeskrankenhäusern, die das Land selbst bauen mußte, wie das Krankenhaus Rohrbach, für das 300 Millionen Schilling aufgebracht wurden.

Ich möchte nun die Reihe der Bauvorhaben fortsetzen, die wir brauchen. Aber ich wundere mich, daß Sie dagegen sind, daß diese Bauten im Lande Oberösterreich errichtet und Bundesmittel zur Verfügung gestellt werden. (*Bundesrat Dr. Michlmayr: Hier schreit er für ein Krankenhaus, und in Linz ist er dagegen!*)

Die Bereitstellung von Mitteln für die Kasernen — ich denke an die Kasernen Freistadt und Kirchdorf, der Herr Bürgermeister Knoll sitzt unter uns — und für den Ausbau der Müllverwertung wäre notwendig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Für einen sinnlosen Prestigebau ist in Österreich kein Bedarf. Es will ihn niemand, es braucht ihn niemand, und jeder Österreicher muß teuer dafür bezahlen. Es ist daher gleichgültig oder nicht entscheidend, woher die Mittel für den Palast kommen. Entscheidend ist, wer diese Mittel zurückzahlen muß. Die Kosten haben nämlich die österreichischen Steuerzahler mit Zinsen und Zinseszinsen zu zahlen (*lebhafte Zustimmung bei der ÖVP*) zuerst beim Bau des Milliardenprojektes und später bei den jährlich anfallenden Betriebskosten, die uns nicht erspart bleiben.

Die Errichtung von Wohnbauten, der Bau von Straßen und Schulen hat den Vorteil, daß das gesamte Bauhaupt- und das Baunebengewerbe mit Aufträgen ausgelastet wird und damit Tausende dauerhafte Arbeitsplätze gesichert sind.

Es ist nicht nur wichtig, daß gebaut wird, sondern es ist wichtig, daß auch die Bedürfnisse der Bürger gedeckt werden. Das verbinden wir mit den Vorstellungen eines Baues. (*Beifall bei der ÖVP*)

In diesen angespannten krisenhaften Zeiten steckt man Geld nicht in Projekte, die nichts bringen, sondern in mittlere und kleinere Betriebe der Bauwirtschaft, damit der

**Raab**

Ertrag wächst, Arbeitsplätze geschaffen werden und das Einkommen gesichert ist.

Die ÖVP ist gegen diesen sinnlosen Prestiegebau des Bundeskanzlers, es will ihn niemand, es braucht ihn niemand. Die Kosten des Milliardenprojektes und die anfallenden Betriebskosten müssen wir alle zusammen zahlen. Sinnvoller und vordringlicher ist die Forcierung des Wohnbaues, die Althaussanierung, Stadtsanierung, der Straßenbau und Schulbau österreichweit. Das sichert und schafft Arbeitsplätze. (*Vorsitzender-Stellvertreter Dr. Schambeck übernimmt die Leitung der Verhandlungen.*)

Daher wird die Österreichische Volkspartei gegen den Bau dieses Konferenzpalastes in einem Volksbegehren den Protest zum Ausdruck bringen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

**Vorsitzender-Stellvertreter Dr. Schambeck:** Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich das Mitglied des Bundesrat Herr Vorsitzender Professor Dr. Skotton zu Wort gemeldet.

Bevor ich ihm das Wort erteile, möchte ich darauf aufmerksam machen, daß eine tatsächliche Berichtigung die Dauer von zehn Minuten nicht überschreiten darf.

Ich erteile dem Herrn Professor Dr. Skotton das Wort.

**Bundesrat Dr. Skotton (SPÖ):** Hoher Bundesrat! Meine Damen und Herren! Es ist etwas ungewöhnlich, aber ich fühle mich dazu veranlaßt durch die Äußerungen des Herrn Bundesrates Raab, der am Beginn seiner Rede gesagt hat, daß in der Antrittsrede der Vorwurf von mir erhoben wurde, daß von der ÖVP in den Bundesländern eine Anti-Wien-Front errichtet wird.

Diese Worte wurden von mir nicht verwendet. Sie können im stenographischen Protokoll nachsehen. (*Bundesrat Raab: Gemeint war es aber eindeutig!*)

Ich ersuche die Debattenredner, wörtlich zu zitieren und Inhalte nicht verändert wiederzugeben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

**Vorsitzender-Stellvertreter Dr. Schambeck:** Zum Wort hat sich weiters Frau Bundesrat Dr. Anna Demuth gemeldet. Ich erteile es ihr.

**Bundesrat Dr. Anna Demuth (SPÖ):** Herr Vorsitzender! Herr Minister! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses! Vielleicht ist es erstmals wirklich gut, daß die Popularität unserer Bundesratssitzungen nicht allzu hohe Wellen schlägt und daß das Echo in der Öffentlichkeit und in den Medien

fast bedeutungslos ist. Denn wenn wir Ihren Antrag in Ruhe studieren und Ihre Beiträge hören, so können wir feststellen, daß Dinge drinnen sind, die so unverständlich, so unwahr und verdreht sind, daß wir sie einfach als Wahnwitz bezeichnen müssen, ein Wort, das Sie so gerne in den Mund nehmen, seit dies Ihr Politdirektor im Zusammenhang mit dem Bau des Konferenzzentrums geprägt hat.

Auch ich kann Ihnen leider nicht ersparen, daß ich Sie daran erinnere, daß wir vor zwanzig und mehr Jahren festgestellt haben, daß Wien möglichst auch eine UNO-Stadt, nämlich die dritte dieser Welt, werden soll, damit unsere Neutralitätspolitik besser unterstrichen wird. (*Zwischenruf des Bundesrates Dkfm. Dr. Stummvolli.*) — Warten Sie genauso in Ruhe die weiteren Ausführungen ab, wie Sie mich oder uns gebeten haben — und daß wir die Sicherheit Österreichs dadurch erhöhen können, daß die Sicherheitspolitik über die Neutralität, über Konferenzen besser gewährleistet ist als möglicherweise über unser hochgeschätztes, aber doch etwas dünn bewaffnetes Bundesheer, auch auf Grund des Staatsvertrages.

Die ersten Schritte dazu waren 1958 die Ansiedlung der Internationalen Atomenergieorganisation, 1967 die Errichtung der UNIDO in Wien und 1976 ein Beschuß der 31. Generalversammlung der UNO über die Verlegung weiterer UNO-Sekretariate nach Wien.

Es war 1967 nicht unsere Bundesregierung der Sozialistischen Partei, sondern die Regierung Klaus, wie Sie heute schon vom Herrn Minister gehört haben, die beschlossen hat, dieses Konferenzzentrum zu bauen.

Auch ich möchte Ihnen nicht ersparen, daß ich diesen Ministerratsvortrag wortwörtlich zitiere: „Eine der wesentlichen Zielsetzungen...“ (*Bundesrat Pumpernig: Das steht doch gar nicht zur Debatte!*) Warten Sie ab! Sie vergessen es ja in Ihrer Diskussion immer wieder. Wieso bezichtigen Sie uns der Gigantomanie, wenn Sie andererseits diese seinerzeitigen Beschlüsse durchaus bestätigen? (*Beifall bei der SPÖ.*) Wieder ein Widerspruch, den Sie sich nicht erklären können, und wir natürlich noch viel weniger.

„Eine der wesentlichsten Zielsetzungen der Bundesregierung“ — 1967! — „ist es, Österreich im internationalen Denken immer stärker zu verankern und damit die Sicherheit und Unabhängigkeit des Landes zu festigen.“

In der Erkenntnis, daß die Niederlassung internationaler Organisationen ebenso wie die Abhaltung großer internationaler Konferenzen diesen Bestrebungen entgegenkommt,

15686

Bundesrat — 418. Sitzung — 28. Jänner 1982

**Dr. Anna Demuth**

war es seit jeher die Politik der österreichischen Bundesregierung, alle sich in dieser Hinsicht ergebenden Möglichkeiten zu nutzen.“ — Es liegt das in der Funktion eines neutralen Staates.

„Um aus der Errichtung der UNIDO und der Internationalen Atomenergieorganisation für Österreich den größtmöglichen Nutzen für die Zukunft zu ziehen, erscheint das Konzept der Errichtung eines UN-Zentrums einschließlich eines Konferenzgebäudes als die zweckmäßigste Lösung.“

Das ist eine Konzeption, um die Zukunft Österreichs im Sinne seiner Funktion als neutraler Staat zu sichern. Das wird jetzt als Wahnsinnsprojekt von Ihrer Seite, als Größenwahn und als Monster bezeichnet, wie schon Dr. Heinz Fischer im Nationalratsplenum gesagt hat. (*Bundesrat Knoll: Die Zeit der Großkonferenzen ist doch vorbei!*)

Die sozialistische Bundesregierung fühlt sich selbstverständlich an die seinerzeitigen Zusagen der ÖVP-Regierung gebunden und hat 1972 das IAKW-Gesetz vorgelegt. Wir sind nämlich nicht der Meinung, daß wir uns billig von dem abputzen, was die ÖVP-Regierung seinerzeit den internationalen Organisationen zugesagt hat. Wir sind der Meinung, wenn wir auch international nur annähernd glaubwürdig bleiben wollen, daß wir diese Zusagen auch einhalten müssen, daß wir diese Zusagen erfüllen müssen und auch erfüllen wollen.

1972 waren 79 ÖVP-Abgeordnete dafür, das IAKW-Gesetz wurde, wie Sie wissen, einstimmig beschlossen.

1974 trat langsam ein Gesinnungswandel bei Ihnen einfach deswegen ein, weil dazwischen Wahlen lagen, und Sie konnten die SPÖ-Regierung bei der Bevölkerung nicht so anschwärzen, daß Sie wieder einer Regierungsbeteiligung durch die Stimmen der Wähler nähergerückt wären oder gar wieder eine Alleinregierung gestellt hätten.

Hier beginnen nun langsam jene obstruktiven Beiträge Ihrerseits, die mehr oder minder gegen die SPÖ-Regierung gerichtet sind ohne Rücksicht auf den Verlust unseres Images im Ausland. Ihnen ist es recht, es gibt da einige Vorfälle, Österreich im Ausland schlechtzumachen, um damit die SPÖ-Regierung zu treffen. (*Zwischenrufe bei der SPÖ*)

Die Stellungnahme des Dr. König damals war allerdings, daß er damals gegen den Bau der UNO-City war, aber sehr bedauert hat — das könnte ich Ihnen auch wortwörtlich zitieren —, daß das Konferenzzentrum, der Bau erst nachträglich stattfinden sollte, also zu

diesem Zeitpunkt, zum Beginn des Baues nicht mit eingeplant war.

Aber es ist eigentlich logisch, wenn man große Konferenzzentren baut, daß man zuerst die UNO-Sekretariate ansiedelt, daß man ihnen zuerst den Platz gibt, sich in Österreich zu installieren und zu arbeiten. Denn die UNO-Sekretariate werden kaum in Wien Konferenzen vorbereiten, wenn sie hier nicht untergebracht sind. Es ist nicht möglich, in der Innenstadt zu arbeiten und die Konferenz in einem Zentrum am anderen Donauufer durchzuführen.

Wenn ich Ihre Beiträge Revue passieren lasse, so muß ich gerade zu meinem Vorredner sagen: Ihr Standpunkt ist der — ich möchte Sie wirklich nicht kränken — aus dem Bereich, aus dem Sie kommen. Ich weiß nicht, an wie vielen großen Konferenzen Sie schon teilgenommen haben. Aber wenn Sie erklären, daß wir dieses Konferenzzentrum nicht brauchen und daß die Hofburg groß genug ist, dann kann ich Ihnen nur sagen: Vielleicht delegiert Sie Ihre Partei in eine große Konferenz im Ausland, damit Sie sehen, wie viele Nebenräume, wie viele Plätze... (*Bundesrat Pumpernig: Wohin, Frau Kollegin?*) Wo immer es eine Funktion erlaubt, damit Sie diese Vergleiche sehen können. (*Bundesrat Raab: Die Wiener Stadthalle ist groß genug! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

1975 hat die ÖVP in ihrem Minderheitsbericht zur IAKW-Novelle erklärt, daß die Ausklammerung des Konferenzzentrums den Vereinbarungen zwischen Bund und Gemeinde widerspricht. Das heißt, daß sich die ÖVP damals gewundert hat, daß sich das Konferenzzentrum, wie gesagt, ausgeklammert haben.

So ändern sich die Zeiten, so ändern sich Ihre Argumente. Sie können sich drehen, wie Sie wollen, im Grunde ist es ja nur eine Polemik: Sie wollen immer wieder das Gegenteil von dem, was die SPÖ-Regierung vorschlägt, in der Hoffnung, sich zu profilieren. Aber die Rechnung wird bei den nächsten Wahlen wieder erstellt, warten wir diese ab. Bisher sind sie ja immer nur für uns günstig ausgegangen, weniger für Sie und Ihre Polemik.

Die Sozialistische Partei und auch die Regierung waren immer für die UNO-Stadt und für das Konferenzzentrum selber.

Zu ihren konkreten Anfragen kommend, möchte ich nun folgendes sagen. Sie haben die Volksbefragung in Wien zitiert. Sie haben recht. Die Volksbefragung ist bei einer sehr geringen Beteiligung überwiegend gegen das Konferenzzentrum ausgegangen.

**Dr. Anna Demuth**

Aber der Klub der SPÖ und vor allem sein Sprecher, der Klubobmann Dr. Heinz Fischer, hat schon vor Abhaltung dieser Volksbefragung erklärt, daß sich das Parlament und die Abgeordneten der Sozialistischen Partei an das Ergebnis dieser Volksbefragung, das sie wohl respektieren werden, nicht gebunden fühlen, einfach deswegen nicht, weil ein kleiner Teil der Wiener Bevölkerung nicht Beschlüsse auf Bundesebene in dieser Form aufheben kann.

Ich möchte nur kurz wiederholen und in Erinnerung rufen, daß eine Volksbefragung wohl eine Orientierung für einen politischen Weg und für politische Entscheidungen ist, daß sie aber durchaus nicht in einer Form bindend ist wie zum Beispiel eine Volksabstimmung. (*Bundesrat Ing. Nigl: Und Sie sind eine demokratische Partei!*) Grund für unser Ja zur UNO-City, Grund für unser Ja zum Konferenzzentrum ist nach wie vor der Standpunkt, daß Wien eine dritte UNO-Stadt werden soll (*Bundesrat Ing. Nigl: Ist es ja!*) — noch lange nicht! —, daß wir auch ein modernes Konferenzzentrum brauchen und daß die Räumlichkeiten in der Hofburg in keiner Weise den Anforderungen großer Konferenzen entsprechen. Ich kann Ihnen nur empfehlen: Schauen Sie sich große, modern eingerichtete Konferenzzentren an.

Der Messegelände, den Sie immer wieder zitieren, steht unter Denkmalschutz, und Sie gehören ja so wie wir auch zu jenen, die alte historische Bauten nicht niederreißen oder entkernen wollen, damit man dort jenes Zentrum hineinsetzt, das den modernen Anforderungen entspräche. Dieser Messegelände faßt äußerstens 1 200 Personen für eine Konferenz.

Die Hofburg, die Sie immer wieder zitieren, faßt maximal 1 200 Personen, aber nur bei Sesselreihen, ohne Konferenztische.

Wenn Sie einmal einen Parteitag erlebt haben, unter Umständen in irgendeinem Ausweichlokal, wo man zuwenig Platz fand, daß man richtig die Tische aufstellt, dann werden Sie sich vielleicht ausmalen können, wie „angenehm“ es ist, wenn man tagelang mit dem Schreibblock auf den Knien ohne Tische sitzen muß. Das ist unzumutbar für internationale Delegierte.

Folglich ist auch die Hofburg trotz Ausbau in keiner Weise geeignet. Man kann sie nicht aufstocken, man kann sie auch nicht ausbauen, man kann sie nicht vergrößern, das geht nicht.

Wenn Minister Sekanina dafür war, daß man dieses Zentrum modernisiert oder, bes-

ser gesagt, adaptiert — modernisieren kann man es nicht —, so deswegen, daß wir den Übergang finden bis zu dem Zeitpunkt, wo wir das große Konferenzzentrum bauen. Das war ja nicht eine Aussage auf ewige Zeiten, das war für den Übergang gedacht, damit bis dahin, bis das Konferenzzentrum gebaut wird, wenn auch beschränkte Möglichkeiten in Wien bestehen.

Richtig ist, daß UNO-Konferenzen, Weltkonferenzen einen großen Plenarsaal brauchen, mindestens fünf Komiteesäle, und daß der Plenarsaal selber 200 Delegationen — etwas aufgestockt vielleicht, ist der heutige Bedarf zirka zwei bis sechs Mitglieder — Platz treten muß. Das heißt, man müßte Platz für weit über 5 000 Menschen finden.

Wir haben bereits Belege dafür, daß wir hier nicht das Beste zu bieten haben. Ich darf Sie nur an die große UN-Konferenz für Wissenschaft und Technik mit mehr als 5 000 Menschen im Jahr 1979 erinnern, eine Konferenz, wo die Wissenschaftler der Welt nach Österreich gekommen sind, wo die Presse der Welt hier war, wo — wie es so schön poetisch heißt — die Scheinwerfer der Welt auf Wien gerichtet waren. Denn auf dieser großen Konferenz sind ganz wichtige Dinge über unsere Zukunft beraten worden. Damals mußten die Delegierten aus aller Welt in der Stadthalle ihre Tagung abhalten, die extra dafür adaptiert werden mußte.

Sie machen vielleicht auch, einige von Ihnen, internationale Konferenzen in Wien. Sie werden wissen, was es heißt, entsprechende Dolmetscher unterzubringen, die Simultananalagen zu installieren, und daß man hier nicht dauernd über Drähte stolpern soll, die auf dem Boden mit Tixo-Bändern befestigt werden, sondern daß das modern verlegt sein soll und jedes Konferenzpult alle technischen Anforderungen den Konferenzteilnehmern bieten soll. Das ist zumindest eine Notwendigkeit, von internationaler Sicht gesehen. (*Bundesrat Pumpernik: Das sind maximal 7 Kabinen, das sind 70 Quadratmeter!* — *Bundesrat Dr. Stummvoli: Für 7,5 Milliarden Schilling!* — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.) Die Kosten von 60 Millionen Schilling sind sozusagen vergeudet. Sie haben nur für diese Konferenz gedient. Sie können nicht wieder hereingebraucht werden, sie sind eine Investitionen, die einmalig war und damit verloren ist.

Wir haben 1982 eine weitere Konferenz, nämlich die UN-Weltversammlung zu den Problemen älterer Menschen, die voraussichtlich wieder in der Stadthalle abgehalten werden muß, wo die Konferenzteilnehmer, mit

15688

Bundesrat — 418. Sitzung — 28. Jänner 1982

**Dr. Anna Demuth**

Autobussen eingesammelt, hingebracht werden müssen. Man kann weder im Konferenzzentrum noch in der Hofburg dieses Riesenverkehrsaufkommen bewältigen. Das sind auch mit Gründe seitens der Stadtplanung und der Verkehrsplanung, daß wir auch in Wien für den Ausbau des Konferenzzentrums jenseits der Donau sind.

1981 war, wie Sie gesagt haben, die Situation eine solche, daß man den Bau des Konferenzzentrums vorübergehend zurückgestellt hat. 1982 bringt aber solche Alarmzahlen, daß nun durch eine mögliche Finanzierung, über die der Herr Bundeskanzler berichtet hat und zu der auch der Herr Finanzminister Stellung genommen hat, an die Inangriffnahme des Baues des Konferenzzentrums gedacht werden kann.

Warum? Die Pläne sind fertig, ausschreibungsbereit, 600 Millionen Schilling sind bereits investiert, und Österreich ist auf Grund der Zusicherungen an internationale Organisationen — an die UNO vor allem — verpflichtet, dieses Konferenzzentrum zu bauen.

Vor ein paar Tagen hat Sozialminister Dallinger die alarmierende Arbeitslosenzahl von 150 000 bekanntgegeben, die leicht überschritten wurde. Es ist für uns gesehen dadurch, daß wir die Finanzierungsmöglichkeiten durch Kredite bekommen werden, der Zeitpunkt, mit diesem Bau zu beginnen.

Die Berechnungen, die Sie über Arbeitsplätze anstellen, untermauert von allen möglichen Instituten, mögen ihre Richtigkeit haben. Ich sage dazu, jeder dieser Standpunkte ist sicher auch subjektiv gesehen. Sicher ist jedenfalls, daß auch mit der Betreuung des Konferenzzentrums Arbeitsplätze geboten werden, daß aber natürlich die Inanspruchnahme des Gewerbes und der Industrie weit über Wien hinausgeht und die Aufträge sicher auch bis Vorarlberg reichen, denn die Vorarlberger Firmen sind ja meist auch der Lieferant für Teppichböden, Vorhänge und ähnliches mehr.

Voriges Jahr haben wir eine Novelle ins Parlament gebracht zur Finanzierung des Konferenzzentrums und der UNO-City, und von Mock und Genossen wurde am 9. April 1981 ein Antrag eingebracht, der die völlige Einstellung des Bauvorhabens des Konferenzzentrums zur Folge hätte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir damals diesem Antrag beigetreten wären, so würden wir heute das Prädikat Wahnwitz seitens der internationalen Organisationen verdienen, denn es war ein kopfloser

Antrag, ein Antrag, der nicht überdacht wurde. Denn mit Beschuß des Antrages zu dieser Novelle wäre niemals ein internationales Konferenzzentrum errichtet worden, und die Folge wäre sicher, daß unter Umständen die UNO-Sekretariate, die vorgesehen waren, nach Wien übersiedelt zu werden, nicht gekommen wären. Und wer weiß, hätten sich die bereits eingezogenen Sekretariate ohne ein modernes Konferenzzentrum in Wien gehalten.

In Ihrer heutigen dringlichen Anfrage steht, es sei keine Verpflichtung für Österreich, ein Konferenzzentrum zu errichten. Ich habe schon einleitend kurz darauf Bezug genommen: Für so wortbrüchig und für so kurzfristig dürfen Sie uns Sozialisten nicht halten, daß wir dieser Behauptung beitreten, denn sie wäre, wie gesagt, international gesehen, Rufmord an uns selber, und diesen werden wir nicht begehen. Das können wir Ihnen versichern.

Sie behaupten gleichfalls, daß die sozialistischen Abgeordneten eine Volksabstimmung brutal abgewürgt haben. Hier ist Ihnen ein Modewort untergekommen. Mir ist schon bei den Skiübertragungen aufgefallen, daß plötzlich jeder nur brutal fährt. Sieger sind immer der oder die, die brutal fahren. Auch sie haben sich dieses Modewortes bemächtigt und haben erklärt, wir würgen eine Volksabstimmung brutal ab.

Aber, meine Damen und Herren, wenn Sie sich die Gesetze oder Ihre Informationen, die die Partei herausgibt, anschauen würden: Wann kann eine Volksabstimmung abgehalten werden? Doch nicht über eine Diskussion, doch nicht über einen Antrag, doch nicht über eine Anfrage, sondern nur über ein Gesetz, das bereits im Nationalrat beschlossen, aber noch nicht in Kraft getreten ist. Ein solches Gesetz gibt es nicht, und ein solches Gesetz haben wir nicht. Daher ist diese Behauptung eine reine Erfindung.

Mein Vorredner hat angeführt, daß wir mit dem Geld viel notwendiger Schulen bauen müßten.

Sehr geehrter Herr Kollege! Ich könnte Ihnen jetzt die Liste der Leistungen der sozialistischen Regierung vorlesen. Ich möchte Ihnen nur eine Zahl sagen: Bis 1967 hat es 88 allgemeinbildende höhere Schulen gegeben, nun haben wir 226. Die Zahl der Berufsschüler hat sich von 95 000 auf 181 000 erhöht. Es ist möglich, daß da und dort eine Schule renovierungsbedürftig ist und der Bund noch nicht dazugekommen ist, das Geld flüssigzumachen. Aber an Leistungen haben wir so viel

**Dr. Anna Demuth**

eingebracht, daß wir uns wirklich nicht zu schämen brauchen und daß wir in keiner Weise diese Anschuldigung auf uns sitzen lassen müssen.

Ich möchte Ihnen auch ganz kurz einige Zahlen über die Verteilung der Aufträge nennen, die von dem UNO-Konferenzzentrum zu erwarten sind. Es werden für die Bauarbeiten geschätzte 1,4 Milliarden eingesetzt werden, für Tischlerarbeiten 160 Millionen, für Fliesen, Maler und Schlosser 340 Millionen, für Fußböden 140 Millionen, für Sanitäranlagen 360 Millionen, für Rolltreppen, Aufzüge, für Starkstrominstallationen werden 300 bis 500 Beschäftigte Arbeit finden, und Möbel im Auftrag von 350 Millionen Schilling kommen.

Sie sehen daraus, daß dieser Ausbau des Konferenzzentrums nicht nur die Bauwirtschaft unterstützen wird und die Arbeitslosenrate bei den Bauarbeitern, die ja im Winter leider Gottes ein Drittel umfaßt, senken wird, sondern auch weiter in die Gewerbe hineinreichen wird. Ich bin überzeugt, daß die Gewerbetreibenden dies anerkennen und erkennen und sich nicht von Ihrer Polemik auf das falsche Geleise leiten lassen.

Ein echter Wahnwitz, so möchte ich es bezeichnen, ein Lieblingswort, das Ihr Politdirektor geprägt hat, war allerdings, daß das ÖVP-Konferenzzentrum unter Ihrer Ägide mit 8 700 Plätzen konzipiert war. Wir haben dies dann unter Rücksprache mit der UNO auf 5 900 reduziert, eine Anzahl, die dem internationalen Bedürfnis entspricht.

Sie werfen uns Gigantomanie vor. Was ist denn dann unter der Regierung Klaus geschehen, wenn Sie fast 9 000 Plätze in dieses Konferenzzentrum... (*Bundesrat Ing. Nigl: Damals haben wir noch Geld gehabt, heute gibt es nur noch Schulden!*)

Auch die 5 700, lieber Herr Bundesrat, sind nicht in einer Ebene, die sind auch in einigen sehr beweglichen Ebenen. Also so gut ist es uns auch wieder nicht gegangen, und Schulden haben wir damals auch gehabt. Sie wissen sehr genau, daß der Lebensstandard und der private Konsum in den letzten zehn Jahren wesentlich stärker gestiegen sind als in der Zeit der ÖVP-Regierung. Das ist eindeutig festzuhalten. (*Bundesrat Ing. Nigl: Der Standard ist schon gestiegen, aber das Zahlen ist schwieriger!*)

Gegen das Konferenzzentrum, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind Sie jetzt zwangsläufig, weil Ihnen der Herr Politdirektor im Nacken sitzt und Sie zu einer Polemik gegen die SPÖ-Regierung aufstacheln will. Für das Konferenzzentrum waren 1966 bis

1970 die gesamte ÖVP-Regierung und der Bundeskanzler Klaus, alle Außenminister der Zweiten Republik von Tončić über Kreisky, Kirchschläger, Pahr, Bielka und der heimgekehrte Generalsekretär Waldheim.

Und zu unserem Bundespräsidenten möchte ich sagen — Sie werden es ja hoffentlich in Ihrer eigenen Zeitung gelesen haben —, daß er in einem Interview in der „Tiroler Tageszeitung“ gestern bekräftigt hat, daß er es für notwendig hält — er weiß das, er war auch Außenminister, er war lange im diplomatischen Dienst —, daß das Konferenzzentrum wie vorgeschlagen, wie geplant, wie gemeinsam beschlossen gebaut wird.

1972 waren 79 ÖVP-Abgeordnete im Parlament für das gemeinsame Gesetz, 1975 hat Ihr Sprecher Dr. König in einer Aussendung bedauernd erklärt, daß das Konferenzzentrum nicht gebaut wird. Also er war auch damals dafür.

Über die Finanzierung habe ich kurz gesprochen. Wichtig ist für uns Sozialisten, daß der Beginn des Baues vom Konferenzzentrum eine sofortige arbeitsmarktfördernde Wirkung zeigen wird und daß nicht nur Wiener, sondern auch Arbeiter aus Niederösterreich, dem Burgenland und der Steiermark hier Beschäftigung finden werden.

Sie reden davon, daß wir bauen und daß Generationen damit belastet sind. Ich möchte Sie aber daran erinnern, daß unser Konferenzzentrum und der Plan, Wien zur dritten UNO-Stadt zu machen, den kommenden Generationen nicht allein Geld kosten wird, weil sie noch die Schulden aus ihren Steuern mitzahlen, sondern daß sie ihnen die Sicherheit mit garantieren. Denn was nützen uns Arbeitsplätze, was nützen uns weniger Schulden, wenn wir in einer Welt leben, die eventuell Österreich bedrohlicher wird als derzeit?

Wir sind überzeugt, und da sind wir immer einer Meinung gewesen, daß die gemeinsame neutrale Außenpolitik getragen sein muß von den Bemühungen um die Sicherheit Österreichs durch internationale Garantie und daß wir uns nicht aus eigener Kraft schützen könnten, sondern daß wir die internationale Hilfe brauchen.

Jeder, der an großen Konferenzen im Ausland teilgenommen hat, weiß: Es wird wahnsinnig viel geredet. Aber etwas, was bleibt, ist doch der Kontakt mit dem Vertreter eines anderen Landes. Man lernt sich kennen, man lernt sich besser verstehen, und das ist dann irgendwo eine Entscheidung, von der dieses Land mitbetroffen ist, so fällt einem unwillkürlich die Begegnung mit diesem Vertreter

15690

Bundesrat — 418. Sitzung — 28. Jänner 1982

**Dr. Anna Demuth**

ein, und man urteilt anders, man ist toleranter zueinander. Das ist ja schließlich, glaube ich, das Geheimnis, daß die UNO heute noch wirkungsvoll, für manche natürlich zuwenig wirkungsvoll, ihre Tätigkeit ausübt. (*Bundesrat Ing. Nigl: Mit einem Wort: Man hat mehr Demut vor dem anderen!*)

Die Gretchenfragen an die ÖVP-Ablehner: Wollen Sie wirklich, daß wir in einen internationalen Dornröschenschlaf versinken, daß wir weniger bedeuten als bisher? Oder wollen Sie, daß wir weiter jener Ort der Begegnung bleiben, den wir vor allem unserer großen Popularität, unserer Außenpolitik und nicht zuletzt auch unserem Bundeskanzler zu verdanken haben?

Ich darf Ihnen versichern, daß wir unseren Beschlüssen treu bleiben und daß wir die Arbeiten, die wir uns vorgenommen haben, beginnen werden. Wir wissen, daß Sie nur dem radikalen Druck der Verbalriesen Bergmann — er war kurz hier und hat die Redner auch informiert — und Steinbauer nachgeben und sich, sehr kleinkariert, muß ich sagen, ins Schmollwinkerl stellen. Der Höhepunkt der Geschmacklosigkeit war ja wohl die Äußerung des Abgeordneten Bergmann über unseren Bundeskanzler.

Ich kann dazu nur sagen: Ich verstehe, daß Sie den politischen Gegner angreifen. Aber ich könnte Ihnen eine Reihe von Persönlichkeiten aus Ihren Reihen nennen, die sagen: Schaut doch, daß der Bundeskanzler nicht so viel arbeitet, damit er lange gesund bleibt, denn er ist der beste Mann in Österreich. (*Beifall bei der SPÖ. — Bundesrat Pumpernig: Dann sollt ihr ihn nicht überfordern!*)

Wir haben mit Ihnen die UNO-City und das Konferenzzentrum beschlossen, wir bleiben dabei, es wird demnach gebaut. Wir hoffen, daß sich Wien als dritte UNO-Stadt voll etabliert, daß wir weiter Mittelpunkt großer Konferenzen sind und daß wir in diesem Sinne weiter dazu beitragen, daß wir die Entwicklung in einer friedlichen Welt und vor allem die Sicherheit unserer Grenzen in diesem Sinne gewährleisten. (*Beifall bei der SPÖ.*)

**Vorsitzender-Stellvertreter Dr. Schambeck:** Zum Wort hat sich weiter gemeldet Herr Bundesrat Dr. Frauscher. Ich erteile es ihm.

**Bundesrat Dr. Frauscher (ÖVP):** Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Bundesminister! Hoher Bundesrat! Die Anfragebeantwortung des Herrn Bundesministers und auch die Ausführungen meiner sehr geehrten Frau Vorrednerin haben eines deutlich gezeigt: daß die Parteidisziplin in der sozialistischen Frak-

tion funktioniert (*Bundesrat Dr. Anna Demuth: Gott sei Dank!*) und daß sich niemand mehr sachliche Argumente zu bringen getraut, nachdem der Vorsitzende der Partei seinen Entschluß bekanntgegeben hat. Kreisky: Locuta causa finita! Die Debatte wird abgeschlossen, man ist sachlichen Argumenten nicht mehr zugänglich. (*Zustimmung bei der ÖVP. — Zwischenruf des Bundesrates Dr. Anna Demuth. — Der Vorsitzende übernimmt die Verhandlungsleitung.*)

Daß das für die Demokratie günstig ist, das, glaube ich, bezweifle nicht nur ich allein. (*Ruf bei der SPÖ: Das tät ich mich selber fragen, wenn ich jedem Pfiff vom Bergmann nachlaufen täte so wie Sie, mein Herr Kollege!*)

Meine Frau Vorrednerin hat sich sehr ausführlich mit dem Zustandekommen der Beschlüsse für den Bau der UNO-City und des Konferenzzentrums befaßt, und wir sind ihr sehr dankbar, daß sie die Rolle der Volkspartei sosehr klargestellt hat, die dazu geführt hat, daß Wien ein drittes Zentrum der UNO geworden ist. (*Bundesrat Schipani: Damals haben Sie noch Leute gehabt, die nachdenken können! — Gegenruf bei der ÖVP.*)

Zur Frage des Umbaus des Messepalastes werde ich noch kommen. Eines möchte ich jedoch sogleich beantworten, nämlich die Meinung der Frau Vorrednerin, daß Österreich wortbrüchig würde (*Bundesrat Dr. Anna Demuth: No na!*), wenn nun dieses Konferenzzentrum nicht gebaut würde.

Ich möchte Sie da auf ein Interview verweisen, das der damalige Generalsekretär Waldheim (*Bundesrat Dr. Bösch: Der heute noch für das Konferenzzentrum ist!*) der „Wochenpresse“ im Feber 1981 gegeben hat und wo er erklärt hat: Auf den Bau bei der UNO-City zu bestehen, haben wir überhaupt kein Recht, die Entscheidung liegt ausschließlich in den Händen Österreichs (*Bundesrat Dr. Bösch: Ein Steher!*), weil es ja auch die Kosten tragen müßte. — Und falls sich Österreich aus finanziellen Gründen entscheiden sollte, den Bau des geplanten Konferenzzentrums vorerst zu verschieben, so hätte Waldheim dafür vollstes Verständnis, heißt es in dem Bericht.

Wir werden Österreich keinesfalls unter Druck setzen, das Land war schon bisher außerordentlich großzügig beim Aufbau des Komplexes im Donaupark, hat Waldheim damals gesagt (*Ruf bei der SPÖ: Er hat auch noch etwas anderes gesagt!*), und heute wird es so dargestellt, als hätte ein Abzug von Sekretariaten gedroht oder der Umstand, daß

**Dr. Frauscher**

die UNO sich weigern würde, Sekretariate nach Wien zu verlegen. Das alles stimmt ja nicht, und ich möchte das daher eindeutig zurückweisen.

Wir waren auch mit der Anfragebeantwortung des Herrn Bundesministers nicht zufrieden. (*Ironische Heiterkeit des Bundesrates Schipani. — Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Anfang Jänner konnte man in den „Salzburger Nachrichten“ lesen, der Herr Bundesminister habe erklärt, die Bauverhandlung finde demnächst statt, und die Finanzierung sei als durchaus gesichert zu betrachten. Ein paar Wochen später ist der Herr Bundesminister jedoch nicht in der Lage (*Bundesminister Dr. Salcher: Gesetz!*), uns Einzelheiten über die geplante Finanzierung zu sagen. (*Bundesrat Dr. Bösch: Auch gar nicht notwendig! Laut Gesetz!*)

Ich glaube, das zeigt sehr deutlich, wie oberflächlich diese ganze Sache von der Bundesregierung behandelt wird. Wichtig ist anscheinend nur eines gewesen: in der Öffentlichkeit den Anschein zu erwecken, von den Arabern bekomme man nun auf Grund der Verhandlungen des Herrn Bundeskanzlers billiges Geld, und damit sei das Problem auch schon gelöst.

Genauso oberflächlich werden alle anderen Fragen im Zusammenhang mit dem Projekt behandelt, sodaß man den Eindruck gewinnen muß, hier geht es ja gar nicht darum, sachlich in dieser Frage zu argumentieren. Der SPÖ geht es darum, Tatsachen zu verschleiern, damit die Bevölkerung gar nicht darauf kommt, welcher Unsinn mit dem Bau dieses Konferenzpalastes in der UNO-City geschieht. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Der ÖVP wirft man Gesinnungswandel vor. Damit hat sich mein Kollege Dr. Stummvoll schon befaßt. (*Bundesrat Schipani: Kindesweglegung!*) Anscheinend hat meine Frau Vorrednerin aber da nicht aufgepaßt.

Die Verantwortlichen der SPÖ haben ihre Meinung innerhalb von Monaten geändert.

Ich darf Sie daran erinnern, daß der Herr Bürgermeister Gratz laut „Rathauskorrespondenz“ vom 18. November erklärt hat: Der Aufschub des Konferenzzentrums gilt jedenfalls bis zum Ablauf der Legislaturperiode im Jahr 1983.

Vor der Volksbefragung gab es ein SPÖ-Plakat, da hieß es: Bundeskanzler Kreisky und Bürgermeister Gratz haben bereits verbindlich erklärt, das UNO-Konferenzzentrum wird erst gebaut, wenn wir es uns in wirtschaftlich günstigeren Zeiten als diesen leisten können.

So schaut also eine verbindliche Aussage des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Bürgermeisters Gratz aus. (*Zwischenruf.*)

Daß es für das Konferenzzentrum in der UNO-City eine ernsthafte und unseres Erachtens nach vollwertige Alternative gibt, die von der Volkspartei vertreten wird und für die sich auch der Herr Bautenminister Sekanina eingesetzt hat, darüber will man am liebsten nicht reden. Und einer der sozialistischen Redner äußerte vergangene Woche in der Debatte im Nationalrat sogar die Befürchtung, Wien werde seine Stellung als dritte UNO-Stadt verlieren, wenn man auf den Bau dieses Konferenzzentrums verzichte.

Wie schauen nun die Dinge wirklich aus? Wien verfügt doch mit der Hofburg über ein international beliebtes Kongreßzentrum. (*Zwischenrufe des Bundesrates Dr. Anna Demuth.*) Ich räume ein, daß dieses nur für 1 200 Personen ausreicht. Es hat aber der Herr Bautenminister Sekanina vor etwa einem Jahr erklärt, mit einem Aufwand von nur 33 Millionen Schilling könne dieses Zentrum adaptiert und den modernsten Anforderungen entsprechend gestaltet werden. (*Bundesminister Dr. Salcher: Der ist ja gedeckt! — Zwischenruf bei der SPÖ.*) Und weil eben im Konferenzzentrum in der Hofburg nicht genügend Platz ist, wurde der Vorschlag unterbreitet, dazu den Messepalast zu adaptieren, und nicht mit einem Saal wiederum nur für 1 200 Personen, sondern mit einem Saal für 3 000 Teilnehmer, einem weiteren Saal für 1 200 und einem weiteren für 700 Teilnehmer.

Ich glaube, das muß man hier eindeutig klarstellen, damit man die Bedeutung dieses Alternativprojektes erfassen kann.

Bei der Unterbringung von Konferenzen in der Hofburg oder im umgebauten Messepalast würde auch die gesamte Infrastruktur der Innenstadt zur Verfügung stehen, und ich glaube ja nicht, daß die Konferenztteilnehmer nach Wien kommen, damit sie dann irgendwo an der Peripherie an einer Konferenz teilnehmen, wobei man sie vielleicht dann von den Hotels in der Innenstadt hinausführen muß oder wobei man draußen neue Hotels errichten muß, sodaß sie auf dem Flughafen Wien ankommen, zum Hotel neben dem Konferenzzentrum fahren, an der Konferenz teilnehmen, und dann fahren sie wieder zum Flughafen und fliegen nach Hause. Die Teilnehmer an solchen internationalen Konferenzen kommen ja nach Wien und wollen in der Innenstadt die Veranstaltung haben und nicht draußen an der Peripherie. (*Bundesrat Schipani: ... Stephansturm und bauen dorthin!*)

15692

Bundesrat — 418. Sitzung — 28. Jänner 1982

**Dr. Frauscher**

Außerdem muß man doch das eine auch bedenken, daß in der Hofburg heute 50 Prozent der Veranstaltungen UN-Konferenzen oder Tagungen von UN-Organisationen sind, und wenn diese dann höchstwahrscheinlich großteils in das neue Zentrum übersiedeln würden, dann wäre es in der Hofburg auch vorbei mit der positiven Gebarung. (*Bundesrat Schipani: Dort war noch keine Konferenz...)* Dann hat man dort ein neues Verlustzentrum.

Wenn man nämlich ins Ausland schaut, ganz gleichgültig wohin, ob nach Hamburg, Berlin, Genf oder Belgrad, dann sieht man überall, daß diese Konferenzzentren sehr schlecht ausgelastet sind. (*Ruf bei der SPÖ: Keine UNO-Städte!*) Die Tendenz zu solchen internationalen Großkonferenzen ist eindeutig rückläufig, und es ist auch bezeichnend: In dem Interview hat der Reporter den Generalsekretär auch gefragt, welche großen Konferenzen es denn in letzter Zeit gegeben hat. Waldheim mußte einige Momente lang nachdenken. Etliche, meinte er, auswendig fallen ihm aber nur die Konferenz über den Status der Frauen und die Seerechtskonferenz ein. (*Zwischenrufe des Bundesrates Dr. Anna Demuth.*)

Es liegt also, glaube ich, auf der Hand, daß die Zahl dieser internationalen Großkonferenz zurückgeht, denn das ist ja auch alles eine Finanzierungsfrage, und die Finanzprobleme sind ja heute international.

Der Verantwortliche Kongresssekretär der UNO Lewandowsky hat vor einem Jahr erklärt, die UNO brauche einen Saal für 2 500 Personen und zwei weitere kleine Säle mit je 500 Plätzen. Das alles will man aber nicht zur Kenntnis nehmen.

Man denkt auch nicht an die Folgekosten eines solches Neubaues. Auf alle Fälle hat aber das Zentrum in Berlin schon vor Jahren eine Subvention von 55 Millionen D-Mark pro Jahr, also etwa 390 Millionen Schilling, für die Abdeckung der Betriebskosten gebraucht.

Es ist traurig, daß man über diese Alternative zum Konferenzzentrum in der UNO-City nicht sachlich diskutieren kann, wie sich auch heute wieder gezeigt hat. Dabei ist die Begründung für den Neubau, daß damit 4 000 Arbeitsplätze geschaffen würden, einfach unhaltbar. Ich glaube, daß Ihnen dazu mein Kollege Dr. Stummvoll sehr eindrucksvolle Angaben gemacht hat.

Wenn Sie schon auf die Opposition nicht hören wollen, dann sage ich Ihnen, hören Sie wenigstens auf das Urteil unabhängiger Fachleute, die das gleiche sagen.

Ich will nicht auf Einzelheiten eingehen, aber eines muß ich schon feststellen: Gerade wegen der Dringlichkeit der Arbeitsbeschaffung, die heute in Österreich bei 150 000 oder 160 000 Arbeitslosen gegeben ist, ist die Entscheidung für den Bau des Konferenzzentrums in der UNO-City verfehlt und gegen die Interessen der Arbeitsuchenden.

In der heutigen Lage muß um jeden einzelnen Arbeitsplatz gerungen werden. Und bei jeder Investition, bei jedem Schilling, den man für Arbeitsbeschaffung ausgibt, muß man genauest untersuchen, ob die größtmögliche Wirkung damit erreicht wird (*Beifall bei der ÖVP*) oder ob man sich nicht in ein Projekt verrennt, das nur wenige Arbeitsplätze schafft, wogegen mit einer anderen Maßnahme viel mehr zu erreichen wäre. Was die Regierung hier tut, ist verantwortungslos im höchsten Maß. Denn mit den für das neue Konferenzzentrum vorgesehenen Geldern könnte man bei einem Einsatz für die Förderung von Klein- und Mittelbetrieben, insbesondere für Wohnungsbau, Stadtneuerung, Althaussanierung, ein vielfaches an Arbeitsplätzen schaffen. Das wollen die Verantwortlichen in der SPÖ jedoch nicht einsehen, obwohl eigentlich der gesunde Hausverstand ausreichen müßte, um einzusehen, daß eine Großbaustelle eine Baustelle für Maschinen und nicht für Menschen ist. Und ich glaube auch gar nicht, daß dieser gesunde Hausverstand nicht vorhanden ist.

Ich fürchte vielmehr, daß die Einsichtigen in der SPÖ eben nicht mehr den Mut haben, gegen den Herrn Vorsitzenden, wenn der einmal entschieden hat, aufzutreten und daß sie sich nicht durchsetzen können.

Auch der Herr Bautenminister konnte sich nicht mehr durchsetzen, wie so oft. Der Herr Bautenminister müßte sehr wohl wissen, daß man den Neubau des Konferenzzentrums nicht braucht, um die Bauwirtschaft anzukurbeln. Er hat Sorgen genug mit der Finanzierung von Bundesbauten, deren Fertigstellung jahrelang verzögert wird, weil einfach kein Geld da ist.

Im „profil“ am 25. Jänner gibt es zu dieser Problematik einen ausführlichen Bericht, man kann da lesen: Bei ungefähr fünf Dutzend Schulen in ganz Österreich sind die Fensterrahmen total vermorsch, die Heizungen und Installationen in einem desolaten Zustand oder die Innenausstattung menschenunwürdig veraltet. Ein Neubau ist daher unerlässlich. (*Bundesrat Dr. Anna Demuth: Das haben wir von der ÖVP übernommen!*) 43 dieser Schulen mit einem noch offenen Restinvestitionswert von 1½ Milliarden Schilling

**Dr. Frauscher**

wurden bereits begonnen, können aber nicht fertiggestellt werden, weil für 1982 lediglich ein Betrag von 144 Millionen Schilling für deren Weiterbau zur Verfügung steht. Ich erinnere, bei einem Restinvestitionsvolumen von 1½ Milliarden Schilling, wenn man so weiter tut, dauert das zehn Jahre, ich weiß nicht, ob man das als langfristige Arbeitsbeschaffung dann verkaufen will.

Nicht viel besser sieht es auf dem Sektor des Hochschulbaues aus. 21 Hochschulbauten wurden bereits begonnen, können aber trotz teilweise schon überlanger Bauzeit auch heuer nicht fertiggestellt werden, weil nur 594 Millionen zur Verfügung stehen. Ich glaube, jeder, der einmal mit einem Bau etwas zu tun gehabt hat, weiß, wie schwierig das ist und welche Mehrkosten entstehen, wenn ein Bau sich jahrelang hinzieht und nicht zügig fertiggestellt wird.

Herr Kollege Raab hat ja schon hingewiesen auf den teilweise äußerst desolaten Zustand der Kasernen. Auch dazu heißt es in diesem „profil“-Bericht: Wer den Zustand der österreichischen Bundesheerkasernen kennt, weiß, wieviel es geschlagen hat. Den frisch eingerückten Jungmännern vergeht nicht selten angesichts der Unterkunftsruinen die Lust weiterzudienen. Das Bautenministerium hat daher mit der Errichtung von 25 Landesverteidigungsbauten schon begonnen und muß deren dringend erforderliche Fertigstellung auf den St. Nimmerleinstag verschieben. Im heurigen Hochbaubudget sind Bauraten von insgesamt nur 282 Millionen Schilling vorgesehen.

Meine Damen und Herren! So ähnlich schaut es bei allen anderen Hochbauten des Bundes aus. Und es wäre interessant zu untersuchen, welche Auswirkungen es auf die Beschäftigung im Baugewerbe und Baubewerbe hätte, wenn der Bund in der Lage wäre, alle diese im Bau befindlichen Bauten zügig fertigzustellen. Aber für den Herrn Bundeskanzler sind solche Überlegungen anscheinend zu kompliziert, er bevorzugt Großprojekte, wie das AKH, wie er sich seinerzeit für die Fabrik von General Motors eingesetzt hat, wo man 3 Milliarden, 3 000 Millionen Schilling übrig gehabt hat, um dort 3 000 Arbeitsplätze zu schaffen, um das vereinfacht zu formulieren. Ich glaube, damit zeigt sich deutlich, daß die Regierung niemals in der Lage ist für 150 000 oder 160 000 Arbeitsuchende die Arbeitsplätze zu schaffen (*Bundesrat Berger: Für 400 000 haben wir Arbeitsplätze geschaffen!*), denn dazu wären dann 150 000 oder 160 000 Millionen Schilling notwendig. Der Herr Finanzminister, glaube ich, ist froh,

wenn er überhaupt ein paar Milliarden zusätzlich für Arbeitsbeschaffung heute noch aufbringen kann. Damit kann man das Beschäftigungsproblem nicht lösen, es ist dies ein Irrweg, vor dem wir immer schon gewarnt haben.

Die Arbeitsplätze sichert man nicht durch Großprojekte, sondern nur durch eine breit angelegte Wirtschaftsförderung. Aber für Klein- und Mittelbetriebe haben Sie nie etwas übrig gehabt. Und wenn sich der Herr Bundeskanzler in eine Sache verrennt, ist mit Sachargumenten nichts mehr auszurichten. Das ist sehr bedauerlich und schädlich für die Demokratie, wie ich schon gesagt habe.

Ebenso traurig ist aber auch die Einstellung der Sozialistischen Partei zur direkten Demokratie, wie es am Beispiel Konferenzzentrum in den letzten Monaten offensichtlich wurde, in ihrer ganzen Haltung zur Volksbefragung in Wien, bei der Verhinderung der Volksabstimmung und schließlich jetzt in ihrer Einstellung zum Volksbegehren. Ich möchte nicht mehr wiederholen, was mein Kollege Weiss schon gesagt hat, aber es ist erschütternd, wie sich der Herr Bundeskanzler zu diesem Volksbegehren geäußert hat.

Anfangs der siebziger Jahre sind Sie angereten mit dem großartigen Versprechen einer Demokratisierung aller Lebensbereiche. (*Bundesrat Steine: Haben wir auch gehalten!*) In Ihrem Parteiprogramm setzen Sie sich für einen Ausbau der direkten Demokratie ein. Tatsächlich ist es im vergangenen Jahr zu einer Erleichterung für die Durchführung eines Volksbegehrens gekommen, indem die notwendige Stimmenzahl von 200 000 auf 100 000 herabgesetzt wurde.

In der Regierungserklärung 1979 hat der Herr Bundeskanzler gesagt: „Der Ausbau der direkten Demokratie ist eine der Maßnahmen, mit denen die Mitwirkungsrechte des Staatsbürgers erweitert werden sollen.“

Damit soll die parlamentarische Demokratie, auf deren Boden wir unverrückbar bleiben, durch verstärkte Elemente der direkten Demokratie sinnvoll ergänzt werden. Es erscheint uns aber gleichzeitig von großer Bedeutung für die Demokratisierung unserer Gesellschaft, daß sich die Demokratie nicht nur durch Abstimmungen und Wahlen manifestiert, sondern auch durch ein ständig wachsendes Recht auf Information, Mitsprache und Mitbestimmung.“

Ich werde auf diese Äußerung des Herrn Bundeskanzlers in der Regierungserklärung noch zurückkommen.

15694

Bundesrat — 418. Sitzung — 28. Jänner 1982

**Dr. Frauscher**

In Wirklichkeit schaut es nämlich ganz anders aus, man sieht, daß alles das graue Theorie ist, in der Praxis verhalten Sie sich ganz anders.

Als in Wien die von der Volkspartei verlangte Volksbefragung bevorstand, hat der Herr Klubobmann Dr. Fischer erklärt, das Ergebnis der Volksbefragung sei für das Parlament ohne Interesse. Man hat sich auch im übrigen bemüht, mit allen Mitteln die Beteiligung an dieser Volksbefragung niedrig zu halten. Trotzdem haben sich 186 000 Wienerinnen und Wiener daran beteiligt. 90 Prozent lehnten den Konferenzpalast in der UNO-City ab und traten für ein Konferenzzentrum in der Innenstadt ein. Es gab hämische Bemerkungen von Ihrer Seite über die geringe Zahl der Teilnehmer. Und diese hämischen Bemerkungen sind erst verstummt, als einige Wochen später bei der Volksbefragung der Gemeinde Wien und der Bürgerinitiative gegen die Verbauung der Steinhof-Gründe, als alle Mittel eingesetzt wurden, um eine hohe Beteiligung zu erreichen — wunderschöne Plakate mit dem Bürgermeister hat es da gegeben, ein anderes Plakat habe ich schon zitiert —, ist es nur zu einer Beteiligung von 268 000 Teilnahmeberechtigten gekommen, die außerdem dem Bürgermeister Gratz eine gewaltige Abfuhr erteilt haben.

Zur SPÖ-Frage nach der Verbauung der Steinhof-Gründe gab es genau 132 407 Neinstimmen, 50,7 Prozent, und der Herr Bürgermeister Gratz hat sich beeilt, zu versichern, die Steinhofgründe würden nicht verbaut werden. Gegen den Neubau der UNO-City haben immerhin 90 Prozent dieser 186 000 Wienerinnen und Wiener gestimmt, und deren Votum wurde einfach ignoriert. (*Bundesrat Schipani: Sagen Sie, daß es 10 Prozent der Wiener sind und nicht mehr!*) Ein eigenartiges Demokratieverständnis, muß man schon sagen.

Als die ÖVP in der Folge ankündigte, sie werde eine Volksabstimmung verlangen, wurde behauptet, eine solche sei gar nicht möglich, das Gesetz sei ja schon 1979 beschlossen worden, und man habe es eben versäumt, damals eine Volksabstimmung zu verlangen. Verschwiegen wurde dabei, daß seit April 1981 ein Initiativantrag der Volkspartei über ein Konferenzzentrum-Einsparungsgesetz im Nationalrat lag, mit dem praktisch die Aufhebung des Baubeschlusses verlangt wurde. Dieser Antrag wurde im Ausschuß zuerst einmal überhaupt nicht behandelt. Eine typische Taktik der SPÖ-Fraktion.

Eine Behandlung wurde erst erreicht, nachdem man eine Fristsetzung zur Behandlung

im Finanz- und Budgetausschuß am 15. Oktober verlangt hat.

Im Ausschuß hat jedoch dann die sozialistische Mehrheit den Antrag einfach niedergestimmt und einen negativen Bericht an das Plenum erstattet, sodaß dort über den Gesetzesantrag nicht mehr abgestimmt werden konnte und ein Antrag über die Abhaltung einer Volksabstimmung auch gar nicht mehr möglich gewesen ist. Das ist eine äußerst bedenkliche Vorgangsweise, die dazu führen könnte, daß bei unterschiedlicher Zusammensetzung von Ausschuß und Plenum es sogar einer Mehrheit unmöglich gemacht werden könnte, eine Volksabstimmung zu verlangen.

Wir sind daher der Meinung, daß ein Gesetzesantrag auf jeden Fall auf die Tagesordnung gehört, um eine Abstimmung darüber und das Verlangen einer Volksabstimmung zu ermöglichen. Nachdem allerdings durch diesen Geschäftsordnungstrick die Volksabstimmung verhindert worden war, kündigte die Volkspartei ein Volksbegehren an, um der Bevölkerung doch noch die Möglichkeit zu geben, ihre Meinung zu äußern, nachdem dies von der SPÖ trotz Beteuerungen in der Regierungserklärung, für mehr Mitbestimmung einzutreten, verhindert worden war.

Kaum war das Volksbegehren angekündigt, äußerten sich auch bereits der Herr Vizekanzler Dr. Sinowatz und der Herr Dozent Fischer: Gleichgültig wie dieses Volksbegehren ausgehen würde, gebaut werde auf jeden Fall.

Gleichzeitig bemüht man sich, die Dinge so hinzustellen, als sei die Stellung Wiens als UNO-Stadt in Gefahr. Man verschweigt einfach, daß es ja zum Kongreßpalast in der UNO-City eine vollwertige Alternative mit Hofburg und Messepalast gibt, und bezeichnet den Ausbau des Messegeländes als unausgegoren und nicht genügend durchdacht, obwohl dieses Projekt vom eigenen Bauenminister unterstützt wird. Man macht unrichtige Angaben über die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Man verschweigt, daß keinerlei rechtliche Verpflichtung Österreichs besteht, den Neubau in der UNO-City zu errichten, wie Generalsekretär Waldheim — ich habe das schon ausgeführt — vergangenes Jahr festgestellt hat. Man versucht jetzt wieder die Haltung Waldheims so darzustellen, als ob er für das Konferenzzentrum in der UNO-City eintrete. In Wirklichkeit hat er nur gesagt, daß es für Wien zweckmäßig sei, über entsprechende Konferenzeinrichtungen zu verfügen. Er hat sich aber auf keinen Standort festgelegt.

Man beklagt, daß bei Einstellung des Baues Planungskosten verloren seien und auch

**Dr. Frauscher**

Kosten für Vertragsauflösungen anfallen würden. Kein Wort wird jedoch über die Folgekosten des Neubaues verloren, obwohl man weiß, daß für das Kongreßzentrum in Berlin jährlich 390 Millionen Schilling für die Betriebskosten notwendig sind; daß ferner das Zentrum in der Hofburg heute positiv arbeitet, daß aber bei Wegfall der bisherigen UNO-Veranstaltungen, die in der Hofburg abgehalten wurden, auch dort mit Verlusten zu rechnen ist, daß man dann aus einem Verlustzentrum gleich zwei macht.

Über die Finanzierung besteht auch heute noch keine Klarheit. Dem Volk wird jedoch die Sache so dargestellt, als würde man mit billigem arabischem Geld bauen können. Bis her habe ich nichts davon gehört, daß die Araber bei ihren Kreditkonditionen Geschenke verteilen.

In Wahrheit werden die österreichischen Steuerzahler diesen Konferenzpalast und seine Folgekosten Schilling für Schilling zu bezahlen haben (*Bundesrat Schipani: So wie beim Salzburger Festspielhaus, ganz genauso!*), und ob dabei der Bund die Kredite aufnimmt, ob eine Finanzierungsgesellschaft dies tut oder ob überhaupt ausländische Financiers diesen Bau errichten und wir dann auf Raten diesen Bau erwerben, das spielt für den Steuerzahler überhaupt keine Rolle. Für den Herrn Finanzminister allerdings schon, denn er müßte ja bei einer Finanzierung über das Budget das Geld erst auftreiben, und da tut er sich heute schon schwer, und außerdem würde der Schuldenstand — der offen ausgewiesene Schuldenstand des Bundes — wieder erhöht werden, und die sozialistischen Finanzminister sind ja Meister in der Verschleierung der tatsächlichen Bundesschulden. (*Bundesrat Schipani: Das ist eine Frechheit! Weil ihr nicht lesen könnt, sind die anderen Meister im Verschleiern!*)

Wir bleiben daher bei unserer Meinung, daß mit Rücksicht auf den Steuerzahler der Einsatz der Mittel so erfolgen muß, daß die größtmögliche Wirkung erreicht wird, alles andere ist verantwortungslos. Aus diesem Grund bringe ich abschließend einen Entschließungsantrag der Bundesräte Dr. Frauscher, Weiss, Dr. Stummvoll, Raab und Genossen ein betreffend Verzicht auf den Bau des zusätzlichen Konferenzzentrums bei der UNO-City. Ich bitte, den vollen Wortlaut durch den Schriftführer verlesen zu lassen.

Der Entschließungsantrag lautet:

Der Bundesrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, auf den Bau des zusätzlichen Konferenzzentrums

bei der UNO-City zu verzichten, um die dadurch eingesparten Steuergelder für die Arbeitsplatzsicherung in den Klein- und Mittelbetrieben, insbesondere für den Wohnbau und die Stadterneuerung, zu verwenden.

(Beifall bei der ÖVP.)

**Vorsitzender:** Ich möchte den Redner aufmerksam machen, wenn Sie nicht die Begründung selbst verlesen, wird sie von der Frau Schriftführerin nicht verlesen.

Ich gebe Ihnen daher noch genügend Zeit, den ganzen Antrag zu verlesen.

**Bundesrat Dr. Frauscher (fortsetzend):** Wir sind ja charmant. Ich habe gar nicht beachtet, daß eine Schriftführerin da herumsitzt, der wollen wir nicht die Arbeit auflasten.

**Entschließungsantrag**

der Bundesräte Dr. Frauscher, Weiss, Dr. Stummvoll, Raab und Genossen betreffend Verzicht auf den Bau des zusätzlichen Konferenzzentrums bei der UNO-City.

Im Jahre 1979 wurde die 2. IAKW-Finanzierungsgesetznovelle gegen die Stimmen der Österreichischen Volkspartei beschlossen, die die Finanzierung des Baus des zusätzlichen Konferenzzentrums bei der UNO-City ermöglichte. Angesichts der Schwierigkeiten, in die die österreichische Wirtschaft im Laufe des Jahres 1980 und des Jahres 1981 gekommen ist, bekämpfte die Österreichische Volkspartei weiterhin den Baubeschluß für dieses Konferenzzentrum und fand Zustimmung dafür bei vielen prominenten Sozialisten. So sprach sich Bautenminister Sekanina am 16. 1. 1981 im Rechnungshofausschuß für den Ausbau der Hofburg aus. Als Alternativlösung für den Bau des Konferenzzentrums bei der UNO-City schlug die Österreichische Volkspartei den Ausbau von Hofburg und Messepalast zu einem Konferenzzentrum vor, das den Vorteil hätte, den Besuchern die innerstädtische Infrastruktur bieten zu können und darüber hinaus billiger wäre als der Neubau bei der UNO-City, der mindestens 7,5 Milliarden Schilling erfordern wird.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1981 und die augenscheinliche Tatsache, daß es vernünftigere Investitionen in Österreich zu tätigen gibt, als ein Konferenzzentrum zu bauen, führten dazu, daß die Bundesregierung dieses Projekt aufschob. So sagte laut Wiener Zeitung vom 10. April 1981 Finanzminister Dr. Herbert Salcher:

„Das Projekt ist bis 1986 aufgeschoben,

15696

Bundesrat — 418. Sitzung — 28. Jänner 1982

**Dr. Frauscher**

erst die nächste Regierung wird über das weitere Schicksal der UNO-City endgültig entscheiden.“ Ebenso erklärte Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky am 1. April 1981, „daß die Bundesregierung bei den Ausgaben des Budgets 1982 sparen wolle; dieses große Sparprogramm bedeute auch die Rückstellung des Baus des Wiener Konferenzzentrums.“

Trotz der damals gezeigten Bereitschaft der Bundesregierung, den Bau des Konferenzzentrums bei der UNO-City zunächst aufzuschieben, initiierte die Österreichische Volkspartei in Wien eine Volksbefragung zu diesem Thema, wobei fast 90 Prozent an dieser Volksbefragung Teilnehmenden sich gegen dieses Projekt aussprachen. Anlässlich dieses Ergebnisses erklärte Bürgermeister Gratz, daß der Aufschub des Baues des Konferenzzentrums jedenfalls bis zum Ablauf der Legislaturperiode im Jahre 1983 gelte.

Umso überraschender war es, daß die Regierungsklausur vom 11. Jänner 1982 den sofortigen Weiterbau beschloß.

Nach Auffassung der Österreichischen Volkspartei kann diese Entscheidung der Bundesregierung nicht hingenommen werden, weil

90 Prozent der Teilnehmer an der Wiener Volksbefragung gegen den UN-Konferenzpalast gestimmt haben;

es sinnvoller, billiger, repräsentativer und günstiger ist, den von Bautenminister Sekanina geplanten Ausbau der Hofburg und des Messepalastes durchzuführen;

es keine Verpflichtung für Österreich gibt, dieses Konferenzzentrum zu errichten;

die Zeit der Großkongresse lange vorbei ist;

ein Drittel der Kosten (7,5 Milliarden Schilling) für Zinsen und Zinseszinsen aufgeht;

nur eine Milliarde von 7,5 Milliarden Schilling der notleidenden Bauwirtschaft zugute kommt;

damit nicht Tausende, sondern nur 300 bis 500 Arbeitsplätze geschaffen werden können;

mit demselben Geld 15 000 bis 20 000 neue Dauerarbeitsplätze geschaffen werden könnten.

Darüber hinaus stellt der Bau des zusätzlichen Konferenzzentrums bei der UNO-City eine Mißachtung der Demokratie dar,

weil sich am 15., 16. und 17. November 1981 164 227 Wienerinnen und Wiener, das waren 89,7 Prozent, gegen den Bau ausgesprochen haben und weil die sozialistische Mehrheit im Nationalrat eine gesamtösterreichische Volksabstimmung über dieses Thema brutal verhindert hat.

Nachdem die sozialistische Mehrheit im Nationalrat auch einen Entschließungsantrag der ÖVP auf Verzicht des Baues des Konferenzzentrums bei der UNO-City abgelehnt und die sozialistische Nationalratsmehrheit an diesem Projekt damit festgehalten hat, ist es nunmehr Aufgabe der Länderkammer, alles zu unternehmen, um sicherzustellen, daß die für diesen Bau notwendigen Mittel sinnvoller bei Projekten in ganz Österreich eingesetzt werden können.

Angesichts der Tatsache, daß sowohl wirtschaftliche als auch demokratiepolitische Gründe gegen den Bau des Österreichischen Konferenzzentrums bei der UNO-City sprechen, stellen die unterfertigten Bundesräte daher folgenden

**Entschließungsantrag:**

**Der Bundesrat wolle beschließen:**

Die Bundesregierung wird aufgefordert, auf den Bau des zusätzlichen Konferenzzentrums bei der UNO-City zu verzichten und die dadurch eingesparten Steuergelder für die Arbeitsplatzsicherung in den Klein- und Mittelbetrieben, insbesondere für den Wohnbau und die Stadterneuerung, zu verwenden.

*(Beifall bei der ÖVP.)*

**Vorsitzender:** Ich danke sehr. *(Beifall bei der ÖVP.)* Jetzt war es geschäftsordnungsmäßig richtig.

Der von den Bundesräten Dkfm. Dr. Frauscher und Genossen eingebrachte Entschließungsantrag ist genügend unterstützt und steht demnach zur Verhandlung.

Zu Wort gemeldet hat sich jetzt noch Herr Bundesrat Schipani. Ich erteile ihm das Wort.

**Bundesrat Schipani (SPÖ):** Hoher Bundesrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist parlamentarische Gepflogenheit, daß man einem Entschließungsantrag, der eingebracht wird, auch eine Antwort gibt. Es wäre ebenso demokratische Gepflogenheit, diesen Entschließungsantrag am Anfang einer Debatte einzubringen, damit man auch echt darüber debattieren kann. Dadurch, daß ihn

**Schipani**

erst der letzte Redner eingebracht hat, war es natürlich nicht möglich. Ich bitte daher, meine Wortmeldung so zu verstehen, daß es natürlich erforderlich ist und daß wir das so verstehen wollen, daß wir auch gerne eine Antwort auf diesen Entschließungsantrag geben.

Ich möchte Sie aber nicht lange auf die Folter spannen, ich darf Ihnen gleich vorweg sagen: Wir werden diesem Entschließungsantrag keine Zustimmung geben. Und ich sage Ihnen auch, warum.

Es ist ja bei Ihnen wie immer symptomatisch, der letzte Redner bringt den Antrag ein, wir sollen also nichts mehr sagen. Ich werde Ihnen aber trotzdem darauf antworten müssen, weil nämlich sowohl der Antrag als auch die Begründung, die Sie anführen, einfach unrealistisch sind. Genauso unrealistisch wie die Debatte, die Sie heute hier versucht haben aufzuziehen. Denn wissen Sie, manchmal enthält eine Zwischenbemerkung oder ein Zwischenruf viel mehr Wahrheit, als das eine langatmige Erklärung oder langatmige Erklärungen tun können. Auch Ihre bisherige Haltung war so symptomatisch, denn als Ihr Gründer, der Herr Kollege Weiss, zum Rednerpult gekommen ist, hat einer Ihrer Kollegen ihn mit den Worten ermuntert: „Hau eine“. Das ist also das Motto, das Sie heute hier an das Rednerpult getrieben hat, und nichts anderes. Und das haben auch die Beiträge klar und deutlich gezeigt, worum es Ihnen gegangen ist. Das werden Sie dem Protokoll entnehmen können.

Sie haben das ja einmal schon in der gleichen Form versucht. Ich bin nicht einer, der gerne Zeitungen zitiert, aber weil es der Herr Stummvoll so oft getan hat und er immer der Zeitung glaubt, tue ich es auch einmal. Da gibt es eine Zeitung, die hat geschrieben im gleichen Betreff, den Sie im Hohen Haus drüben angezogen haben: „Fischer nimmt die VP auseinander. Parteienslalom in Sachen UNO-Zentrum.“

Schauen Sie sich halt das auch ein bissel an, dann werden Sie draufkommen, daß wir Sie ganz einfach nicht mehr ernst nehmen können. Wir können da nur registrieren, daß die zweite Garnitur der Verhinderungspartei Österreichs in einem Abklatsch neuerlich hier Vorangezogenes oder Vorangegangenes versucht zu wiederholen. Unwahrheiten oder Nichtreales werden halt durch zwei- oder dreimaliges Behaupten einfach nicht wahrer. Es bleibt falsch, was Sie schon einmal behauptet haben. Für mich ist es nur ein bissel verwunderlich.

Sie streiten ab, daß es ein Affront gegen Wien ist. Aber es ist kein einziger Wiener Ihrerseits hier hinaufgestiegen. (*Bundesrat Dr. Schambbeck: Stummvoll!*) Herr Kollege Stummvoll, ich komme schon dazu. Sie werden in der Frage und genau das, was Sie gesagt haben, ja nicht als Wiener gewertet, denn Sie sind für mich einer der Industriellenvereinigung und von dem werden Sie nicht wegkönnen, lieber Herr Kollege.

Die Herren Frauscher aus Salzburg und Raab aus Oberösterreich haben also komplettiert, was Sie eigentlich hier wollten. Sie wollten antreten gegen die Bundeshauptstadt, Sie wollen einen Neidkomplex draußen in den Bundesländern erwecken, indem Sie vorgaukeln, daß Sie Besseres machen könnten.

Sie machen hier eines: Sie machen den Versuch, Geld auszugeben, das Sie nicht haben. Und das muß man klar und deutlich sagen. Sie wollen Geld ausgeben, das wir nicht bekommen, nämlich jenes, was wir bekommen für das Konferenzzentrum, aber nicht für Ihre Traumvorstellungen. Das muß man einmal klar und deutlich sagen.

Wenn Sie immer wieder versuchen, uns die Vorhaltungen zu machen, wir würden nicht reagieren, dann darf ich Ihnen folgendes sagen: Sicherlich hat es hier die Überlegungen gegeben, den Weiterbau hinauszuschieben. Aber 152 800 Arbeitslose sind für uns ein Signal, das wir einfach nicht übersehen können. Wenn Sie jetzt den Ausbau des Messepalastes hier als Pendant entgegenstellen, dann darf ich Ihnen sagen: Völlig unrealistisch für jeden, der weiß, wie man einen Bau beginnt. Es gibt also bestimmte Vorarbeiten, und mit einem Baubeginn Konferenzzentrum Messepalast wäre frühestens 1986 zu rechnen. Und, meine Damen und Herren, nicht 1986, sondern jetzt, 1982, haben wir nahezu 153 000 Arbeitslose, und dafür muß etwas getan werden und nicht dafür, was Sie vorschlagen.

Sie sprechen von einer hohen Staatsverschuldung. Darf ich Ihnen in Erinnerung rufen, daß Belgien, Schweden, Norwegen, USA, Niederlande, Dänemark, Schweiz, England, Italien und die BRD eine höhere Staatsverschuldung haben, als sie Österreich hat. Schauen Sie ein bißchen über die Grenzen, gehen Sie ab von Ihrer Kleinkariertheit, dann werden Sie endlich begreifen, daß wir hier in Österreich jene Politik betrieben haben, die notwendig war, diese guten Resultate überhaupt erzielen zu können. (*Beifall bei der SPÖ*)

Sie werfen uns dort Gigantonomie vor, wo wir die Verantwortung tragen, und Sie ver-

15698

Bundesrat — 418. Sitzung — 28. Jänner 1982

**Schipani**

schweigen sie keusch, wo Sie sie selbst zu tragen haben. Die „Tiroler Tageszeitung“ — und ich glaube kaum, daß unter Ihnen einer ist, der uns Vorhaltungen machen kann, das wäre eine Zeitung, die uns nahesteht — darf ich Ihnen zur Kenntnis bringen vom Mittwoch, den 27. Jänner, Überschrift: Ein Klinikbett kostet 3 Millionen Schilling.

Wandeln Sie bitte um, was Sie beim AKH kritisiert haben. Dort kommen Sie auf einen Bettenpreis von 2 Millionen Schilling. Ich erinnere mich noch genau, welche Haßtiraden von hier heroben da hinuntergeschleudert wurden (*Widerspruch bei der ÖVP*) und was man hier alles zu berichten wußte. Immer dann, wenn es um Projekte geht, die von Ihnen entriert und geführt werden, sind es gute Projekte, und wenn es rote Projekte sind, sind es schlechte Projekte. Das ist Ihre Taktik, und mit der versuchen Sie, der Bevölkerung und den Wählern Sand in die Augen zu streuen.

Als nächstes bin ich nur neugierig, was Sie zur Affäre Rauchwarter sagen werden. Denn hier stehen uns Größenordnungen ins Haus, gegen die das AKH noch eine Kleinigkeit gewesen ist. Aber auch hier werden Sie sich keusch um die Verantwortung zu drücken versuchen. Nur eines: Es wird Ihnen nicht gelingen, meine Herren! — Danke. (*Beifall bei der SPÖ*)

**Vorsitzender:** Zu Wort gemeldet hat sich weiters Herr Bundesrat Pumpernik. Ich erteile ihm das Wort.

**Bundesrat Pumpernik (ÖVP):** Herr Vorsitzender! Herr Minister! Meine Damen und Herren! Nach diesen temperamentvollen Ausführungen meines Vorredners werde ich versuchen, wieder auf eine ruhige Redensweise zurückzukommen.

Meine Damen und Herren! Es sitzen in diesem Raum manche Bundesräte, ungefähr meines Jahrganges, die es in einer unseligen Zeit miterlebt haben, daß sich ein Mensch angemäßt hat, zu beurteilen, wer ein Arier ist und wer kein Arier ist.

Daß Sie sich, Herr Bundesrat Schipani, heute anmaßen, hier von diesem Pult aus zu beurteilen, wer ein Wiener ist und wer kein Wiener ist, das ist wirklich, muß ich sagen, eine unerhörte Anmaßung. (*Zustimmung bei der ÖVP*)

Und nun, zu Ihren letzten Ausführungen bezüglich des ehemaligen ÖVP-Landtagsabgeordneten aus dem Burgenland, Rauchwarter, den Sie hier zitiert haben, völlig ohne Zusammenhang, darf ich folgendes feststellen:

Niemand meiner Partei wird die Handlungsweise dieses ehemaligen Landtagsabgeordneten aus dem Burgenland irgendwie tolerieren oder zu entschuldigen versuchen. (*Bundesrat Schipani: Zwei Jahre haben Sie es vertuscht!*) Das kann man einfach nicht.

Aber, Herr Kollege, Herr Bundesrat Schipani, ich glaube es einfach nicht, bei einer Milliarde Schilling, daß es nie im Burgenland ein Gerücht gegeben hat, daß es nie an die Oberfläche gekommen ist in den letzten Jahren, daß in dieser Wohnbaugenossenschaft etwas nicht in Ordnung ist. Herr Kollege Schipani, das glaube ich nicht. Erkundigen Sie sich. Die Aufsichtsbehörde dieser Genossenschaft, Herr Kollege Schipani, ist die Landesregierung, und die zuständige Abteilung untersteht Ihrem Landeshauptmann Dr. Kery, der nie eingeschritten ist. (*Zustimmung bei der ÖVP*) Der nie eingeschritten ist, das möchte ich unterstreichen. (*Bundesrat Schipani: Das ist der beste Beweis für die Polemik! Da hätte der Kramer zurücktreten müssen!*) Ob Sie das als Polemik bezeichnen oder nicht, Herr Kollege Schipani (*Bundesrat Schipani: Wieso ist der Kramer nicht zurückgetreten wegen des Viehskandals? Wollen Sie mir das sagen?*), Sie haben mich herausgefordert, und damit werde ich zur Tagesordnung übergehen.

Meine Damen und Herren! Das Konferenzzentrum wird gebaut werden. Das wird gebaut werden, weil es einfach in der Demokratie der Mehrheit zusteht, so einen Beschuß zu fassen.

Aber es steht in der Demokratie auch der Opposition zu, ihre Bedenken zu erheben und auch die Argumente zum Ausdruck zu bringen, ob dies sinnvoll ist oder nicht. Das müssen Sie uns konzedieren, ob Sie das wollen oder nicht.

Die Frau Bundesrat Dr. Demuth hat behauptet — Sie ist jetzt nicht anwesend —, daß meine Fraktion seinerzeit ein Konferenzzentrum mit 8 000 Sitzplätzen beschlossen hätte. (*Bundesminister Dr. Salcher: 8 900!*) 8 900, Herr Minister, danke für die Berichtigung.

Wenn das richtig sein sollte, dann muß ich sagen, daß das sicherlich unrealistisch war, vielleicht noch von der Utopie ausgehend, daß die Großkonferenzen zunehmen, was inzwischen nicht mehr der Fall ist. (*Bundesrat Schipani: Darum haben wir es ja reduziert!*)

Jedenfalls steht eines fest, meine Damen und Herren, und das wurde bisher unwidersprochen von Ihnen zur Kenntnis genommen:

**Pumpernig**

Noch im November 1981, also vor zwei Monaten, wurde in Wien ein Plakat nicht nur von der Wiener Bevölkerung, sondern auch von den sogenannten — bitte unter Anführungszeichen, wie der Herr Vorsitzende heute in seiner Eingangsrede gesagt hat — „Gscherter“ gelesen, daß der Herr Bürgermeister Gratz und der Herr Bundeskanzler Kreisky erklärt haben, das UNO-Konferenzzentrum wird erst gebaut, wenn wir es uns in wirtschaftlich günstigeren Zeiten als in diesen auch leisten können.

Frau Bundesrat Dr. Demuth! Nachdem Sie sich so engagiert haben und alles, was die Vorredner von meiner Partei vorgebracht haben, als nicht richtig und falsch hingestellt haben (*Bundesrat Dr. Anna Demuth: Nicht alles!*), frage ich Sie in diesem Zusammenhang: Was ist das Wort des Bürgermeisters von Wien, was ist das Wort der Sozialistischen Partei überhaupt noch wert, wenn so ein Plakat affichiert wird in Wien und nach zwei Monaten ein anderer Beschuß gefaßt wird? (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Und, meine Damen und Herren, halten Sie den Herrn Bundesminister Sekanina für so uninformativ? Halten Sie den Herrn Bundesminister Sekanina für so einfältig, daß er aus einer Laune heraus vor einem Jahr erklärt hat, daß man auch das Kongreßzentrum in der Hofburg mit weit weniger Geld, also ungefähr 50 Millionen Schilling, ausbauen könnte, wenn er nicht doch davon eine gewisse Ahnung hätte? Und einige Monate später wird etwas anderes erklärt, etwas anderes beschlossen.

Frau Bundesrat Dr. Demuth! Ich kann es menschlich selbstverständlich verstehen. Selbstverständlich kann ich das verstehen, daß der Herr Bundesminister Sekanina jetzt eine andere Haltung einnimmt. Er will ja auch weiterhin Minister bleiben. Das ist menschlich vollkommen verständlich. Das betone ich ausdrücklich.

Aber Sie haben, Frau Bundesrat, heute wiederholt auch die UNO-City zitiert.

Meine Damen und Herren! Ich möchte heute hier folgendes Faktum feststellen, nur ein Faktum feststellen: Selbst unter der Ägide des Österreichers, des Generalsekretärs Waldheim von der UNO, war es bisher nur möglich, 60 Prozent der vorhandenen Kanzleien tatsächlich mit UNO-Beamten zu füllen. 40 Prozent stehen noch leer, meine Damen und Herren! Man müßte doch darüber nachdenken, wohin ein solches Riesenprojekt überhaupt führt, wenn es nicht möglich war, unter dem Österreicher Waldheim dieses

UNO-Zentrum zu füllen, gar nicht zu reden von dem — ich werde darauf eingehen — Konferenzzentrum.

Herr Mag. Karny! Darf ich Sie ansprechen? Sie haben sich in einer sehr lautstarken Wortmeldung sehr vehement eingesetzt für dieses Konferenzzentrum im Ausmaß von mehr als 5 000 Sitzplätzen.

Darf ich Sie fragen: Waren Sie schon einmal bei einer solchen Großkonferenz? Es gibt in Europa nur ein einziges Zentrum, das ist in Westberlin. Mein Vorredner hat bereits erklärt, daß dieses Konferenzzentrum in Westberlin einen Abgang von rund 350 Millionen Schilling im Jahr hat — nicht zuletzt deshalb, Frau Bundesrat, weil es sich die einzelnen überhaupt nicht mehr leisten können, zu einer solchen großen Weltkonferenz oder zu einer solchen Konferenz zu kommen. Die Teilnehmergebühren sind exorbitant gestiegen. Sie müssen bei einer solchen Konferenz mindestens 5 000 bis 8 000 S zahlen, damit eine solche Konferenz überhaupt gedeckt ist. Deshalb ist hier auch ein Rückgang von diesen Großkonferenzen zu mittleren Konferenzen der Fall. Das ist ja nicht von ungefähr. (*Bundesrat Dr. Anna Demuth: Das macht ja nichts! Das kann man ja unterteilen! Das ist ja variabel!*)

Aber, Frau Bundesrat, die Situation ist doch so: Ich bin der letzte, der dagegen auftreten würde, und ich würde jetzt nicht an diesem Rednerpult stehen, wenn es mir einleuchten würde, daß wir tatsächlich ein solches Konferenzzentrum in einem Ausmaß von mehr als 5 000 Sitzplätzen brauchen, wenn es notwendig wäre, im Zusammenhang mit der UNO-City tatsächlich ein so großes Konferenzzentrum in Wien zu haben und auch den Abgang zu zahlen, den ja letzten Endes der österreichische Steuerzahler zahlen muß.

Aber das ist doch nicht der Fall. Schauen Sie herum. Es gibt überhaupt nur zwei Zentren in Europa: In Westberlin und in Jugoslawien, und beide sind nicht mehr ausgelastet.

Das muß doch zu denken geben, Frau Bundesrat! Ich verlange ja nicht mehr. Ich weiß, daß ich Sie nicht überzeugen werde, davon bin ich natürlich überzeugt, aber es müßte doch zum Nachdenken anregen, daß die bereits vorhandenen Kongreßzentren bei weitem überdimensional errichtet wurden und nicht mehr ausgelastet sind.

Und dann darf ich Sie bitten: Lesen Sie doch die heutige Zeitung! Herr Mag. Karny, lesen Sie die heutige Zeitung. Sie werden darin lesen, daß vom 26. Juli bis 6. August, von der UNO initiiert, die Weltkonferenz über die

15700

Bundesrat — 418. Sitzung — 28. Jänner 1982

**Pumpernig**

Probleme des älteren Menschen hier in Wien tagen wird. Aus 130 Ländern der Welt werden Delegierte nach Wien kommen — 1 200 Delegierte. Das ist heute in den Zeitungen, in den Wiener Zeitungen zu lesen. 1 200 Delegierte. (*Bundesrat Mag. K arny: Das bedeutet aber, daß viel mehr kommen mit den ganzen Begleitpersonen, die dabei sind! Und die Hofburg wird da nicht ausreichen!*)

Ich kann es nicht beurteilen, inwieweit es möglich gewesen wäre, die Hofburg entsprechend auszubauen, die Hofburg auch mit den entsprechenden Räumlichkeiten, die natürlich bei einer Großkonferenz vorhanden sein müssen, zu versehen.

Aber eines ist sicher, Frau Bundesrat Dr. Demuth: Im Jahre 1976 hat hier in der Hofburg die Weltkonferenz der Geriatrie stattgefunden, wo der Wiener Universitätsprofessor Dr. Doberauer zum Weltpräsidenten der Gerontologischen Gesellschaft gewählt wurde. Ich war damals zufällig dort, und dieses Konferenzzentrum hat ausgereicht. (*Bundesrat Dr. Anna Demuth: Deswegen werden die Arbeitsbedingungen nicht besser!*)

Und noch etwas in diesem Zusammenhang, weil der Herr Vorsitzende von seinem Gesichtspunkt aus heute als Wiener Abgeordneter für Wien gesprochen hat. Meine Damen und Herren! Wissen Sie, wovon die Teilnehmer aus 130 Ländern der Welt an diesem gerontologischen Kongreß begeistert waren? Von der Wiener Hofburg, weil sie eben anders gebaut ist, weil hier ein historisches Gebäude ist, von dem sie fasziniert und begeistert waren und das mitten in der Stadt gelegen ist. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Frau Bundesrat Dr. Demuth! (*Bundesrat Dr. Anna Demuth: Wir haben da ein Zwiegespräch! Müssten wir da alle aufhalten?*) Nein, nein, wir haben bei Gott kein Zwiegespräch hier. Ich habe auch den Herrn Mag. Karny eingebunden, ich habe den Herrn Bundesrat Schipani eingebunden, ich habe mir sogar erlaubt, den Herrn Vorsitzenden zu zitieren, aber auf gravierende Vorbringen muß ich doch eingehen. Und ich nehme Sie ernst, Frau Bundesrat Dr. Demuth, das werden Sie mir doch zubilligen. (*Bundesrat Dr. Anna Demuth: Danke!*)

Sie haben erwähnt, daß bei diesem Bau des Konferenzzentrums auch die anderen Bundesländer insofern partizipieren werden, daß sie Aufträge bekommen in den verschiedensten Branchen. — Und sehen Sie, hier bin ich sehr skeptisch. Das wurde uns nämlich schon einmal versprochen, und zwar beim Bau der UNO-City. Die Steiermark hat einen einzigen

Auftrag bekommen bei diesem Riesenprojekt, einen einzigen wirtschaftlichen Auftrag. Und daher meine Skepsis, inwieweit mein Bundesland — das ich hier zu vertreten habe, das müssen Sie mir konzedieren —, aber auch alle anderen Bundesländer in dieser Hinsicht beteiligt sein werden. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Die Steiermark ist halt auch ein Bundesland, ob Sie das wahrhaben wollen oder nicht, und zwar ein ganz gutes noch dazu.

Herr Minister! Darf ich in diesem Zusammenhang doch noch etwas vorbringen, was meines Erachtens überlegenswert ist und über das man meines Erachtens auch nachdenken müßte: ob Sie 6, 7 oder 8 Milliarden Schilling zu 12, 13 oder 14 Prozent Zinsen aufnehmen werden. Ich glaube, die österreichische Bevölkerung hätte ein Recht, daß etwas gebaut wird, von dem die gesamte österreichische Bevölkerung in allen Bundesländern etwas hätte, denn diese Milliarden Schilling, die Sie auf irgendwelchem Wege aufnehmen werden, müssen letzten Endes von allen österreichischen Steuerzahldern zurückgezahlt werden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

**Vorsitzender:** Zu Wort gemeldet ist Herr Bundesminister Dr. Salcher. Ich erteile ihm das Wort.

**Bundesminister für Finanzen Dr. Salcher:** Herr Vorsitzender! Hoher Bundesrat! Ich habe die Debatte, die im Zusammenhang mit der dringlichen Anfrage über das Kongreßzentrum geführt wurde, mit der gebührenden Aufmerksamkeit verfolgt und muß sagen: Die Redner der Österreichischen Volkspartei waren wieder einmal für eine Reihe von Überraschungen gut.

So hat Herr Bundesrat Dr. Stummvoll, seines Zeichens Bediensteter der Industriellenvereinigung, gegen dieses Projekt Stellung genommen. (*Bundesrat Dr. Schambeck: Das ist ja nichts Diskriminierendes! Den Ton haben wir von der Regierungsbank seit Jahren nicht gehört! — Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*)

Herr Professor Schambeck! Ich habe das nicht vorgeworfen, sondern ich werde das in einen sachlichen Zusammenhang stellen, wenn Sie die Geduld haben, zuzuhören, und wenn Sie einen Minister nicht mit einem Studenten verwechseln.

Der Herr Bundesrat Dr. Stummvoll, Angestellter der Industriellenvereinigung, hat bei der Begründung gegen dieses Großprojekt Argumente vorgebracht, die ganz einfach gegen jedes andere Großprojekt anzuwenden sind. Das heißt mit anderen Worten: Aus der

**Bundesminister Dr. Salcher**

Ecke der Industrie wird argumentiert, daß man keine Großprojekte mehr machen soll. (*Bundesrat Dkfm. Dr. Stummvoll: Solche nicht!*) Nein, nein. (*Bundesrat Dkfm. Dr. Stummvoll: Das war keine Stellungnahme der Industriellenvereinigung!*) Herr Bundesrat Dr. Stummvoll! Ich möchte Ihnen deutlich sagen, daß man dieses Protokoll gemeinsam diskutieren muß, wenn die Bauindustrie wieder kommt, um Großbauvorhaben zu reklamieren, die vom Bund zu finanzieren sind.

Zum zweiten hat es mich sehr überrascht, wie es der Herr Bundesrat Weiss bei einer Diskussion im Zusammenhang mit dem Konferenzzentrum zustande bringt, über heftige Angriffe der Sozialisten auf die katholische Kirche zu sprechen. (*Bundesrat Dr. Schambach: Entschuldigen Sie, der Kardinal hat sich sogar aufgeregt!*) Darf ich sagen: Nicht im Zusammenhang mit dem Konferenzzentrum. Aber der Kardinal hat sich sicher nicht so erregt wie Sie, Herr Professor, hier und heute. (*Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ. — Bundesrat Dr. Schambach: Wir sagen das mit aller Deutlichkeit, auch wenn es Ihnen nicht paßt!*)

Also ich bin ganz überrascht, wie wenig laut der Herr Bundesrat Nigl den Zwischenruf gemacht hat. Er hat nämlich unmittelbar hinter dem Bundesrat Schambeck gemeint, die größte Gnade sei es, zuzuhören. Vielleicht wiederholen Sie ihm das noch einmal.

Zur Steuerung der historischen Wahrheit möchte ich noch einmal den historischen Ablauf darstellen, weil er offenbar in der bisherigen Diskussion untergegangen ist.

Der Ministerrat hat am 21. Feber 1967 ein Angebot an die UNIDO und an die Atomenergieorganisation gemacht über die Beistellung eines definitiven Amtssitzes in Wien.

Am 20. Juni 1967 — das wurde heute noch nicht zitiert — erging ein mündlicher Bericht an den Ministerrat. 1967. Ich zitiere aus diesem Bericht wörtlich:

„In der österreichischen Erklärung vor dem Gouverneursrat wurde daher im Einvernehmen mit dem Herrn Bundesminister für Finanzen und dem Herrn Bundesminister für Bauten und Technik folgender Passus aufgenommen:

a) Die Bundesregierung wird im Rahmen des in Aussicht genommenen Konferenzzentrums auch Konferenzräume errichten, die den Anforderungen der Generalkonferenz entsprechen.

b) Entsprechende Konferenzäle werden daher auch in die Planung des UN-Zentrums von vornherein einbezogen werden.

c) Mit dem Bau der Konferenzäle“ — damit man nicht sagt, das seien die Konferenzzimmer in den bereits stehenden Gebäuden — „wird nach Fertigstellung der beiden Amtsgebäude begonnen werden.“

Das war in einem Angebot der österreichischen Bundesregierung an internationale Organisationen aufgenommen, und in diesem Ministerratsbericht wurde gesagt, dieses Angebot sei am 15. Juni 1967 vom Gouverneursrat der Internationalen Atomenergiekommission angenommen worden.

Warum ich das sage? Weil man das zur Steuerung der historischen Wahrheit tun muß, weil man nicht so reden sollte — entweder man weiß es nicht oder man sagt es wider besseres Wissen —, als ob nicht ein konkretes Angebot der österreichischen Bundesregierung vorgelegen wäre, ein konkretes Angebot, das nach einem Bericht in der Regierung am 20. Juni 1967 auch von internationalen Organisationen angenommen wurde.

Und dann muß ich in Erinnerung rufen, daß es aus dem Jahr 1967 eine Vereinbarung gibt zwischen der Republik Österreich und der Gemeinde Wien. Hier zitiere ich wörtlich die Ziffer 1:

„Für den Fall der Errichtung von Amtssitzen internationaler Organisationen in Verbindung mit einem Internationalen Konferenzzentrum“ — noch einmal: „in Verbindung mit einem Internationalen Konferenzzentrum“ — „durch die Republik Österreich mit einem Standort im Gebiet der Gemeinde Wien erklärt diese im Hinblick auf die Bedeutung einer solchen Institution für die Bundeshauptstadt ihre Bereitschaft, zu diesem Vorhaben einen wesentlichen Beitrag zu leisten.“

Das heißt, die Bereitschaft einer Beitragsleistung der Gemeinde Wien ist laut diesem Rahmenübereinkommen, das eine ÖVP-Alleinregierung abgeschlossen hat, damit verbunden, daß dieses Konferenzzentrum mitgebaut wird. Auch darüber sollte man nicht ohne weiteres hinweggehen.

Die ÖVP hat ja sehr lange — und der Abgeordnete Frauscher hat sogar im Nationalrat mehrfach zugestimmt — diese Linie mit einer bemerkenswerten Vehemenz vertreten.

Damit Sie nicht meinen, ich zitiere die „Bild“-Zeitung, wie mancher Bundesrat ab und zu, möchte ich den ÖVP-Pressedienst vom 15. November 1974 zitieren. Demnach hat der Abgeordnete Dr. König gesagt:

„Es zeigen sich nunmehr die ersten fatalen Folgen: Der Bau eines modernen Konferenzzentrums anstelle der überalteten Konferenz-

15702

Bundesrat — 418. Sitzung — 28. Jänner 1982

**Bundesminister Dr. Salcher**

räume in der Hofburg wird auf unbestimmte Zeit verschoben.“

Anschließend harte Kritik, daß das nicht schon längst gebaut worden wäre.

Oder in der Sitzung des Nationalrates vom 10. Juni 1975 eben derselbe Abgeordnete König, der Hauptsprecher zum Konferenzzentrum:

„Wien ist ja gar nicht an Bürosilos interessiert, sondern primär am Konferenzzentrum. Bürosilos ohne Konferenzzentrum haben für die Stadt keine Bedeutung.“

Und Abgeordneter König weiter:

„Ich möchte es nicht so kraß sagen, aber zweifellos käme dem Konferenzzentrum für die Stadt Wien besondere Bedeutung zu.“

Das war noch am 10. Juni 1975.

Damit ich in der Chronologie richtig weitergehe, möchte ich einen Minderheitsbericht der Österreichischen Volkspartei im Nationalrat vom 4. Juli 1975 zitieren:

„Abgeordnete Moser, Ermacora, Blenk und König.

Punkt I, lit. h:

Die Ausklammerung des Konferenzzentrums widerspricht den ursprünglichen Vereinbarungen zwischen Bund und Gemeinde Wien.“

Damit hat man einen Antrag, einen Bericht im Nationalrat unterstrichen.

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist die Linie, die von Anbeginn an verfolgt wurde. Wie in anderen Bereichen auch, haben wir etwas fortgesetzt, was die ÖVP international zugesagt hat — und dafür werden wir jetzt von der Volkspartei geprügelt. (*Widerspruch bei der ÖVP. — Bundesrat Molterer: Es sind ja jetzt andere Voraussetzungen!*)

Jetzt ist wieder alles anders. Jetzt stimmt das nicht.

Weil Sie den früheren UNO-Generalsekretär Waldheim zitieren: Noch in seiner Funktion als Generalsekretär hat er am 16. Mai 1980 in Wien ein Gespräch mit meinem Amtsvorgänger, Vizekanzler Dr. Androsch, geführt. Aus dem Aktenvermerk ein Zitat:

„Es wäre nach seiner Auffassung“ — nach Waldheims Auffassung — „eine Fehlentscheidung, das Konferenzzentrum nicht, wie bereits seit der Konzeption von 1967 vorgesehen, im engen räumlichen Konnex mit dem Internationalen Zentrum Wien zu errichten.

Ein anderer Standort würde den Wert dieses Internationalen Zentrums wesentlich beeinträchtigen, da dieses an seinem Standort auch größere Konferenzfazilitäten benötige, als sie im bestehenden Konferenzzentrum des Internationalen Zentrums zur Verfügung stehen.“

16. Mai 1980: Folge davon, daß Androsch im Sinne der seinerzeitigen ÖVP-Beschlüsse, im Sinne der fortgesetzten Tätigkeit der sozialistischen Bundesregierung in gleicher Richtung dem UNO-Generalsekretär Waldheim zugesagt hat, sich für den Bau des Konferenzzentrums einzusetzen, für einen raschen Bau einzutreten.

Und nun zu den Widersprüchen, die hier aufgezeigt wurden.

Der Widerspruch schlechthin stammt von der ÖVP, die jetzt einen absoluten Verzicht auf dieses Konferenzzentrum verlangt.

Und ich sage gerne: Wir haben im Frühjahr 1981 gemeint, man könnte das Konferenzzentrum im Bau etwas hinausschieben. Wir waren noch im September, Oktober, November der Meinung, 1982 sollte man nicht beginnen.

Und dann ist ganz etwas Entscheidendes geschehen, nämlich am 22. Dezember 1981 die neue Prognose des Wirtschaftsforschungsinstitutes über eine verstärkte Arbeitslosigkeit, die sich ankündigte.

Ich habe — das werde ich noch näher erläutern — unverzüglich ein Zwölf-Punkte-Beschäftigungsonderprogramm der Bundesregierung vorgelegt. Wir haben diskutiert, und über Rat des Herrn Bundeskanzlers waren wir der Meinung, daß dieses Konferenzzentrum eine ideale Ergänzung für die anderen Beschäftigungsprogramme darstellen würde. Und deshalb haben wir begonnen.

Wir haben nie gesagt, daß wir nie bauen werden. Wir schieben es auf bis zu einem günstigen Zeitpunkt, und jetzt war nach unserer Meinung der notwendige Zeitpunkt.

Ich möchte doch, meine sehr geehrten Damen und Herren, Hoher Bundesrat, darauf verweisen, wie entlarvend die Sprache ist. Ich habe Hochachtung vor dem Kollegen Pumpernick, der sein Bekenntnis zur Demokratie auch in schwersten Zeiten zur Kenntnis gebracht hat und dafür mit seiner Freiheit gebüßt hat, wie wir wissen. Aber ich glaube, er müßte da auftreten, wenn eine Sprachregelung so deutlich wird, wenn eine Fernsteuerung so deutlich wird. Heute hat sich nur der Kollege Raab einmal versprochen und hat vom Konferenzzentrum geredet. Alle anderen haben in einer Neusprache sondergleichen — nachzule-

**Bundesminister Dr. Salcher**

sen in Orwells „1984“ — vom Konferenzpalast gesprochen. Das war eingebläut! Das ist die neue Sprache! Das ist die Fernsteuerung, die man halt nicht gerne sieht in einem Vertretungskörper der österreichischen Bevölkerung.

Damit Sie gleich wieder laut zwischenrufen können, Professor Schambeck (*Bundesrat Dr. Schambeck: Ich habe vor mich hingeredet! Das kann ich tun!*), möchte ich sagen:

Herr Professor Schambeck, vielleicht ist es mir so gegangen wie Ihnen, Sie waren auch nur ganz kurz in Tirol. (*Bundesrat Dr. Schambeck: Nein, gar nicht! Ich habe ordentlich meine Pflicht erfüllt, aber abgewählt worden bin ich nicht!*)

Ich auch. Oder wollen Sie sagen, daß ich das nicht getan habe? Ich bin auch nicht abgewählt worden, Herr Schambeck.

Ich möchte gerade auf Ihren Applaus zu den juridisch nicht begründbaren Auslegungen des Ergebnisses der Volksbefragung Bezug nehmen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß man in dieser Art objektiv diskutieren kann. Was ist denn eine Volksbefragung? Hier steht es: § 112 a, Abs. 1, Wiener Verfassung.

„Angelegenheiten des eigenen Wirkungsreiches der Gemeinde, die in die Zuständigkeiten des Gemeinderates fallen, können Gegenstand einer Befragung der wahlberechtigten Gemeindemitglieder sein.“

Noch einmal: eigener Wirkungsbereich, da kann man fragen. Und diese Anfrage wird dann in diesem eigenen Wirkungsbereich zu beurteilen sein.

Welche Vorstellung von der Gewaltentrennung haben Sie? Welche Vorstellung von einem Bundesstaat haben Sie, wenn Sie meinen, daß eine Abstimmung, die kraft Verfassung nur den eigenen Wirkungsbereich einer Gemeinde betreffen kann, daß die plötzlich, obwohl entgegenstehende Beschlüsse des Nationalrates und des Bundes vorhanden sind, für eine Bundesregierung bindend sein können? Ein solches Demokratieverständnis kann ich beim besten Willen nicht nachvollziehen. (*Bundesrat Schipani: Die werfen Kraut und Rüben durcheinander!*)

Ich komme auf dieses Thema noch einmal zurück. Man kann, wenn man die Verfassung ernst nimmt, keine Auswirkung einer Volksbefragung einer Gemeinde im eigenen Wirkungsbereich mit verpflichtender Wirkung auf die Beschlüsse des Nationalrates und des Bundesrates, die vorliegen, auslegen.

Aber Sie gehen landauf, landab, nehmen

einen juridischen Nebelschleier in Kauf und sagen, das wäre eine Mißachtung einer Volksbefragung. Die Volksbefragung ist abgelauft. Man hat die Volksbefragung zu achten, aber man kann von der Bundesregierung nicht verlangen, daß sie sich gebunden fühlt, wo sie sich nicht gebunden fühlen darf. Wir fühlen uns gebunden an die Beschlüsse des Nationalrates und an die Beschlüsse auch des Bundesrates. Darauf komme ich noch zu sprechen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Im Entschließungsantrag ist weiter wörtlich ausgeführt:

„Weil die sozialistische Mehrheit im Nationalrat eine gesamtösterreichische Volksabstimmung über dieses Thema brutal verhindert hat.“

Und nun die Wahrheit zu dieser primitiven Unterstellung. Ich rufe den Herrn Bundesrat Frauscher auf, der in diesen Jahren im Parlament mitgestimmt hat. Im Artikel 43 des Bundes-Verfassungsgesetzes heißt es: „Einer Volksabstimmung ist jeder Gesetzesbeschuß des Nationalrates nach Beendigung des Verfahrens gemäß Artikel 42, jedoch vor seiner Beurkundung durch den Bundespräsidenten zu unterziehen, wenn...“ Dann kommen die Voraussetzungen: daß der Nationalrat mehrheitlich zustimmen müßte.

Sie haben ja dreimal die Gelegenheit gehabt. 1972: IAKW-Gesetz beschlossen, mitgestimmt, von einer Volksabstimmung nicht die Rede. 1975: Novelle dazu, mitgestimmt, von einer Volksabstimmung keine Rede, und 1979 hat Ihre Nationalratsfraktion nicht mitgestimmt, hätte also ohneweiters eine Volksabstimmung beantragen können. Sie hat es nicht getan. Und jetzt, wo es nach den Regeln der Geschäftsordnung nicht geht, wo die verfassungsmäßigen Voraussetzungen für eine Volksabstimmung gar nicht gegeben sein könnten, jetzt rufen Sie nach dieser Volksabstimmung!

Es gibt nur folgende Erklärungsmöglichkeiten. Vielleicht klingen sie zu hart, aber ich habe keine anderen gefunden.

Erklärungsmöglichkeit eins: Man hat die Volksabstimmung im Jahr 1979 glatt verschlafen.

Erklärungsmöglichkeit zwei: Man treibt ein demagogisches Doppelspiel. Wenn man eine Volksabstimmung machen kann, beantragt man sie nicht, wenn es nicht geht, beantragt man sie, um in der Öffentlichkeit zu sagen, die Sozialisten seien undemokratisch, brutal in der Abstimmung.

Die dritte Möglichkeit ist die Unwissenheit.

15704

Bundesrat — 418. Sitzung — 28. Jänner 1982

**Bundesminister Dr. Salcher**

Aber ich glaube, das könnte man in dem Zusammenhang ausschließen.

Und nun weg von diesen formalen Gesichtspunkten.

**Alternative Messepalast:** Es gibt für das Konferenzzentrum keine Alternative Messepalast. Die Untersuchungen haben das ergeben. Die Gemeinde Wien, das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung haben bereits dargelegt, welche Verwendungsmöglichkeiten im Rahmen der Wiener Kulturszene für diesen denkmalgeschützten Bau überhaupt bestünden. (*Bundesrat Dr. Frau scher: Seit wann ist das bekannt?*)

Das ist immer bekannt, denn der Bautenminister hat von einem Konferenzzentrum Hofburg/Messepalast gesprochen nicht als Ersatz für dieses Konferenzzentrum jenseits der Donau, sondern er glaubte, daß dadurch das Konferenzangebot besser zustande käme.

Und nun zur Alternative. 33 Millionen Schilling für die Hofburg, dann wäre alles geritzt. — Meine Damen und Herren! Die 33 Millionen Schilling sind im Stadium der Verbauung. Was kann man damit erreichen? Nicht einen Platz mehr, aber bessere technische Konferenzeinrichtungen.

Diese Alternative, die bei dieser Volksbefragung erfragt wurde, ist keine Alternative, denn die 33 Millionen Schilling werden verbaut. Es wird das Konferenzzentrum modernisiert, kann aber den Ansprüchen, die wir seinerzeit gegenüber den internationalen Organisationen dargelegt haben, nicht entsprechen.

Nun wird hier eine Rechnung aufgestellt, die die Rechner im Club der ÖVP doch etwas erschrecken müssen. Kollege Raab will damit Schulen bauen (*Bundesrat R a a b: Bundeschulen, bitte!*), andere wollen damit Wohnungen bauen, die dritten wollen damit Althäuser sanieren, die vierten wollen andere Vorhaben. (*Bundesrat Dr. Stummvoll: Sie können es sich aussuchen!* — *Bundesrat R a a b: Aber keine Palastbauten!*)

Herr Bundesrat Dr. Stummvoll! Eine ganz neue Variante bringen Sie mit Ihrem Zwischenruf. Eine kumulative Aufzählung wurde gemacht vom Kollegen Raab (*Bundesrat Dr. Stummvoll: Eine demonstrative!*), und jetzt können wir uns es wieder aussuchen. Wir haben es uns ausgesucht, wir machen das Bestmögliche in Ergänzung des Programms, nämlich den Bau des Konferenzzentrums.

Und wenn man den Bundesschulbau beklagt: Herr Kollege Raab, Sie wissen genau, daß seit 1970 mehr Bundesschulen in Öster-

reich gebaut wurden als in der Zeit seit Ende des Ersten Weltkrieges, seit 1918 bis 1970. Man kann doch nicht so tun, als sei nichts geschehen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Und wenn Sie, Kollege Raab — lassen Sie sich das auch noch sagen — erwähnen, der Bund habe 500 Millionen Schilling für das Krankenhaus Linz versprochen (*Bundesrat R a a b: Das sagt der Hillinger, der Bürgermeister von Linz!*), und jetzt hielte er es nicht. Ich bitte nachzufragen: Dieses Versprechen stammt aus dem Jahre 1973. Lassen Sie sich das erklären, damit Sie nicht wieder etwas Falsches sagen. Wenn Sie nicht zuhören, dann kann man Sie nicht aufklären.

Inzwischen ist 1978 der Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds errichtet worden, da sind sämtliche Investitionsmittel des Bundes eingebbracht worden, und aus diesen eingebrachten Mitteln soll das Land Oberösterreich diese 500 Millionen Schilling zahlen.

Ich habe mit Landeshauptmann Ratzenböck gesprochen. Durch diese Änderung der Konstruktion gibt es keine Bundesinvestitionsmittel mehr, das sind jetzt Investitionsmittel des Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds. Ich habe Herrn Landeshauptmann Ratzenböck folgende Vereinbarung vorgeschlagen: Man möge den Linzern diese 500 Millionen Schilling aus diesem Fonds zusagen, und für den Fall, daß der Fonds aufgelöst wird, wird der Bund in diese Zusage eintreten. Was wollen Sie noch mehr? Unter welchen Bedingungen erlauben Sie sich noch einmal das... (*Bundesrat R a a b: Das geht ja allen Ländern ab!*)

Kollege Raab, wir reden vom Konferenzzentrum. Gehen wir nachher in die Milchbar, ich gebe gerne ein Privatissimum über den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds, wenn Sie wollen.

Die Diskussion hier im Bundesrat hat wieder gezeigt, daß man ohne das Allgemeine Krankenhaus überhaupt nichts diskutieren kann.

Und nun sage ich etwas, was Sie vielleicht überraschen wird. Ich stehe dazu, daß dieser Sumpf trockengelegt wurde. Ich stehe dazu, daß die Leute, die genommen haben, und die Leute, die gegeben haben, eingesperrt sind. Aber wenn man über diese Sache redet, dann wird man von Ihrer Seite verlangen müssen, daß Sie auch dazu stehen, daß das im Falle Renner in Vorarlberg, im Falle Rauchwarter im Burgenland in gleicher Weise geschieht. (*Beifall bei der SPÖ.* — *Bundesrat R a a b: Die sind ja schon eingesperrt!*)

**Bundesminister Dr. Salcher**

Kollege Raab, warum ich das sage? Weil im Gegensatz zum Allgemeinen Krankenhaus bei der Rauchwarter-Affäre eine sehr deutliche parteipolitische Komponente aus dem Bereich der ÖVP einfließt. Meldung des ORF heute, 13 Uhr: Da ist ein Brief gekommen, in dem Rauchwarter betont, seine Aufgabe nach bestem Wissen und Gewissen erfüllt zu haben. Der Vorstand der Wohnbau Ost sei stets mit politschem Auftrag von der ÖVP beschickt worden. (*Widerspruch bei der ÖVP.*) Also ich bitte Sie, meine Damen und Herren, wenn Sie nach Ordnung rufen, nicht nach dort zu schauen, wo die Ordnung geschaffen wird, sondern auch im eigenen Bereich da einiges zu tun. (*Beifall bei der SPÖ. — Bundesrat Raab: Wer hat denn die Aufsichtsfunktion? Wo ist Kery mit seinen Mannen? — Bundesrat Schipani: Wenn ich Ihnen noch eine Weile zuhöre, ist der Bestohlene schuld!*)

Nun die Frage: Wie wird finanziert? Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hoher Bundesrat! Die Finanzierung ist gesetzlich abgesichert. Es gibt das IAKW-Finanzierungsgesetz. Die Finanzierung ist durch einen Budgetansatz abgesichert. Es gibt einen Ansatz von 900 Millionen Schilling. Der Bau ist also finanziert. Und die Vollziehung hat nichts anderes zu tun, als im Sinne der Gesetze zu handeln.

Wenn wir aber darüber hinaus in Verhandlungen eintreten, um billigere Varianten der Finanzierung zu finden, so glaube ich, daß daraus kein Vorwurf gemacht werden darf. Man muß halt Geduld haben, bis diese Verhandlungen abgeschlossen sind, dann wird man genau die vertraglichen Bestimmungen zur Kenntnis gebracht bekommen.

Man darf nicht meinen, daß Österreich kurz vor dem drohenden Staatsbankrott wäre, wie das heute dargestellt wurde. Diese Argumente werden durch ständige Wiederholung nicht richtiger. Stellen Sie bitte internationale Vergleiche an, oder lesen Sie den jetzt kommenden OECD-Bericht. Kollege Stummvoll, wenden Sie den Leverage-Effekt aus der Betriebswirtschaft auf die Volkswirtschaft an, dann werden Sie sehen, daß diese Verschuldung nichts ist, was uns in Panik bringen kann. Aber ich gebe gerne zu, daß wir alles tun müssen, um das Budgetdefizit mittelfristig auf 2,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu bringen.

Und nun zum Schluß. Die ÖVP tut im Nationalrat und im Bundesrat so, als wäre das Konferenzzentrum das einzige, was als Beschäftigungssonderprogramm zusätzlich gemacht wird. Ich zähle rasch auf, und Sie können dann beobachten, wie das realisiert wird,

denn die erforderlichen Gesetzesanträge, Kollege Frauscher, ob Sie es wahrhaben wollen oder nicht, liegen bereits im Parlament. Wir werden sie im Februar beschließen. Es wird also rasch gehen.

5 000 Wohnungen werden gebaut werden. Dann die Althaussanierung über eine neue Form des Lebensversicherungssparens. Die Fremdenverkehrsmilliarden, die flüssigmacht wird durch einen Budgetüberschreitungsansatz von 70 Millionen Schilling. Die 1,5 Milliarden Schilling zusätzlich für die Straßenbauten in Ausnutzung der Ermächtigung des Artikels 8 a des Bundesfinanzgesetzes. Die vorgezogenen Bauaufträge aus dem ganzen Jahr in das erste halbe Jahr. Dann — das ist das Ergebnis der Vereinbarung ÖVP — SPÖ — die Erhöhung der Zinsenzuschüsse für Gewerbekredite, damit kein Irrtum entsteht: die 1982 aufgenommen werden und für 1982 zusätzlich mit 1 Prozent dotiert werden, die 2 Prozent höheren Agrarkreditzuschüsse, die unter denselben Bedingungen gegeben werden, dann die Investitionsprämie.

Da muß ich innehalten, denn hier ist auch wieder eine Ungenauigkeit dargestellt worden, als hielten wir uns nicht an die Vereinbarung. Vereinbart ist laut Protokoll ein Investitionsabsetzbetrag bis zu 7 Prozent. Ich habe ein Mehr vorgeschlagen, eine Investitionsprämie — Sie kennen ja wahrscheinlich den Unterschied — von 6 Prozent, und ich lasse einfach nicht zu, daß ein Mehr als ein Minus dargestellt wird. Das ist nicht richtig. Ein Investitionsabsetzbetrag ist halt etwas anderes als eine Investitionsprämie.

Außerdem wird Risikokapital zusätzlich zur Verfügung gestellt durch eine neue Form von Kapitalbeteiligungsgesellschaften und Anerkennung der Aufwendungen dazu als steuerlich berücksichtigungswürdige Sonderausgabe.

Und das, was Sie im April 1981 belächelt haben, die Top-Investitionskreditaktion, was sich jetzt als durchaus tragfähige Möglichkeit angeboten hat, die wird mit einem Betrag von 1,5 Milliarden Schilling im Jahre 1982 fortgesetzt.

Warum ich das an das Ende setze? Aus einem ganz bestimmten Grund: Damit nicht der Eindruck entsteht, wir hätten nur manisch das Konferenzzentrum im Auge. Dieser Eindruck kann nicht entstehen und darf nicht entstehen, wenn man die zusätzlichen Beschäftigungsmaßnahmen sieht und wenn man überdies das Budget richtig beurteilt, aus dem direkte Investitionsmaßnahmen zustande kommen, die ein Investitionsklima

15706

Bundesrat — 418. Sitzung — 28. Jänner 1982

**Bundesminister Dr. Salcher**

schaffen, das nirgendwo in Europa besser ist als bei uns in Österreich.

In diesem Sinne, glaube ich, ist es gerechtfertigt, das Konferenzzentrum, das geschichtlich in die Zeit der ÖVP-Alleinregierung zurückweist, heute zu realisieren. Ich kann nicht verstehen, daß man durch unrichtige Darstellungen der Situation versucht, in Tirol irgend jemanden aufzubringen gegen Wien. Wenn wir diesen Weg gehen, dann wird abgestimmt werden über die Weltmeisterschaft in Schladming, über die Olympischen Winterspiele in Innsbruck, über das Festspielhaus in Bregenz, über die Salzburger Festspiele, über die Bruckner-Halle in Linz, über jedes Vorhaben in jedem Bundesland. Wenn wir nicht diese kleinkarierte Politik machen wollen, dann ist die österreichische Bevölkerung gut beraten, nicht auf Ratschläge der ÖVP zu hören. (*Beifall bei der SPÖ*.)

**Vorsitzender:** Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr Bundesrat Berger gemeldet. Bevor ich ihm das Wort erteile, mache ich darauf aufmerksam, daß eine tatsächliche Berichtigung nach § 36 Abs. B der Geschäftsordnung die Dauer von 10 Minuten nicht überschreiten darf.

Ich erachte nunmehr Herrn Bundesrat Berger zur tatsächlichen Berichtigung das Wort.

**Bundesrat Berger (SPÖ):** Herr Vorsitzender! Herr Bundesminister! Hoher Bundesrat! Ich fühle mich geradezu herausgefordert durch die Wortmeldung des Kollegen Pumpernig und seine Behauptung, Landeshauptmann Kery hätte von den Gaunereien des Landtagsabgeordneten Rauchwarter wissen müssen. (*Bundesrat Pumpernig: Das habe ich nicht gesagt!*) Er hat Landeshauptmann Kery in seiner Wortmeldung verantwortlich gemacht.

Dazu wäre zu sagen, daß Landeshauptmann Kery zum Abgeordneten Rauchwarter keine weiteren Verbindungen hat als zu jedem burgenländischen Wohnbaudarlehenswerber.

Die Überprüfung durch eine Revision im Frühjahr des Jahres 1981 hat eigentlich erst Unregelmäßigkeiten festgestellt. Vom Prüfer dieser Revision wurde im Februar 1981 festgestellt, daß für die Jahre 1977, 1978 und 1979 überhaupt keine Bilanzen erstellt wurden. Man hat über den Sommer der WBO die Möglichkeit gegeben, Belege, die gefehlt haben, zu besorgen.

Als im Herbst wieder die Prüfer tätig wurden, wurde festgestellt, daß es sich um Hunderte Millionen handelt, wo keine Belege vor-

handen sind beziehungsweise die nicht ordnungsmäßig gebucht wurden. Daraufhin sah sich der Revisionsverband verpflichtet, dem Landeshauptmann Kery zu berichten. Nach diesem Bericht hat Landeshauptmann Kery sofort die Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft eingebbracht.

Man kann doch nicht von Landeshauptmann Kery verlangen, daß er als Person den Gauner Rauchwarter besser kennen sollte als der Landesobmann der Österreichischen Volkspartei des Burgenlandes Sauerzopf, der durch Jahrzehnte als Erfolgswilliger den Rauchwarter als Vorbild hingestellt hat. Daher glaube ich, daß es notwendig war, diese Klarstellung zu treffen. (*Beifall bei der SPÖ*.)

**Vorsitzender:** Zum zweiten Mal zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Dr. Stummvoll. Ich mache darauf aufmerksam, daß er noch 6 Minuten Redezeit hat. Ich erteile ihm das Wort.

**Bundesrat Dr. Stummvoll (ÖVP):** Herr Vorsitzender! Herr Bundesminister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal kurz zu Wort gemeldet, um auf drei Punkte einzugehen.

Ich muß erstens den Ausbürgerungsversuch zurückweisen, den der Herr Kollege Schipani — er ist jetzt leider nicht hier — unternommen hat. Ich bin vom Wiener Landtag hierher entsendet und von niemandem sonst. Wer die Verfassung kennt, wird sich da auskennen.

Zweite Feststellung: Ich bin natürlich, das gebe ich gerne zu, im Hauptberuf Angestellter der Industriellenvereinigung. Ich schäme mich dessen nicht, ich bin sogar stolz darauf.

Ich hätte natürlich, Herr Minister, auch eine andere Berufslaufbahn einschlagen können, ich hätte zum Beispiel zur Krankenkasse gehen können, vielleicht hätte ich dann heute schon eine Frührente. (*Bundesrat Steinle: Ich würde über die Selbstverwaltungskörper nicht so reden!*) Ich habe gesagt, Herr Kollege Steinle, ich hätte eine andere Berufslaufbahn einschlagen können. (*Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ*.)

Dritter Punkt: Herr Minister, Sie haben heute hier auch wieder ein Beispiel geliefert von dem Demokratieverständnis, das Sie haben. Wir haben eine Reihe von konkreten Anfragen an Sie gerichtet. Sie haben über eine Dreiviertelstunde lang Polemik von der Regierungsbank aus betrieben, auf die Fragen sind Sie nicht eingegangen. (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP*.)

**Dr. Stummvoll**

Ich möchte jetzt unsere Fragen wirklich nicht noch einmal verlesen, aber vielleicht können Sie mir wenigstens eine Frage beantworten, Herr Minister. Ich habe Sie auch in meiner Rede um diese Antwort gebeten.

Ich frage Sie jetzt klipp und klar — das ist unsere Frage Nr. 10 —: Sind Sie in die Finanzverhandlungen mit den Arabern eingeschaltet: ja oder nein? Und weiters: Stimmt die APA-Meldung, daß beim letzten Besuch des Finanz- und Wirtschaftsministers von Saudi-Arabien keinerlei Gespräche über das UNO-Konferenzzentrum und seine Finanzierung geführt wurden? Ich würde bitten, wenigstens diese eine Frage konkret zu beantworten.

Meine Damen und Herren! Ich will jetzt wirklich meine sechs Minuten — der Herr Vorsitzende schaut schon auf die Uhr — nicht weiter ausfüllen. Aber ich würde doch sehr, sehr bitten — das ist wirklich eine Frage auch des Demokratieverständnisses —: Wenn wir hier konkrete Fragen stellen, wollen wir auch konkrete Antworten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

**Vorsitzender:** Zu Wort gemeldet hat sich noch Herr Bundesrat Polster. Ich erteile ihm das Wort.

**Bundesrat Polster (ÖVP):** Herr Vorsitzender! Herr Bundesminister! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bedaure, daß der Herr Abgeordnete Berger im Augenblick nicht im Hause ist. Er hat sich hier zu einer tatsächlichen Berichtigung zu Wort gemeldet, die nach meiner Meinung keine tatsächliche Berichtigung, sondern eine Polemik gewesen ist, eine Polemik jener Art, wie sie derzeit leider Gottes bei uns im Burgenland zwischen den beiden Parteien auf Grund der Vorfälle bei der WBO geführt wird.

Das ist die Tatsache. Ich bedaure, daß die Tatsache der WBO, dieser Wohnbauskandal, hier im Zusammenhang mit dem Konferenzzentrum Wien gebracht wird, und ich finde es als eine absolute Schwäche der Argumentation, daß Sie den Fall Rauchwarter als Entschuldigung für Ihre Schuldenpolitik, die Sie betreiben, benützen. (*Beifall bei der ÖVP.* — **Bundesrat Schickelgruber:** Das ist keine Polemik? — Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.)

Und da möchte ich Ihnen, meine sehr geehrten...

**Vorsitzender:** Ich bitte den Redner und auch das Haus, wenn das Glockenzeichen ertönt, innezuhalten.

Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß das,

was Sie bisher vorgetragen haben, mit der vorliegenden Materie nichts zu tun hat. Wenn Sie weiter so fortfahren, muß ich Ihnen leider den Ruf zur Sache erteilen. (*Bundesrat Moltener: Und der Berger darf?*)

Berger hat eine tatsächliche Berichtigung gemacht, das ist etwas anderes. Diese geschäftsordnungsmäßigen Unterscheidungen sollten Sie kennen. (*Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

**Bundesrat Polster (fortsetzend):** Ich möchte nun zu der Materie, über die der Bundesrat heute zu entscheiden hat, reden, nämlich zu der dringlichen Anfrage.

Nachdem sowohl durch Zwischenrufe wie auch durch Ihren Bundesrat Schipani die Affäre aus dem Burgenland hier mit hineingezogen wurde, scheint es so zu sein, als hätte das miteinander etwas zu tun.

Ich möchte eines doch hier feststellen: Die Argumente, die gegen den Bau des Konferenzzentrums sprechen, sind genügend dargestellt worden. Daß in letzter Zeit dieses Konferenzzentrum auch in Zusammenhang gebracht wird mit anderen Großruinen, bei denen sich Dinge ereignet haben, die auch schon in diesem Hause behandelt wurden, ist nun Anlaß, um etwas, was sich im Burgenland tut, als politisches Argument zu verwenden.

Ich bin der Auffassung, wir sollten bei der Argumentation doch eines bedenken: daß wir Abgeordnete und verantwortlich sind vor unserer Bevölkerung in den Bundesländern. (*Bundesrat Köpf: Das hättet ihr dem Rauchwarter sagen müssen!*)

Ich möchte auch hier nicht, daß man die Landesregierung oder den Landeshauptmann verantwortlich macht.

Doch lassen Sie mich dazu sagen: Es ist gestern eine Generalversammlung der Wohnbau Ost abgehalten worden. Über eine Stunde lang ist dort über die Frage der Verantwortung diskutiert worden, und zwar über jene Verantwortung, wie sie in der sogenannten tatsächlichen Berichtigung des Bundesrates Berger versucht wurde darzustellen, nämlich der Landtag.

Die ÖVP hat aus all den Vorgängen Konsequenzen gezogen. Sie hat den Abgeordneten Rauchwarter aus der Partei entfernt. Die Sozialistische Partei im Burgenland hat mit ihren Stimmen verhindert, daß der Abgeordnete Rauchwarter sein Mandat verloren hat. Er sitzt also heute noch mit Unterstützung der SPÖ gegen die Stimmen der ÖVP als Abgeordneter im Burgenländischen Landtag.

15708

Bundesrat – 418. Sitzung – 28. Jänner 1982

**Polster**

Ich glaube, Herr Bundesrat Berger, wir sollten eines doch miteinander überlegen. Die Tatsache, daß es solche Vorfälle gibt, müßte uns miteinander dazu bringen, Kontrollmechanismen einzubauen, die solche Dinge verhindern. Wir sollten eines als unser Ziel kennen: Nun zu versuchen, daß nicht jene zum Handkuß kommen, auch aus dem Fall Rauchwarter, die die Unschuldigsten an der ganzen Affäre sind, nämlich die Siedler, die im Vertrauen auf diese Genossenschaft dort ihr Geld investiert haben. Das wäre nach meiner Meinung eine Aufgabe, die sowohl der Überprüfungsbehörde der Landesregierung als auch jenen, die für die Genossenschaft verantwortlich sind, heute gestellt wäre. Und das wäre nach meiner Meinung das, was wir miteinander überlegen sollten, und uns nicht in dieser Frage gegenseitig Verantwortung zuzuschreiben.

Eines möchte ich auch noch sagen: Die Österreichische Volkspartei im Burgenland hat Konsequenzen gezogen, und zwar politische Konsequenzen, politische Konsequenzen, die Sie als Partei beim AKH auf jeden Fall bis heute schuldig geblieben sind. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

**Vorsitzender:** Hoher Bundesrat! Ich unterbreche die Sitzung auf eine halbe Stunde und berufe den Koordinierungsausschuß zur Besprechung einer Geschäftsordnungsfrage ein.

(*Die Sitzung wird um 16 Uhr 35 Minuten unterbrochen und um 17 Uhr 5 Minuten wieder aufgenommen.*)

**Vorsitzender:** Hoher Bundesrat! Meine Damen und Herren! Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Der Koordinierungsausschuß des Bundesrates hat sich mit der geschäftsordnungsmäßigen Frage befaßt, ob sich bei einer dringlichen Anfrage der Begründer zusätzlich auch noch als Debattenredner melden kann. Über diese Frage wurde kein Einvernehmen erzielt, da die Geschäftsordnung darüber keine klare Aussage trifft.

Ich schließe mich als Vorsitzender der bereits bisher im Bundesrat geübten Praxis an, daß ein Begründer analog wie der Berichterstatter eines Ausschusses bei einer Gesetzesvorlage nicht nachher in der Debatte das Wort ergreifen kann.

Sicherlich wird es besonders in der neuen Geschäftsordnung notwendig sein, für solche Fälle eindeutige Bestimmungen zu treffen.

Als nächster zum Wort gemeldet hat sich

Herr Bundesrat Köstler. Ich erteile ihm das Wort.

**Bundesrat Köstler (ÖVP):** Herr Vorsitzender! Herr Bundesminister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als im November des vergangenen Jahres das heute schon zitierte Plakat der Wiener SPÖ „In Zeiten wie diesen nicht herumreden, nicht schimpfen, nichts Unmögliches versprechen, nicht unsinnige Fragen stellen!“ affichiert wurde und dann schamhaft mit einem Kleber versehen wurde, daß das an die Österreichische Volkspartei von Wien gerichtet war, dann nehmen Sie, bitte, eines zur Kenntnis: Dies lassen wir uns als Ländervertreter hier nicht gefallen und werden daher dann reden, wann wir glauben! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wenn Sie, Herr Bundesminister, in Ihren bisherigen Äußerungen, die eigentlich — und hier werden mir, so glaube ich, alle recht geben — nicht frei von Polemik waren, so muß ich Ihnen hier auch mit aller Deutlichkeit sagen: Es sind schon viele Regierungsmitglieder hier auf dieser Bank gesessen; mit Ausnahme des Staatssekretärs Schober und von Ihnen haben sich die meisten eines sachlichen Tons befleißigt, den wir heute bei Ihnen vermisst haben. (*Beifall bei der ÖVP. — Zwischenruf des Bundesrates Schipani.*)

Herr Kollege Schipani! Ihr Zwischenruf beweist wieder einmal, daß wir zwar alle unter dem gleichen Himmel leben, aber nicht den gleichen Horizont haben! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Bundesminister! Sie werden sicher noch auf die vom Kollegen Dr. Stummvoll konkret gestellten Fragen eingehen. Mich hätte nur eines noch interessiert: Sie haben vor einigen Wochen erklärt — und das steht ja unbestritten im Raum —, daß nicht vor dem Jahr 1986 mit dem Bau dieses Konferenzzentrums begonnen werden kann. Innerhalb von einigen Wochen hat sich doch die wirtschaftliche Situation in Österreich nicht so geändert, denn die kennen wir ja schon seit Jahren, und zwar seit nunmehr elf Jahren sattsam — möchte ich sagen — für die Bevölkerung.

Vielleicht eines noch: Es wurde auch krampfhaft von der Frau Bundesrat Dr. Demuth und anderen Rednern versucht, hierzu beweisen, daß der Herr Bundesminister für Bauten und Technik — wobei mir ein Rätsel ist, wie er trotz seiner Körperfülle diese Überschläge zusammenbringt; aber sie sind ja nur rhetorischer Natur (*Bundesrat Schickelgruber: Das ist der Horizont, von dem er geredet hat!*), laut „Arbeiter-Zeitung“ vom

**Köstler**

20. Jänner erklärt hat: Bundesminister Sekanina zieht den Plan, die Hofburg als Konferenzzentrum auszubauen, dem Projekt eines neuen Konferenzzentrums bei der UNO-City vor usw. (*Bundesrat C e e h : Interessiert uns nicht!*) Ja, Ihr habt es schon gehört; aber ich muß es doch noch einmal in Erinnerung rufen, denn Sie wollen es ja nicht glauben. Vielleicht haben wir hier einmal auch in diesem Hohen Haus die Möglichkeit, mit dem Herrn Bundesminister Sekanina — falls er die Angelegenheit des Bundestrainers der österreichischen Nationalmannschaft gelöst hat — darüber einmal zu reden?

Aber eines, meine Damen und Herren, Herr Bundesminister, möchte ich mit aller Deutlichkeit anführen: Die Frau Dr. Demuth — soweit mir in Erinnerung ist — hat eine lange Liste vorgelegt, wieviel Millionen Schilling hier flüssiggemacht werden, von Tischlerarbeiten über Fußböden usw. (*Bundesrat Dr. Anna Demuth : Die Verteilung der Aufträge habe ich versucht, Ihnen klarzumachen! Es ist mir leider nicht gelungen!*) Ja, ich verstehe, Frau Doktor, es ist nur beim Versuch geblieben, ich habe es verstanden.

Aber eines verstehe ich in diesem Zusammenhang nicht: Sie wollen zu bauen beginnen, und zwar sofort, um damit das Volksbegehren zu unterlaufen. Fachleute bestätigten mir, daß solche Ausschreibungen nicht von heute auf morgen erledigt werden. Meine Damen und Herren! Bitte, überlegen Sie, ich gebe eines hier zu überlegen. Wenn hier das alles sozusagen so über den Leisten geschlagen und in einem Schnellzugtempo erledigt wird, ob sich da nicht irgend etwas „AKH-Mäßiges“ anbahnen könnte! Ich möchte das nur zu bedenken geben. (*Bundesrat Schipani : Oder etwas „Rauchwarter-Mäßiges“!*) Ja, auf das komme ich jetzt dann zum Schluß. (*Bundesrat Dr. Bösch : Oder Renner, damit es nicht fad wird!*) Es wird nicht fad, Kollege Dr. Bösch! Ich bin gleich fertig.

Ich nehme aus der ganzen Diskussion eines zur Kenntnis, und das — glaube ich — gilt auch für Sie, meine verehrten Kollegen aus den Bundesländern von der anderen Fraktion. Wir haben Alternativen auf den Tisch gelegt. Sie werden sagen, das kostet Milliarden. Wir wollen ja nur, daß eine oder mehrere dieser Alternativen verwirklicht werden in den Bundesländern draußen. Das können ja Sie bestimmen, Herr Minister, beziehungsweise die Regierung.

Ich muß also zur Kenntnis nehmen — und das gilt auch genauso für Sie —, daß Sie dagegen sind, daß Tausende draußen, die Wohnungen brauchen und um Darlehen angesucht

hatten, jetzt neuerdings warten müssen, daß Sie dagegen sind. Daß die notwendigen Adaptierungen bei den Kasernen, bei den Straßen oder den Güterwegen vorgenommen werden, daß die Verbesserung der Infrastruktur im ländlichen Raum erfolgt, ist alles leider ein leeres Gerede. Mit diesen Problemen werden Sie draußen, meine Damen und Herren, konfrontiert, das wird Ihnen niemand abnehmen! (*Beifall bei der ÖVP. — Bundesrat Dr. Anna Demuth : Ihnen auch nicht!*)

Und wenn Sie jetzt den heute schon vielzitierten und strapazierten Namen „Rauchwarter“ erwähnen, dann betrachten Sie das, bitte, als eine ernste Formulierung ... (*Bundesrat C e e h : Jetzt kommt wieder ein Witz!*) Nein, da ist mir die Sache zu ernst, Herr Kollege Ceeh! Schauen Sie, Sie sehen immer schon in die Zukunft. Bleiben wir in der Gegenwart!

Ich glaube, meine Damen und Herren, es soll nicht unser Bestreben sein — und ich bin mir dessen bewußt, was ich jetzt sage —, daß die eine Seite in ein Triumphgeschrei ausbricht, wenn sich irgendwo die Krankheit von „Schwarzblättern“ zeigt, und die andere Seite nicht ein Triumphgeschrei anstimmt, wenn sich hier der „Rotlauf“ irgendwo verbreiten sollte, wenn sich irgendwo Skandale anbahnen. Ich glaube, wir haben nämlich eines zu verteidigen, meine Damen und Herren: die Würde des Parlaments, des Nationalrates und des Bundesrates; wir müssen alles versuchen, daß wir in der Politik im allgemeinen und als Politiker im besonderen wieder Glaubwürdigkeit vor dem österreichischen Volk erreichen! (*Beifall bei der ÖVP.*)

**Vorsitzender:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wünscht noch jemand das Wort? Wünscht wirklich niemand mehr das Wort? (*Heiterkeit*). — Das ist nicht der Fall. Die Debatte ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über den von den Bundesräten Dkfm. Dr. Frauscher und Genossen eingebrachten Entschließungsantrag betreffend Verzicht auf den Bau des zusätzlichen Konferenzzentrums bei der UNO-City.

Ich bitte jene Mitglieder des Bundesrates, die diesem Entschließungsantrag zustimmen, um ein Handzeichen. — Es ist dies Stimmenmehrheit. Der Entschließungsantrag ist somit angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die Bundesräte Dr. Schambeck und Genos-

15710

Bundesrat — 418. Sitzung — 28. Jänner 1982

**Vorsitzender**

sen haben in der heutigen Sitzung einen Selbstständigen Antrag betreffend eine Entschließung des Bundesrates über die Entwicklung in Polen eingebracht. Nach dem Vorschlag der Antragsteller soll dieser Selbstständige Antrag dem Außenpolitischen Ausschuß zur weiteren geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen werden.

**Erhebt sich dagegen ein Einwand? — Das ist nicht der Fall.**

**Der Antrag ist somit dem Außenpolitischen Ausschuß zugewiesen.**

Eingelangt ist während der Sitzung eine weitere Anfragebeantwortung, die dem Anfragsteller übermittelt wurde.

Auch diese Anfragebeantwortung wurde vervielfältigt und an alle übrigen Mitglieder des Bundesrates verteilt.

Die Einberufung der nächsten Sitzung des

Bundesrates wird auf schriftlichem Wege erfolgen. Als Sitzungstermin ist Donnerstag, der 25. Februar 1982, 9 Uhr in Aussicht genommen.

Für die Tagesordnung kommen jene Vorlagen in Betracht, die der Nationalrat bis dahin verabschiedet haben wird, soweit sie dem Einspruchsrecht des Bundesrates unterliegen.

Die Ausschußvorberatungen sind für Dienstag, den 23. Februar 1982 ab 16 Uhr vorgesehen.

Bevor ich die Sitzung schließe, mache ich noch darauf aufmerksam, daß anschließend die Mitglieder des Bundesrates des Ständigen gemeinsamen Ausschusses im Sinne des § 9 des Finanz-Verfassungsgesetzes 1948 im Lokal I zur Wahl des in diesem Ausschuß auf den Bundesrat entfallenden Vorsitzenden zusammentreten.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluß der Sitzung: 17 Uhr 15 Minuten****Besetzung von Ausschußmandaten auf Grund der vom Bundesrat in seiner (418.) Sitzung am 28. Jänner 1982 durchgeführten Ausschußergänzungswahlen****Außenpolitischer Ausschuß**

**Mitglied:**  
Dkfm. Dr. Helmut Frauscher (bisher DDr.  
Hans Pitschmann)

**Ständiger gemeinsamer Ausschuß im Sinne des § 9 des Finanz-Verfassungsgesetzes 1948**

**Mitglied:**  
Jürgen Weiss (bisher DDr. Hans Pitschmann)